SwissBanking

September 2020

Bankenbarometer 2020

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary		**4**
I.	**Der Schweizer Bankensektor**	**16**
I. 1	Wirtschaftliche Auswirkungen COVID-19	17
I. 2	Wirtschaftspolitisches Umfeld	20
I. 3	Strukturwandel	31
I. 4	Regulierung	40
I. 5	Steuern und Compliance	46
II.	**Konsolidierte Entwicklung der Banken**	**54**
II. 1	Geschäftserfolg	54
II. 1.1	Entwicklungen im Jahr 2019	56
II. 1.2	Entwicklungen im Jahr 2020	62
II. 2	Bilanzgeschäft	64
II. 2.1	Entwicklungen im Jahr 2019	64
II. 2.2	Entwicklungen im Jahr 2020	75
II. 3	Vermögensverwaltung	77
II. 3.1	Entwicklungen im Jahr 2019	77
II. 3.2	Entwicklungen im Jahr 2020	82
II. 4	Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	84
II. 4.1	Entwicklungen im Jahr 2019	84
II. 4.2	Entwicklungen im Jahr 2020	87
III.	**Entwicklung in ausgewählten Geschäftsfeldern**	**92**
III. 1	Gesamtsicht der verwalteten Vermögen und Anlagen	93
III. 2	Wealth Management in der Schweiz	96
III. 3	Investment Management in der Schweiz	102
III. 4	Corporate Banking in der Schweiz	109
III. 4.1	Finanzierung	112
III. 4.2	Transaction Banking	114
III. 4.3	Kapitalmarktgeschäft	117
III. 4.4	COVID-19-Kredite	119
Literaturverzeichnis		**124**

Executive Summary

Das COVID-19-Kreditprogramm hat vor Augen geführt, wie stark Banken zum Wohlstand in der Schweiz beitragen. Weltweit gehört die Schweiz zu den führenden Finanzplätzen und ist die Nummer 1 in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Im Jahr 2019 haben die Banken in einem anspruchsvollen Umfeld ein solides Ergebnis erzielt. Per Ende 2019 waren in der Schweiz 246 Banken tätig.

Das wirtschaftliche Umfeld der Banken in der Schweiz ist weiterhin mit grossen Herausforderungen verbunden: Die anhaltende Negativzinsphase, Restriktionen beim Marktzugang sowie der mit der COVID-19-Pandemie verbundene Wirtschaftseinbruch prägen die Rahmenbedingungen für die Institute. Die Schweizer Banken haben ihre Kapital- und Liquiditätspuffer in den letzten Jahren deutlich ausgebaut und sind gut gewappnet, in diesem unsicheren Umfeld zu bestehen.

Teil I: Der Schweizer Bankensektor

Der Schweizer Finanzplatz gehört zu den global wettbewerbsfähigsten Finanzzentren und ist weltweit die Nummer 1 im grenzüberschreitenden Wealth Management. Er bietet zudem erstklassige Rahmenbedingungen für digitale Innovation und ist international vorbildlich reguliert.

Banken stellen mit COVID-19-Krediten die Überbrückung von Liquiditätsengpässen sicher

Die erste Jahreshälfte 2020 war geprägt von der COVID-19-Pandemie und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Einbruch. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für 2020 mit einem weltweiten Rückgang der Wertschöpfung um 4,9 Prozent. Der Bundesrat hat zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen verschiedene Massnahmen beschlossen. Eine besondere Rolle kommt dabei den Schweizer Banken zu. Zusammen mit Bund und Behörden haben sie ein Programm zur Gewährung von Krediten mit Solidarbürgerschaften mit einem Volumen von insgesamt CHF 40 Mrd. entwickelt. Die Überbrückung von COVID-19-bedingten Liquiditätsengpässen konnte damit rasch und unbürokratisch sichergestellt werden, was Konkurse abgewendet hat.

Negativzinsen mit zunehmenden Risiken verbunden

Die Negativzinsen haben auch im vergangenen Jahr das geldpolitische Umfeld geprägt. Ende 2019 unterlagen in der Schweiz Sichtguthaben im Umfang von CHF 187 Mrd. dem Negativzins. Während die wirtschaftspolitische Wirksamkeit der Negativzinspolitik zunehmend abnimmt, erhöhen sich gleichzeitig die damit verbundenen Risiken. Insbesondere auf dem Immobilienmarkt besteht das Risiko von Blasenbildungen und es besteht für den Staat, Firmen und Haushalte ein grosser Anreiz, sich stärker zu verschulden. Auch für die Altersvorsorge stellt das Tiefzinsumfeld ein bedeutendes Stabilitätsrisiko dar. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat die direkte Belastung mit Negativzinsen für Banken durch die Erhöhung der Freibeträge reduziert.

Keine Fortschritte beim Rahmenabkommen, Absichtserklärung mit dem UK

Das grenzüberschreitende Vermögensverwaltungsgeschäft mit Privatkunden aus der Europäischen Union (EU) ist ein wichtiger Exportsektor der Schweiz. Marktzugangs-

restriktionen hindern auslandorientierte Banken allerdings zunehmend daran, legitime Kundenbedürfnisse zu erfüllen und Wertschöpfung, Arbeitsplätze sowie Steuererträge in der Schweiz zu erhalten. Die Schaffung von praktikablen und nachhaltigen Marktzugangslösungen ist massgeblich mit dem Abschluss eines institutionellen Abkommens mit der EU (InstA) verbunden. Bis zur Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» am 27. September 2020 standen die Verhandlungen aber weitgehend still.

Fortschritte wurden hingegen bei der Neuregelung der Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK) erzielt. In einer gemeinsamen Absichtserklärung bekräftigen die beiden Länder das Ziel einer ambitionierten Liberalisierung und Ausweitung des gegenseitigen Marktzugangs im Bereich der Finanzdienstleistungen. Gegen Ende Jahr soll zwischen beiden Staaten eine erste Bestandesaufnahme zum diesbezüglichen Verhandlungsstand durchgeführt werden. Ausserdem hat Luxemburg den Schweizer Regulierungsrahmen als äquivalent eingestuft. Dies sind erste Meilensteine, um die offenen Äquivalenzverfahren auf EU-Ebene deblockieren zu können.

Schweizer Finanzplatz als internationaler Hub für Sustainable Finance
Der Schweizer Finanzplatz zählt zu den Pionieren im Bereich Sustainable Finance und ist auf dem Weg, ein international führender Hub nachhaltiger Finanzflüsse und -dienstleistungen zu werden. Eine steigende Anzahl Banken nehmen an internationalen Transparenzinitiativen zu Risiken aus ESG-Faktoren (ESG = Environment, Social, Governance) teil und bauen ihr Angebot an Dienstleistungen unter Berücksichtigung der ESG-Faktoren sowie ihr Angebot an Green Bonds, Sustainability Bonds und anderen ESG-Instrumenten aus. Rund 30 Prozent der Anlagen im Schweizer Investment Management sind gemäss ESG-Kriterien nachhaltig investiert, gegenüber 15 Prozent im globalen Durchschnitt. Auch bei der Kreditvergabe werden die ESG-Kriterien zunehmend integriert. Um dem Bedürfnis der Kunden nach ESG-konformen Anlagen Rechnung zu tragen, hat die SBVg einen Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess von Privatkunden erarbeitet.

Schweiz bietet ideale Standortbedingungen für digitale Innovation
Die Schweiz bietet Fintech-Unternehmen hervorragende Standortvorteile und hat sich im Bereich Blockchain zu einem der global führenden Fintech-Zentren entwickelt.

Im globalen Fintech-Hub-Ranking belegen Zürich und Genf wie bereits im letzten Jahr den zweiten und dritten Platz. Aktuell gibt es in der Schweiz 382 Fintech-Unternehmen, wovon 132 dem Bereich Distributed Ledger Technology (DLT) zugeordnet werden. Der Bundesrat bemüht sich, die Rahmenbedingungen für digitale Innovation stetig zu verbessern und beschränkt sich darauf, nur dort wo nötig zu regulieren.

Kunden beziehen ihre Finanzprodukte immer seltener von einem einzelnen Anbieter, sondern kombinieren die für sie optimalen Angebote. Eine Öffnung der Schnittstellen und eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Banken und Fintechs bietet daher grosses Potential. Entscheidend ist dabei, dass Kundenlösungen weiterhin gemeinsam und marktbasiert angeboten und nicht am Markt vorbei durch Regulierung erzwungen werden.

Die Schweiz setzt internationale Standards um

Gemäss dem Global Financial Regulation, Transparency, and Compliance Index des Swiss Finance Instituts ist die Schweiz der international am vorbildlichsten regulierte Finanzplatz.

Die Schweiz setzt internationale Standards wie den seit dem 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Automatischen Informationsaustausch (AIA) um und hat im September 2019 mit 75 Partnerstaaten erfolgreich Steuerdaten ausgetauscht. Es bestehen mittlerweile AIA-Abkommen mit den wichtigsten Schweizer Wirtschaftspartnern und den global bedeutendsten Finanzplätzen.

In Kraft getreten ist auch das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) sowie die dazugehörigen Verordnungen. Die Schweiz erhält damit ein ausgewogenes und zeitgemässes Gesamtkonzept im Bereich Anlegerschutz. In der Schwebe hängt hingegen die Revision des Geldwäschereigesetzes. Das Parlament hat den Vorschlag des Bundesrates zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückgewiesen. Bei der in zwei Etappen aufgeteilten Totalrevision der veralteten Datenschutzgesetzgebung konnte in einem ersten Schritt sichergestellt werden, dass die Schweiz weiterhin effizient Daten von europäischen Strafverfolgungsbehörden erhält. Die zweite Etappe, die Annäherung an die europäische Datenschutz-Grundverordnung, wird derzeit im Parlament verhandelt.

Stempelabgaben und Verrechnungssteuer als bedeutende Standortnachteile für den Schweizer Kapitalmarkt

Die international einzigartigen Stempelabgaben und die Verrechnungssteuer stellen für den Finanzplatz Schweiz einen bedeutenden Wettbewerbsnachteil dar. Der Bundesrat hat im April 2020 einen Vorschlag zur Reform der Verrechnungssteuer in die Vernehmlassung geschickt. Der Vorschlag ist aber mit einem unverhältnismässig hohen Aufwand verbunden und insbesondere bei ausländischen Zinspapieren aufgrund fehlender Informationen teilweise nicht umsetzbar. Die SBVg hat ein Lösungskonzept für eine Zahlstellensteuer auf Zinsen aus in der Schweiz emittierten Anlagen erarbeitet, die den Aufwand vor allem für kleinere und mittelgrosse Banken verringert.

Teil II: Konsolidierte Entwicklung der Banken

Die Geschäftslage der Banken in der Schweiz präsentierte sich im Jahr 2019 als solide. Hypothekarforderungen und Kundeneinlagen haben weiterhin zugenommen, die Bilanzsummen sind gestiegen. Trotz anhaltender Belastung durch Negativzinsen haben die Banken ihren Geschäftserfolg steigern können. Die Kreditversorgung war auch angesichts der COVID-19-Pandemie jederzeit gewährleistet. Die Beschäftigungseffekte aufgrund von Umstrukturierungen haben abgenommen.

Zunahme Geschäftserfolg trotz Belastung durch Negativzinsen

Der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent auf CHF 66,1 Mrd. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft erhöhte sich um 1,0 Prozent und trägt trotz des Niedrigzinsumfeldes den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Die Banken in der Schweiz haben im vergangenen Jahr Negativzinsen in Höhe von ca. CHF 1,9 Mrd. bezahlt. Die Negativzinsen liegen damit trotz der Erhöhung des Freibetrages im November 2019 auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft stellt den zweitwichtigsten Posten am Gesamterfolg dar und ist gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent gestiegen. Sowohl der Kommissionsertrag als auch der Kommissionsaufwand haben zugenommen, wobei der Kommissionsertrag stärker zugelegt hat als der Kommissionsaufwand. Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft ist im Jahr 2019 um 9,4 Prozent gesunken. Ein Grund für den Rückgang ist die geringere

Volatilität der Märkte im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr, was in der Regel mit einer geringeren Handelsaktivitäten verbunden ist. Der übrige ordentliche Erfolg stieg um 7,8 Prozent. Die positive Entwicklung ist auf einen Anstieg beim Beteiligungsertrag zurückzuführen.

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken nahm 2019 um 4,5 Prozent zu. Die Banken entrichteten Steuern in Höhe von CHF 2,2 Mrd.

Hypothekarforderungen als bedeutendster Aktivposten, starke Zunahme der Handelsbestände

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2019 um 2,9 Prozent auf CHF 3'317,6 Mrd. Die Hypothekarforderungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent und nahmen mit 32,1 Prozent den bedeutendsten Aktivposten ein. Die Forderungen gegenüber Kunden stiegen 2019 um 3,0 Prozent. Die Forderungen gegenüber anderen Banken legten um 4,6 Prozent zu. Die Flüssigen Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent. Die Hauptursache für den Anstieg ist, dass die Banken höhere Giroguthaben bei der SNB hielten.

Die Position Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen nahm gegenüber dem Vorjahr um 18,8 Prozent zu. Der Anstieg der Handelsbestände kann auf die positive Entwicklung am Aktienmarkt im Jahr 2019 zurückgeführt werden. Der Schweizer Leitindex SMI verzeichnete im Jahr 2019 einen Anstieg um 26 Prozent und steht damit exemplarisch für viele grosse Leitindizes. Die Bilanzposition Finanzanlagen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die Neubewertung von Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Kundeneinlagen nehmen weiterhin leicht zu

Auf der Passivseite verzeichnen die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen einen Anstieg von 0,3 Prozent und machten mit 54,7 Prozent den grössten Anteil unter den Passiven aus. Die Sicht- und Termineinlagen verzeichneten jeweils einen Anstieg um 1,4 und 3,4 Prozent. Die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen sind hingegen um 2,6 Prozent gesunken. Die Verpflichtungen gegenüber Banken haben im Jahr 2019 um 13,3 Prozent zugenommen. Die eigenen Mittel waren hingegen um 4,9 Prozent rückläufig. Weiterhin sind die Banken sehr stark kapitalisiert.

Die Verpflichtungen aus dem Handelsgeschäft sind um 11,5 Prozent angestiegen. Die Zunahme geht hauptsächlich auf die Bankengruppe Grossbanken zurück, deren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland angestiegen sind. Die Bilanzposition «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» stieg ebenfalls um 5,1 Prozent.

Bilanzsummen steigen seit Anfang 2020, deutlicher Rückgang des Handelsgeschäfts

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 ist die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz um 6,4 Prozent gestiegen. Im Zeitraum von Januar bis Mai 2020 haben die Bilanzpositionen Flüssige Mittel um 20,6 Prozent und die Forderungen gegenüber Banken um 15,1 Prozent zugenommen. Die Positionen Forderungen gegenüber Kunden, Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften und Hypothekarforderungen legten um 2,7 Prozent, 4,8 Prozent sowie 0,8 Prozent zu und stiegen damit weniger stark. Das Handelsgeschäft verzeichnete hingegen einen deutlichen Rückgang um 15,0 Prozent. Sowohl bei den Flüssigen Mitteln als auch im Handelsgeschäft erfolgten die spürbarsten Marktkorrekturen in den Monaten März bis Mai. Hier machen sich zum einen die Massnahmen der SNB in Form der SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität und der Erhöhung des Freibetragsfaktors der SNB und zum anderen die wirtschaftliche Entwicklung auf Grund der COVID-19-Pandemie bemerkbar.

Auf der Passivseite haben die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um 5,8 Prozent zugenommen. Die Sichteinlagen stiegen deutlich um 15,9 Prozent, während die Termineinlagen um 7,6 Prozent rückläufig waren. Der Hauptgrund für die gegenläufige Entwicklung von Sicht- und Termineinlagen dürften die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Massnahmen der SNB zur Versorgung der Banken mit mehr Liquidität sein. Vermutlich wegen der Zinssituation und der wirtschaftlichen Entwicklung halten Anleger zudem mehr Geld in liquiden Anlagen.

Die Verpflichtungen gegenüber Banken stiegen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 9,1 Prozent und die eigenen Mittel um 3,6 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass Banken mehr Rückstellungen bilden, um sich noch besser auf mögliche Folgen der COVID-19-Pandemie vorzubereiten. Die Verpflichtungen aus Handelsgeschäften sind ebenfalls um 7,1 Prozent gestiegen. Die Position Ver-

pflichtungen aus Handelsgeschäften umfasst Shortpositionen, die in Zusammenhang mit dem Handelsgeschäft stehen. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Anleger mit fallenden Kursen an den Börsen gerechnet haben. Angestiegen ist ebenfalls die Position «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» um 3,4 Prozent.

Die sonstigen Passiven stiegen um 9,6 Prozent. Dies ist hauptsächlich auf einen Anstieg bei den Verpflichtungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften zurück zu führen. Der Anstieg deutet ebenfalls auf einen Ausbau der Shortpositionen von Anlegern hin.

Kreditversorgung während COVID-19-Pandemie gewährleistet

Das Kreditgeschäft der Banken ist ein wichtiges Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Private in der Schweiz ist intakt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2019 um 3,3 Prozent auf CHF 1'213,8 Mrd. zu. Davon stammten CHF 171,1 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden und CHF 1'042,6 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Die Hypothekarforderungen stellen den grössten Anteil am Kreditvolumen. Die gedeckten und ungedeckten Forderungen haben jeweils um 7,6 Prozent und 1,6 Prozent zugelegt.

Im Zeitraum von Januar bis Mai 2020 nahmen die Hypothekarkredite um 1,3 Prozent zu. Die gedeckten und ungedeckten Forderungen stiegen ebenfalls um 20,2 Prozent und 5,0 Prozent. Der deutliche Anstieg ist vermutlich auf die COVID-19-Überbrückungskredite von Bund und Banken zurückzuführen.

Schweiz in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung weltweit führend

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen ist die Schweiz mit einem Marktanteil von ca. einem Viertel im globalen grenzüberschreitenden Wealth Management Weltmarktführerin. Das gesamte verwaltete Vermögen in der Schweiz stieg im Jahr 2019 um 13,8 Prozent auf CHF 7'893,4 Mrd.

Per Ende Mai 2020 reduzierten sich die verwalteten Vermögen um 5,5 Prozent. Die Hauptursache für den Rückgang sind die Entwicklungen an den Börsen und die damit verbundenen Unsicherheiten. Nachdem der SMI im März zunächst von einem

Stand von über 11’000 Punkten auf ca. 8’160 Punkte eingebrochen ist, hat sich der Index gegenläufig zur wirtschaftlichen Entwicklung sukzessive wieder erholt und Ende Juni die 10’000 Punkte-Marke überschritten.

Beschäftigungseffekte aus Umstrukturierungen nehmen ab

Die Banken in der Schweiz beschäftigten per Ende 2019 insgesamt 89’531 Personen (in Vollzeitäquivalenten, im Inland) und damit 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Ein Teil des Rückgangs ist damit zu erklären, dass Stellen in Konzerneinheiten verlagert wurden, die nicht von der Bankenstatistik erfasst werden. Dieser Effekt hat sich gegenüber den Vorjahren aber verringert.

Die Entwicklung des Personalbestandes im ersten Halbjahr 2020 war gemäss einer von der SBVg durchgeführten Umfrage leicht ansteigend. Rund drei Viertel der befragten Banken rechnen für das zweite Halbjahr 2020 mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenlage.

Teil III: Entwicklung in ausgewählten Geschäftsfeldern

Bei Banken in der Schweiz wurden per Ende 2019 Vermögen im Umfang von CHF 7,9 Bio. verwaltet, 13,8 Prozent mehr als im Vorjahr, was hauptsächlich auf die dynamische Marktentwicklung zurückgeht. Diese Vermögen teilen sich auf in CHF 1,4 Bio. inländische Privatvermögen, CHF 2,3 Bio. Privatvermögen in grenzüberschreitenden Kundenbeziehungen sowie CHF 4,2 Bio. Vermögen von Unternehmen und institutionellen Kunden. Rund 30 Prozent der Anlagen im Schweizer Investment Management sind gemäss ESG-Kriterien nachhaltig investiert, gegenüber 15 Prozent im globalen Durchschnitt. Das Corporate Banking ist für eine funktionierende Volkswirtschaft von essenzieller Bedeutung und stellt Unternehmen Finanzierungen, Transaction Services sowie den Zugang zu Kapitalmärkten sicher.

Schweiz bleibt global grösster Finanzplatz für grenzüberschreitendes Wealth Management

Das Wealth Management, also die Verwaltung privater Vermögen, ist die Paradedisziplin des Schweizer Finanzplatzes. Es bezeichnet die umfassende finanzielle Betreuung von Privatpersonen und deren Vermögen. Banken in der Schweiz verwal-

teten 2019 insgesamt CHF 3,7 Bio. an Privatvermögen. Rund 62 Prozent davon stammen von wirtschaftlich Berechtigten mit Domizil im Ausland. Die Schweiz ist mit einem Marktanteil von rund 25 Prozent im globalen grenzüberschreitenden Wealth Management Weltmarktführerin. Geografisch grenzt die Schweiz nicht an die wichtigsten Wealth-Management-Wachstumsmärkte an und profitiert deshalb weniger stark von automatischen Nachbarschaftsvorteilen als andere Finanzplätze. Insbesondere in Singapur und Hongkong sind die verwalteten Vermögen in den vergangenen Jahren daher deutlich stärker gewachsen. Schweizer Banken sind seit längerer Zeit an diesen Standorten aktiv und gehören an diesen Standorten zu den führenden Anbietern.

Investment Management ist eine wichtige Exportbranche der Schweiz

In den vergangenen Jahren hat sich das Investment Management, also die professionelle Vermögensverwaltung für institutionelle wie für private Kunden, wiederum als zentraler Pfeiler und als Leistungsversprechen der Finanzbranche des Landes erwiesen. Im Jahr 2019 wurden in der Schweiz Investments von insgesamt CHF 3,9 Bio. verwaltet. Dies entspricht etwa dem Fünfeinhalbfachen des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts. Davon wird rund ein Drittel für Auftraggeber im Ausland verwaltet. Das Investment Management schafft erheblichen Mehrwert für die Finanz- und Realwirtschaft, indem es Kapital effizient zuteilt sowie für effiziente Märkte und eine professionelle Verwaltung von institutionellem und nicht-institutionellem Vermögen sorgt. Als Dienstleister für andere Banksegmente ist es eng mit dem Wealth Management verbunden und trägt zum umfassenden Angebot des Schweizer Finanzplatzes für inländische und ausländische Kunden bei. Rund 30 Prozent der Anlagen im Schweizer Investment Management sind gemäss ESG-Kriterien nachhaltig investiert, gegenüber 15 Prozent im globalen Durchschnitt.

Corporate Banking: Essenzielle Bedeutung für die Schweizer Volkswirtschaft

Die Finanzierung von Unternehmen, die Sicherstellung von Finanztransaktionen und das Kapitalmarktgeschäft haben eine zentrale Bedeutung für die Schweizer Volkswirtschaft. Das Geschäft mit Firmenkunden ist deshalb ein wichtiger Pfeiler in den Geschäftsmodellen der Schweizer Banken. Dies hat sich in der COVID-19-Pandemie gezeigt. Etablierte Hausbank-Beziehungen, das KMU-Kreditprogramm und der Zugang zu Finanzmärkten haben die Liquiditätsversorgung der Unternehmen sichergestellt und damit zur Bewältigung der wirtschaftlichen Turbulenzen beigetragen.

Volumen an Unternehmenskrediten wächst 3,5-mal schneller als das BIP
Banken in der Schweiz haben 2019 Kredite im Umfang von CHF 607 Mrd. an Unternehmen im In- und Ausland gewährt, davon über die Hälfte an Kleinstunternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitenden. Das Volumen an Unternehmenskrediten ist im vergangenen Jahrzehnt rund 3,5-mal so schnell gewachsen wie die Schweizer Volkswirtschaft. Im Gegensatz zu anderen Ländern war die Schweiz weder in der Finanzkrise noch in der aktuellen COVID-19-Pandemie von einer Kreditklemme betroffen.

Handels- und Exportunternehmen sind auf Transaction Banking angewiesen
Für die global stark vernetzte und exportorientierte Volkswirtschaft stellt Transaction Banking ein wichtiges Standbein dar. Dabei werden die finanziellen Aspekte von Warenflüssen und Dienstleistungen durch die Bank sichergestellt. Einerseits sind dies einfache Massentransaktionen wie Kreditkartenzahlungen, andererseits bieten Banken massgeschneiderte Lösungen für komplexe Geschäfte an. Inländische Unternehmen können beispielsweise mit Akkreditiven von Banken ihre Risiken im globalen Warenhandel reduzieren. Banken in der Schweiz sind 2019 Verpflichtungen im Umfang von CHF 20,3 Mrd. aus Dokumentarakkreditiven eingegangen. Für exportorientierte Unternehmen, Handelsunternehmen und weitere Unternehmen stellt der Zugang zu solch spezifischen Bankdienstleistungen ein wesentlicher Standortfaktor dar, der sie dazu bewegt, Finanzierungstätigkeiten hierzulande anzusiedeln. Mit der Zinsdifferenz zu anderen Märkten weist der Standort Schweiz ausserdem einen Kostenvorteil gegenüber dem Ausland auf.

Kapitalmarkt angesichts der COVID-19-Pandemie stark beansprucht
Während sich KMU vor allem über Bankkredite und private Transaktionen finanzieren, steht für grössere Unternehmen der Kapitalmarkt im Vordergrund. Dort lassen sich grössere Volumina meist zu besseren Konditionen erreichen. Im letzten Jahrzehnt wurde der Anleihenmarkt netto mit bis zu CHF 11,5 Mrd. pro Quartal beansprucht. Dies hat sich jüngst verändert, da die Unsicherheiten aus der COVID-19-Pandemie erhöhten Finanzierungsbedarf bei Staat und Privatwirtschaft hervorgerufen hat. Im 2. Quartal 2020 wurden CHF-Anleihen von inländischen Schuldnern im Umfang von CHF 20,4 Mrd. emittiert und der Markt netto mit CHF 13,9 Mrd. beansprucht. Das Emissionsvolumen entspricht rund dem Doppelten des historischen Quartalswerts. Dies zeigt, dass neben Bankkrediten auch der Schweizer Kapitalmarkt in dieser herausfordernden Situation seine Rolle als Liquiditätsversorger erfüllt und damit zur

Prosperität der Schweizer Volkswirtschaft beiträgt. Gleichwohl bleibt seine Rolle bei der Unternehmensfinanzierung im internationalen Vergleich klein, was unter anderem auf regulatorische Nachteile zurückgeht.

Abb. 1

Eckdaten Bankensektor

	2018	2019	Änderung zum Vorjahr
Anzahl Institute	**248**	**246**	**–2**
Beschäftigtenzahl (in Vollzeitäquivalenten, im Inland)	**90'660**	**89'531**	**–1,2 %**
in CHF Mrd.			
Aggregierter Geschäftserfolg	**65,3**	**66,1**	**1,1 %**
Zinsgeschäft	23,5	23,8	1,0 %
Erfolg Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft	22,0	22,4	1,7 %
Erfolg Handelsgeschäft	8,2	7,4	–9,4 %
Übriger ordentlicher Erfolg	11,6	12,5	7,8 %
Bruttogewinn aus Geschäftstätigkeit	**22,2**	**23,2**	**4,5 %**
Entrichtete Ertrags- und Gewinnsteuern	**1,5**	**2,2**	**52,8 %**
Periodenerfolg (Jahresgewinn, Jahresverlust)	**11,5**	**0,8**	**n/a**
Jahresgewinne	12,8	13,1	2,3 %
Jahresverluste	1,3	12,3	n/a
Bilanzsumme	**3'225,0**	**3'317,6**	**2,9 %**
Kreditvolumen	**1'174,7**	**1'213,8**	**3,3 %**
Verwaltetes Vermögen in der Schweiz	**6'933,6**	**7'893,4**	**13,8 %**
Verwaltetes grenzüberschreitendes Vermögen für Privatkunden	**2'277,9**	**2'337,4**	**2,6 %**
Verwaltete Vermögen im Investment Management	**3'344,2**	**3'896,4**	**16,5 %**
Institutionelle Anleger (diskretionäre Mandate und kollektive Kapitalanlagen)	2'161	2'518	16,5 %
Private Anleger (diskretionäre Mandate, Beratungsmandate) und Beratungsmandate für Institutionelle	1'183	1'378	16,5 %

Hinweis: Der Anstieg der Jahresverluste und der deutlich geringere Periodenerfolg sind hauptsächlich auf hohe Wertberichtigungen zurückzuführen, die eine Grossbank durch die Änderung von Bewertungsgrundsätzen für Beteiligungen des Stammhauses aufweist, Die SNB hält fest, dass ohne diesen Effekt für die Banken in der Schweiz ein Jahresgewinn in der Grössenordnung des Vorjahres resultiert hätte. Aus diesem Grund werden die Veränderungen des Periodenerfolgs und der Jahresverluste hier nicht ausgewiesen. Nähere Informationen dazu sind in der Box auf Seite 55 ersichtlich,

Quellen: SNB, SBVg, IFZ/Asset Management Association Switzerland, BCG

I. Der Schweizer Bankensektor

Der Bankensektor trägt wesentlich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Der Schweizer Finanzplatz gehört zu den global wettbewerbsfähigsten Finanzzentren und ist weltweit die Nummer 1 im grenzüberschreitenden Wealth Management[1]. Er bietet zudem erstklassige Rahmenbedingungen für digitale Innovation[2] und ist international vorbildlich reguliert.[3] Mit Genf und Zürich rangieren zwei Schweizer Städte auf den Plätzen 9 und 14 im Global Financial Centers Index 2020.[4]

Per Ende 2019 waren in der Schweiz 246 Banken tätig. Das sind zwei weniger als im Vorjahr. Die Banken in der Schweiz werden in acht Gruppen unterteilt: Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Auslandsbanken, Privatbankiers, Börsenbanken und «Andere Banken».

1 BCG (2020). Global Wealth 2020, The Future of Wealth Management – A CEO Agenda.
2 Institut für Finanzdienstleistungen Zug (2020). FinTech Study 2020 – An Overview of Swiss FinTech.
3 Mettler A., Ongena S., Basten C., Bürgi, M. P. H. & M. Mishra (2020). Global Financial Regulation, Transparency, and Compliance Index (GFRTCI). SFI Public Discussion Note.
4 Wardle, M., Morris, H. & Mainelli, M. (2020). The Global Financial Centers Index 27.

Abb. 2

Die Struktur des Schweizer Bankensektors per Ende 2019

	Anzahl Institute 2018	Anzahl Institute 2019	Neuauf-nahmen	Umtei-lungen	Weglas-sungen
Kantonalbanken	24	24			
Grossbanken	4	4			
Regionalbanken und Sparkassen	60	60			
Raiffeisenbanken	1	1			
Auslandsbanken	97	94		–1	2
Privatbankiers	5	5			
Börsenbanken	43	42		+1	2
Andere Banken	14	16	2		
Total	**248**	**246**	**2**		**4**

Hinweis: Neuaufnahmen bezeichnen Institute, die neu gegründet wurden oder neu über eine Banklizenz verfügen. Umteilungen bezeichnen bestehende Banken, die einer anderen Bankengruppe zugeteilt worden sind. Weglassungen bezeichnen Banken, die aufgrund von Fusionen oder anderen Vorgängen nicht mehr von der Bankenstatistik erfasst werden.

Quelle: SNB

I. 1 Wirtschaftliche Auswirkungen COVID-19

Die erste Jahreshälfte 2020 war geprägt von den Folgen der COVID-19-Pandemie. Ab Januar rückte die Ausbreitung des Coronavirus zusehends ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit und die Weltgesundheitsorganisation WHO deklarierte schliesslich Ende Januar den internationalen Gesundheitsnotstand. Im Februar erklärte der Bundesrat auf der Grundlage des Epidemiengesetzes die «besondere Lage» und verhängte am 16. März die «ausserordentliche Lage». Das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg regierte der Bundesrat über längere Zeit und mit umfassenden Massnahmen mit Notrecht.[5] Die ausserordentliche Lage wurde vom Bundesrat formell am 19. Juni beendet.

5 Bundesrat (2020). Coronavirus: Bundesrat erklärt die «ausserordentliche Lage» und verschärft die Massnahmen. Medienmitteilung vom 16. März 2020

Einschränkungen führen zu massivem Wirtschaftseinbruch

Der Lockdown mit Einschränkung des Reiseverkehrs, Veranstaltungsverbot, Schulschliessungen, Schliessung öffentlich zugänglicher Einrichtungen wie Einkaufsläden, Restaurationsbetriebe, Coiffeure, Skigebiete etc. führte zu einer spürbaren Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität. Weltweit erliessen Länder ähnliche oder sogar weitreichendere Massnahmen. Da sämtliche grossen Industrieländer sowie die ostasiatischen Produktionssektoren betroffen waren, kam es anfänglich zu einer Beeinträchtigung der globalen Lieferketten und einem langanhaltenden globalen Nachfrageschock. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet deshalb für 2020 mit einem weltweiten Rückgang der Wertschöpfung um 4,9 Prozent. Dies ist im globalen Kontext der stärkste wirtschaftliche Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg. Für die Schweiz erwartete das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) für das Jahr 2020 von 6,2 Prozent, was dem stärksten Einbruch der Wirtschaftsaktivität seit 1975 entspricht. Für 2021 erwartet das SECO eine moderate Erholung.

Gemäss dem SECO hat sich im ersten Quartal 2020 ein Rückgang des Schweizer BIP um 2,6 Prozent ergeben. Besonders stark betroffen war aufgrund von Betriebsschliessungen der Dienstleistungssektor. Gemäss SECO ereigneten sich im Handel (–4,4 %), im Gastgewerbe (–23,4 %), in der Transport- und Kommunikationsbranche (–5,1 %) und im Gesundheitssektor (–3,9 %) Rückgänge mit historischem Ausmass. Die Beschäftigung ging im ersten Quartal 2020 erstmals seit 2017 zurück (–0,2 %).

Viele Unternehmen haben zudem aufgrund der Corona-Krise Kurzarbeit beantragt. Der Bundesrat hat den Personenkreis mit Anrecht auf Kurzarbeitsentschädigung ausgeweitet und die Bewilligungsdauer verlängert. Die Anzahl Anmeldungen lag im April 2020 auf einem rekordhohen Stand, was auf grössere Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt hindeutet, als aus den aktuellen Arbeitslosenzahlen ersichtlich wird.

Banken und Staat stützen die Wirtschaft

Zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen beschloss der Bundesrat im März 2020 ein Massnahmenpaket zur Überbrückung von Corona-bedingten Liquiditätsengpässen. Dazu werden unverzinsliche Kredite bis zu CHF 500’000 zu 100 Prozent vom Bund abgesichert. Für Kredite, die über diesen Betrag hinausgehen, bürgt der Bund zu 85 Prozent (bis maximal CHF 20 Mio. pro Unternehmen).

Dieses Programm zur Gewährung von Krediten mit Solidarbürgschaften mit einem Volumen von insgesamt CHF 40 Mrd. wurde von Behörden, Banken und der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) gemeinsam entwickelt. Es sichert für die betroffenen Unternehmen den raschen und unbürokratischen Zugang zu Krediten.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) unterstützt das Programm und führte temporär die stehende SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) ein. Diese ermöglicht es den Banken, Liquidität als gedecktes Darlehen gegen Forderungen aus COVID-19-Krediten beziehen zu können. Zusätzlich hat die SNB den Freibetragsfaktor, der für die Berechnung der vom Negativzins befreiten Girokontoguthaben verwendet wird, von 25 auf 30 erhöht. Auf Antrag der SNB senkte der Bundesrat den antizyklischen Kapitalpuffer (Komponente des Basel-III-Regelwerks) auf null Prozent und lockert damit die Eigenkapitalerfordernisse für Hypothekarkredite. Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) senkte zusätzlich die Anforderungen an die Leverage Ratio (ungewichtete Eigenkapitalquote), indem sie die Forderungen gegenüber Zentralbanken vorübergehend für die Berechnung der Leverage Ratio ausschliesst.

Die Banken in der Schweiz haben seit der Finanzkrise ihre Kapital- und Liquiditätspuffer stark ausgebaut und sind auf die durch die Corona-Krise ausgelösten Verwerfungen gut vorbereitet. Die unterstützenden Massnahmen der SNB und FINMA leisten einen wertvollen Beitrag dazu, dass die Banken ihre wichtige Funktion als Kreditversorger der Wirtschaft auch in diesen wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten vollumfänglich wahrnehmen können.

Per Ende Juli wurden 136'142 COVID-19-Überbrückungskredite im Umfang von rund CHF 16,8 Mrd. vergeben.[6] Das ist eine beachtliche Leistung des Bankensektors zugunsten der Schweizer Wirtschaft. Knapp die Hälfte des Kreditvolumens wurde an Mikrounternehmen mit bis zu neun Mitarbeitenden vergeben. Dazu kommt ein Drittel des Volumens an Kleinunternehmen mit zehn bis 49 Mitarbeitenden. Mehr als acht von zehn Franken des gesamten Kreditprogramms wurden damit an Mikro- und Kleinunternehmen vergeben.

6 Weitere Informationen zu COVID-19-Krediten siehe Kapitel III.4.4. Stand der Daten: 28. August 2020.

Diese und weitere Unterstützungsprogramme des Bundes führen zusammen mit einer höheren finanziellen Belastung der Sozialwerke sowie der rezessiven Wirtschaftsentwicklung zu einer Zunahme der Staatsverschuldung. Gleichzeitig ist aufgrund der geschwächten Wirtschaftsleistung eine Abnahme der Steuereinnahmen zu erwarten. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) erwartet für 2020 ein Defizit des Bundes von CHF 30 bis 40 Mrd. Obwohl die Schweiz – verglichen mit anderen Ländern – in einer finanzpolitisch guten Ausgangslage von der COVID-19-Krise getroffen wurde, werden diese Entwicklungen in den nächsten Jahren eine grosse Herausforderung darstellen.

I. 2 Wirtschaftspolitisches Umfeld

Die Entwicklungen im wirtschafts- und geldpolitischen Umfeld haben direkte Auswirkungen auf den Geschäftsgang der Banken und die Dynamik auf den Finanzmärkten. Die Entwicklungen waren bereits im letzten Jahr sehr herausfordernd.

Geldpolitik und wirtschaftliches Umfeld: Aussergewöhnliche Massnahmen halten an

Die Negativzinsen und weitere aussergewöhnliche Massnahmen im In- und Ausland haben auch im vergangenen Jahr das geldpolitische Umfeld geprägt. Sie führten einerseits zu einer gewissen Stabilisierung auf den Märkten und in der Wirtschaft. Eine eigentliche Trendumkehr in Bezug auf die Erreichung des Teuerungsziels und einer Kräftigung der Wirtschaft wurde nicht erzielt. Andererseits führten sie zu einer Zunahme der Risiken und zu einer problematischen Einengung des geldpolitischen Handlungsspielraums.

Die Federal Reserve (Fed) hat seit dem 31. Juli 2019 das Zielband für den Leitzins in mehreren Schritten auf 0,25 Prozent gesenkt. Während 2019 vor allem die Auswirkungen des Handelsstreits mit China auf die amerikanische Wirtschaft im Fokus standen, gehen die deutlichen Zinssenkungen im Jahr 2020 auf den mit der COVID-19-Pandemie verbundenen wirtschaftlichen Einbruch zurück. Neben den Zinssenkungen hat die Fed zudem angekündigt, unbegrenzt Anleihenkäufe zu tätigen und den Banken vorübergehend Notkredite gewährt. In der Folge ist die Fed-Bilanz zwischen Januar und Juni 2020 von USD 4,2 Bio. auf USD 7,2 Bio. angestiegen. Der Leitzins der

Europäischen Zentralbank (EZB) liegt unverändert bei null Prozent. Im Zuge der COVID-19-Krise bietet sie den Banken aber vorübergehend zusätzliche subventionierte Kredite und will die Konditionen eines bestehenden Programms für langlaufende Kredite zu sehr günstigen Konditionen an Geschäftsbanken («Targeted longer-term refinancing operations») weiter verbessern. Zudem will die EZB bis Ende 2020 zusätzliche Anleihenkäufe im Wert von EUR 120 Mrd. tätigen. Mit einer baldigen Änderung der Tiefzinspolitik ist nicht zu rechnen.

Die Interventionen der Zentralbanken dürften zudem zu Verzerrungen bei der Preisfindung auf den Märkten für Vermögenswerte führen und die Liquiditätshilfen für Unternehmen (Käufe von Unternehmensanleihen) werden zu einer Zunahme der Verschuldung von Unternehmen beitragen. Schliesslich steht die Europäische Union (EU) bei der Diskussion um die Finanzierung der weiter gestiegenen Staatsverschuldung ihrer Mitgliedsländer vor einer zusätzlichen Belastungsprobe. Damit verstärken sich auch die Bedenken bezüglich der Unabhängigkeit der Zentralbanken, da diese vermehrt fiskalische statt geldpolitische Ziele in den Vordergrund rücken dürften. Sowohl die Folgen der COVID-19-Pandemie wie auch die Frage der Rolle einer Zentralbank werden deshalb Wirtschaft, Finanzmärkte und Politik noch länger beschäftigen.

Aufgrund des anhaltenden Aufwertungsdruckes auf den Schweizer Franken und der negativen Inflationsprognose will die SNB an Negativzinsen festhalten.[7] Sie hat im Zuge der COVID-19-Krise aber darauf verzichtet, weitere Zinssenkungen vorzunehmen. Bereits im September 2019 hat die SNB angekündigt, die Berechnungsgrundlage für den Negativzins per Anfang November 2019 anzupassen. Für die Berechnung des Freibetrags sind neu die durchschnittlichen Mindestreserven der vergangenen drei Jahre massgebend; es erfolgt eine monatliche Aktualisierung. Der Freibetrag wurde per 1. November 2019 auf das 25-fache der Mindestreserven erhöht (vorher lag der Faktor beim 20-fachen). Die SNB trägt damit dem global anhaltenden Tiefzinsumfeld und den damit für die Banken verbundenen Risiken Rechnung. Im April 2020 hat sie zudem im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise den Freibetragsfaktor, mit dem die vom Negativzins befreiten Girokontoguthaben berechnet werden, von 25 auf 30 erhöht. Ende 2019 unterlagen in der Schweiz rund CHF 187 Mrd. an Sichtguthaben der Banken und anderer Finanzmarktteilnehmer dem Negativzins.[8]

7 SNB (2020). Geldpolitische Lagebeurteilung vom 18. Juni 2020.
8 SNB (2020). Geschäftsbericht 2019.

Im Gleichschritt mit den zunehmenden Risiken der Negativzinspolitik nimmt die Wirksamkeit von ausserordentlichen geldpolitischen Eingriffen für die Steuerung der Wirtschaftsentwicklung ab. Die SNB sieht sich im sogenannten geldpolitischen Trilemma, nach welchem nur zwei der drei Ziele «stabile Wechselkurse», «freier Kapitalverkehr» und «autonome Geldpolitik» gleichzeitig erreicht werden können. Dass die SNB in der aktuellen Krise auf eine weitere Zinssenkung verzichtet hat, zeigt, dass sie deren Wirksamkeit gemessen an den damit verbundenen Risiken als gering einschätzt. Zwei jüngst veröffentlichte Studien kommen zum Schluss, dass ein frühzeitiger Ausstieg aus der Zinspolitik mit einer Frankenaufwertung von drei bis sieben Prozent verbunden wäre.[9, 10] Als wirksame Alternative zu Negativzinsen wird zudem die Erhöhung des Inflationsziels genannt. Die aktuelle COVID-19-Krise ist allerdings ein denkbar schlechter Moment für eine Normalisierung der Geldpolitik.

Stabilitätsrisiken: Finanzmarktaufsicht legt Fokus auf sechs Hauptrisiken

Die FINMA hat 2019 erstmals ihren Risikomonitor[11] veröffentlicht, in welchem sie die aus ihrer Sicht in den nächsten drei Jahren bedeutendsten Risiken für den Finanzplatz Schweiz und die von ihr beaufsichtigten Institutionen darlegt. Darin sieht die FINMA sechs Hauptrisiken: das Tiefzinsumfeld, mögliche Korrekturen am Immobilien- und Hypothekarmarkt, Cyberangriffe, einen ungeordneten Wegfall der LIBOR-Referenzzinssätze (London Interbank Offered Rate), die Geldwäscherei und eine Erschwerung des grenzüberschreitenden Marktzugangs. Zusätzlich betrachtet die FINMA weitere längerfristige Trends und Risiken, namentlich Klimarisiken, die Überalterung der Gesellschaft, das Thema «gläserne Versicherungsnehmer» sowie Risiken für die Vermögensverwaltung in einem Markt mit sinkenden Bewertungen von Finanzinstrumenten.

9 Fink, F., Frei, L., Griesse, C. Maag, T. & Zehnder, T. (2020). Die Reaktion des Schweizer Frankens auf Zinsänderungen der Nationalbank.
10 Kaufmann, D. (2020). Wie weiter mit der Tiefzinspolitik? Szenarien und Alternativen.
11 FINMA (2020). FINMA-Risiko-Monitor 2019.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie ergeben sich für die Banken zudem auch konjunkturbedingte Risiken. Einerseits ist mit mehr Kreditausfällen zu rechnen. Andererseits reduziert sich der Wert der verwalteten Vermögen, und die erhöhte Unsicherheit an den Märkten könnte eine dämpfende Wirkung auf die Kundennachfrage nach Kapitelmarkttransaktionen haben. Die Einnahmen aus der Vermögensverwaltung und dem Investment Banking dürften tendenziell zurückgehen.[12] Die Banken in der Schweiz haben ihre Kapital- und Liquiditätspuffer in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Sie sind solide aufgestellt und für die aktuelle Krise gut gewappnet.[13]

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld verringert die Zinsmarge und damit die Profitabilität der Banken. Dadurch erhöht sich insbesondere auf dem Immobilienmarkt das Risiko von Blasenbildungen und gewisse Geschäftsmodelle werden grundsätzlich in Frage gestellt. Das Zinsdifferenzgeschäft sowie Lebensversicherungen mit langjährigen Garantien lassen sich kaum mehr profitabel betreiben. Lediglich 21 Prozent der Banken schlossen im November 2019 eine Weitergabe der Negativzinsen aus. 2015 waren es noch rund 70 Prozent.[14] Es ist unklar, welche Reaktionen eine Anwendung der Negativzinsen auf eine breite Kundenbasis der Geschäftsbanken zur Folge hätte.

Die Negativzinsen bestrafen Sparer und setzen für den Staat, Firmen und Haushalte grosse Anreize, sich stärker zu verschulden. Die Verschuldung ist im Zuge der Finanzkrise in fast allen Industrieländern stark angestiegen und wird infolge der COVID-19-Pandemie weiter zunehmen. Insbesondere die Staatsverschuldung und die Verschuldung der Unternehmen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die sehr hohen Schuldenstände machen einen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik schwierig, weil dieser mit einer Rezession verbunden wäre. Um die schädlichen Auswirkungen von staatlichen Zahlungsausfällen zu vermeiden, besteht ein starker Anreiz für Zentralbanken, die Negativzinsen beizubehalten.[15]

12 SNB (2020). Financial Stability Report 2020.
13 FINMA (2020). Corona-Krise: FINMA sieht Banken operationell und finanziell gut gerüstet. Medienmitteilung vom 19 März 2020.
14 Ernst & Young (2020). EY Bankenbarometer – Im Sog der Geldpolitik.
15 SBVg (2019). Negativzinsen: von der Notfallmassnahme zur «neuen Normalität» – und zurück? Eine Studie der SBVg zu der Wirksamkeit und den Folgen der Negativzinspolitik.

Das Tiefzinsumfeld stellt auch für die Altersvorsorge ein bedeutendes Stabilitätsrisiko dar. Die Leistungsversprechungen der beruflichen Vorsorge übersteigen die aktuell erwirtschafteten Renditen und Beiträge bei weitem. Das bereits existierende Ungleichgewicht zwischen den Leistungen für die Aktiven und für die Neurentner wird sich damit weiter verstärken. Die Erwartung niedriger Renten verleitet die Erwerbstätigen zudem trotz unattraktiver Zinskonditionen zu einer Erhöhung der Ersparnisse, was die Wirksamkeit des Zinsinstrumentes der Zentralbank schmälert.

Negativzinsen erhöhen insbesondere im Immobilienmarkt das Risiko von Preiskorrekturen. Investoren nehmen vermehrt tiefere Renditen in Kauf. Die rekordhohen Leerstände bei Mietwohnungen in gewissen Regionen deuten auf ein entsprechendes Überangebot hin. Die Banken vermögen auch die Folgen einer grösseren Korrektur abzufedern. Die gebundenen Vermögen der Versicherungen und damit auch die Deckung der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten wären mit massiven Schwankungen konfrontiert.

Cyberangriffe können die Verfügbarkeit von kritischen Dienstleistungen und Funktionen beeinträchtigen. Ein Cyberangriff kann nicht nur Auswirkungen auf das betroffene Finanzinstitut haben, sondern die Funktionsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes insgesamt stark einschränken. Der Reputationsschaden als Folge eines erfolgreichen Cyberangriffes wäre zudem beträchtlich. Der Schweizer Finanzplatz muss demnach zeigen, dass er nicht nur ein besonders attraktiver, sondern auch ein sicherer Standort für Digital Finance ist.

Für die Schweiz bietet das Thema Cyber Security auch Chancen. Aufgrund ihrer innovationsfreundlichen Fintech-Regulierung und der exzellenten Bildungslandschaft verfügt die Schweiz über gute Voraussetzungen, sich als Bildungs- und Forschungshub für Fintech und Cyber Security zu etablieren.[16] Der Bundesrat hat Ende Mai 2020 die Verordnung über den Schutz von Cyberrisiken in der Bundesverwaltung verabschiedet, welche per 1. Juli 2020 in Kraft getreten ist. Damit schafft der Bundesrat die rechtlichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (National Cyber Security Centre; NCSC).

16 Beirat Zukunft Finanzplatz (2019). Roadmap Finanzplatz Schweiz 2020+.

Der Klimawandel stellt für den Finanzsektor mittelfristig ebenfalls ein Stabilitätsrisiko dar, wobei zwischen physischen Risiken und Transitionsrisiken unterschieden werden kann. Physische Risiken betreffen eine Zunahme klimabedingter Schadensfälle, welche vor allem für (Rück-)Versicherungsunternehmen ein bedeutendes Verlustrisiko darstellen. Transitionsrisiken sind mit klimapolitischen Massnahmen sowie disruptiven technologischen Entwicklungen verbunden, welche zu abrupten und von den Märkten nicht ausreichend einkalkulierten Preisanpassungen bei Vermögenswerten führen. Die resultierenden Verluste können sich stark auf die Profitabilität von Banken, Vermögensverwaltern und Versicherungen auswirken.[17]

Sustainable Finance in der Schweiz: Von einer Pionierin zu einem international führenden Hub

Der Schweizer Finanzplatz zählt zu den Pionieren im Bereich Sustainable Finance und ist auf dem Weg, ein international führender Hub für nachhaltige Anlagen zu werden. Der Begriff Sustainable Finance bezeichnet Finanzdienstleistungen, die ESG-Kriterien (Environment, Social und Governance) zum Nutzen der Kunden und der Gesellschaft in die Geschäfts- und Anlageentscheidungen integrieren. Die Initiativen der Banken im Bereich Sustainable Finance lassen sich in vier Kategorien einteilen: Transparenz, Anlagen und Investitionen, Kredite und Finanzierung sowie Kapitalmarkt und Emission von Finanzinstrumenten.[18]

Eine stetig steigende Anzahl Banken nimmt an internationalen Transparenzinitiativen zu Risiken aus ESG-Faktoren teil. Daneben haben zahlreiche Banken ihr Angebot an Dienstleistungen unter Berücksichtigung von ESG-Faktoren ausgebaut und gleichen ihre Geschäftstätigkeit den Prinzipien internationaler Initiativen an. Auch bei der Kreditvergabe haben verschiedene Banken die ESG-Kriterien integriert, nehmen an freiwilligen Klimaverträglichkeitstest teil und machen ihre Tätigkeiten mit entsprechenden internationalen Initiativen kompatibel. Schliesslich haben Schweizer Finanzinstitute ihr Angebot an Green Bonds, Sustainability Bonds sowie an anderen ESG-Instrumenten erweitert.

17 Bolton, P., Despres, M., Pereira da Silva, L. A., Samama, F. & Svartzman R. (2020). The green swan – Central banking and financial stability in the age of climate change.
18 SBVg (2020). Sustainable Finance in der Schweiz: Von einer Pionierin zu einem international führenden Hub.

Die SBVg hat einen Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess von Privatkunden erarbeitet.[19] Der Leitfaden spezifiziert sechs Prinzipien, die es den Finanzdienstleistern erleichtern, dem zunehmenden Bedürfnis der Kunden nach ESG-konformen Anlagen Rechnung zu tragen und für die Kunden einen echten Mehrwert zu schaffen. Neben der Eigeninitiative der Banken braucht es auch entsprechende politische Rahmenbedingungen, damit der Schweizer Finanzplatz seinen Wettbewerbsvorteil im Bereich Sustainable Finance wahrnehmen kann. Regeln zur Transparenz über Risiken aus ESG-Faktoren müssen international koordiniert und prinzipienbasiert sein. Sie müssen die gesamte Wirtschaft einbeziehen und verhältnismässig zur Grösse des Finanzinstitutes ausfallen.

Um die Verbreitung nachhaltiger Anlagen zu stärken, ist der Finanzplatz auf Marktzugang, zeitgemässe Anlagevorschriften für institutionelle Anleger sowie eine steuerliche Entlastung des Handels angewiesen. Eine Vermischung von ESG-Kriterien und Eigenkapitalvorschriften im Kreditgeschäft darf nicht stattfinden; ebenso darf kein Finanzierungsverbot für legal zulässige Tätigkeiten erfolgen. Schliesslich sollte die Emission von Finanzinstrumenten zur Erhöhung der Attraktivität des Schweizer Finanzplatzes steuerlich entlastet werden.

Beziehungen Schweiz-EU: Marktzugang und Börsenäquivalenz als Dauerthemen

Die Konsultation zum Rahmenabkommen mit der EU (Institutionelles Abkommen; InstA) ergab laut Bundesrat Klärungsbedarf hinsichtlich der Bestimmungen zum Lohn- und Arbeitnehmerschutz sowie hinsichtlich staatlicher Beihilfen und der Unionsbürgerrichtlinie. Sofern in diesen Bereichen eine befriedigende Lösung gefunden werden kann, ist der Bundesrat bereit, das Abkommen zu unterzeichnen. Die EU-Kommission hat zwar signalisiert, dass sie zu Klarstellungen in ergänzenden Deklarationen bereit ist, eine Neuverhandlung des Rahmenabkommens schliesst sie aber aus. Vor der Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine massvolle

19 SBVg (2020). Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess für Privatkunden.

Zuwanderung» ist aber nicht mit Fortschritten zu rechnen. Diese sogenannte «Begrenzungsinitiative» will die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU) kündigen, wodurch aufgrund der so genannten «Guillotine-Klausel» sämtliche bilateralen Verträge aus dem Jahr 1999 ebenfalls wegfallen würden. Die SBVg lehnt diese Initiative klar ab.

Das Rahmenabkommen enthält viele für die Schweiz vorteilhafte Elemente und stärkt die bilateralen Beziehungen zur EU nachhaltig. Nicht nur wird die Rechtssicherheit dank verlässlicher und klar definierter Prozesse gefestigt, sondern ein Rahmenabkommen erscheint auch als notwendig, damit der Erhalt und die dringend benötigte Verbesserung des Marktzugangs für die Banken in der Schweiz geschaffen werden kann.

Das grenzüberschreitende Vermögensverwaltungsgeschäft mit Privatkunden aus der EU ist ein wichtiger Exportsektor der Schweiz: Kunden aus dem EU-Raum lassen Vermögen in der Höhe von rund CHF 1'000 Mrd. von Banken in der Schweiz verwalten. Dies generiert Steuereinnahmen von ca. CHF 1,5 Mrd. pro Jahr und beschäftigt rund 20'000 Mitarbeitende in der Schweiz.[20] Marktzugangsrestriktionen hindern allerdings auslandorientierte Banken zunehmend daran, legitime Kundenbedürfnisse zu erfüllen und Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuererträge in der Schweiz zu erhalten.

Die Schaffung von praktikablen und nachhaltigen Marktzugangslösungen ist massgeblich mit dem Abschluss eines institutionellen Abkommens mit der EU verbunden. Dies wurde auch in der Roadmap Finanzplatz Schweiz 2020+ zuhanden des Bundesrates bekräftigt. Gemäss den Empfehlungen aus diesem Bericht sollen weiter eine grundsätzliche Verbesserung des Regimes der Äquivalenzanerkennung in Richtung transparenter und zuverlässiger Prozesse angestrebt sowie ein möglicher institutsbasierter Ansatz beim EU-Markzugang vertiefter analysiert werden.[21]

20 SBVg (2019). Marktzugang für Schweizer Banken – Bedeutung und Perspektiven. Hintergrundpapier der SBVg.
21 Beirat Zukunft Finanzplatz (2019). Roadmap Finanzplatz Schweiz 2020+.

Aufgrund des aus Sicht der EU-Kommission zu geringen Fortschritts beim Rahmenabkommen wurde die Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börse SIX per 1. Juli 2019 nicht weiter verlängert. Zum Schutz der Börseninfrastruktur hat der Bundesrat im Gegenzug verfügt, dass Handelsplätze mit Sitz in der EU nicht länger mit bestimmten Beteiligungspapieren von Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz handeln dürfen. Damit ist sichergestellt, dass die Schweizer Börse der Referenzmarkt für Schweizer Aktien bleibt. Das Handelsvolumen der SIX hat im zweiten Halbjahr 2019 dann auch deutlich zugenommen. Eine unbefristete Anerkennung der Börsenäquivalenz bleibt für den Schweizer Finanzplatz aber weiterhin zentral. Die jetzige Lösung ist nur die zweitbeste und für den Schweizer Kapitalmarkt nicht förderlich.

Brexit: Gegenseitiger Marktzugang UK-Schweiz angestrebt

Das Vereinigte Königreich (UK) hat die EU per 31. Januar 2020 verlassen. Bis zum 31. Dezember 2020 besteht eine Übergangsperiode, in der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem UK und der EU neu ausgehandelt werden sollen. Bislang konnten im Verhandlungsprozess keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Von einer bis Ende Juni 2020 möglichen Verlängerung der Übergangsperiode über das Jahr 2020 hinaus hat das UK gleichwohl abgesehen. Es besteht damit weiterhin die Gefahr eines «hard Brexit».

Die Schweiz hat als Teil ihrer «Mind the gap»-Strategie bereits frühzeitig neue Abkommen mit dem UK in den Bereichen Handel, Migration, Versicherungen sowie Strassen- und Luftverkehr abgeschlossen. Im Zentrum steht die Sicherung der bestehenden Rechte und Pflichten. Zudem wird in einem zweiten Schritt ein Ausbau der Zusammenarbeit im Finanzdienstleistungsbereich angestrebt («Mind the gap Plus»). In diesem Sinne haben die Wirtschaftsdachverbände Economiesuisse und TheCityUK im Namen von über 30 Branchenverbänden und Organisationen aus dem Vereinigten Königreich und der Schweiz ein gemeinsames Positionspapier mit konkreten Anliegen in Bezug auf die künftige Ausgestaltung der Beziehungen in diversen wichtigen diesbezüglichen Bereichen veröffentlicht.[22] Vorgeschlagen wird eine Öffnung der Märkte auf der Basis gegenseitiger Anerkennung der einschlägigen Finanzmarktregulierung und der entsprechenden Aufsichtsrahmen.

22 Economiesuisse & TheCityUK (2020). Future-proofing the UK-Swiss financial and related professional services relationship.

Am 30. Juni haben der britische Schatzkanzler Rishi Sunak und Bundesrat Ueli Maurer das «Joint Statement between the Federal Department of Finance and Her Majesty's Treasury on deepening cooperation in financial services» unterzeichnet[23, 24], in dem einige dieser Anliegen aufgenommen werden. Auf dessen Basis wird eine ambitionierte Liberalisierung und Ausweitung des gegenseitigen Marktzugangs im Bereich der Finanzdienstleistungen angestrebt. Dazu gehören auch die Dienstleistungen der Banken. Ziel ist es, innert nützlicher Frist das Wesentliche dazu in einem Staatsvertrag festzuhalten. Auch der von der Branche als zielführend erachtete Grundsatz der «mutual recognition» (gegenseitige Anerkennung) wird in der Absichtserklärung erwähnt. Gegen Ende Jahr soll zwischen beiden Staaten eine erste Bestandesaufnahme zum diesbezüglichen Verhandlungsstand durchgeführt werden.

Bankenunion in Europa stockt – Grossbanken für die Schweiz wichtig

Seit der Finanzkrise sind amerikanische und chinesische Banken stark gewachsen, während Banken in Europa deutlich geschrumpft sind. Die Unterschiede zwischen den USA und Europa gehen dabei vor allem auf die erfolgreichere Bewältigung der Finanzkrise durch die USA zurück. Einige europäische Banken befinden sich hingegen immer noch in schlechter Verfassung und die Bemühungen zur Entwicklung einer EU-Bankenunion befinden sich wohl gerade deshalb weiterhin in der Warteschlaufe. Der mit der anhaltenden Tiefzinspolitik verbundene starke Rückgang der Zinsmarge stellt die im Zinsgeschäft stark verwurzelten europäischen Banken vor grosse Rentabilitätsprobleme.[25] Der mit der COVID-19-Pandemie verbundene Wirtschaftseinbruch wird die Situation der europäischen Banken zudem nicht verbessern. Ohne eine EU-Bankenunion ist das Entstehen einer grossen paneuropäischen Bank aber nicht möglich.

23 Eidgenössisches Finanzdepartement EFD (2020). Joint Statement between the Federal Department of Finance and Her Majesty's Treasury on deepening cooperation in financial services. https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/61959.pdf.

24 Eidgenössisches Finanzdepartement EFD (2020) Die Schweiz und das Vereinigte Königreich streben eine engere Zusammenarbeit für Finanzdienstleistungen an. Medienmitteilung vom 30.6.2020. https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79678.html.

25 International Monetary Fund (2020). Global Financial Stability Report. Markets in the Time of COVID-19.

Auch die Schweizer Grossbanken haben sich seit der Finanzkrise neu ausgerichtet und haben ihre Bilanzen in den vergangenen Jahren verkleinert. Ohne nationale Grossbanken, die im Investment Banking tätig sind, hängt der Zugang von grösseren Firmen zu den internationalen Kapitalmärkten jedoch gänzlich vom Ausland ab. Dies kann zu schlechteren Finanzierungskonditionen und in Krisenzeiten zu einem Finanzierungsrisiko führen. Grosse Banken mit internationaler Ausstrahlung können zudem leichter ihre Tätigkeiten diversifizieren und dementsprechend Finanzrisiken absorbieren. Deshalb ist ein kontrolliertes Wachstum der Schweizer Grossbanken für die Schweizer Volkswirtschaft zentral. Es erlaubt den Banken, ihre volkswirtschaftliche Funktion wahrzunehmen und festigt die globale Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz.[26]

Vergleichsweise geringe Rentabilität Schweizer Pensionskassen

Das Beratungsunternehmen McKinsey hat in einer Studie erstmals den Anlageerfolg der Schweizer Pensionskassen untersucht.[27] Die Studie zeigt, dass Schweizer Pensionskassen im internationalen Vergleich eine geringe Rentabilität aufweisen. Während die jährliche reale Rendite der Schweizer Pensionskassen von 2008 bis 2018 durchschnittlich 2,4 Prozent betrug, erzielten die kanadischen Pensionskassen einen Spitzenwert von 4,1 Prozent. Grund für das schlechtere Abschneiden sind, neben exogenen länderspezifischen Entwicklungen wie bspw. Wechselkurs und Zinsniveau, die Anlagestrategie sowie die Grösse der Schweizer Pensionskassen. Trotz Negativzinsen investieren die Pensionskassen einen grossen Anteil ihres Portfolios in Obligationen und weisen einen im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Aktienanteil auf. Der Schweizer Pensionskassenmarkt ist mit über 1’500 Kassen zudem stark fragmentiert, sodass grössenbedingte Effizienzvorteile nicht realisiert werden können. Eine weitere Professionalisierung der Pensionskassen und eine Anpassung der Anlagerichtlinien wären daher wünschenswert.

26 SBVg (2019). Braucht die Schweiz grosse Banken? Banken im internationalen Vergleich.
27 McKinsey Switzerland (2020). Making up lost ground – How Switzerland’s second-pillar pension funds can improve their investment performance.

I. 3 Strukturwandel

Wie andere Branchen stehen auch die Banken in einem ständigen Strukturwandel: Ihre Geschäftsmodelle, Prozesse und Strukturen passen sich neuen wirtschaftlichen und technologischen Gegebenheiten sowie den wandelnden Kundenbedürfnissen an. In einem Prozess kreativer Zerstörung verschwindet Veraltetes und neue Lösungen entstehen, die die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Branche erhöhen.

Wertschöpfung der Schweiz: Jeder zehnte Franken stammt aus dem Finanzsektor

Der Finanzsektor leistet trotz Herausforderungen wie Negativzinsen, stetig zunehmender Regulierung, der Digitalisierung und erhöhten Ansprüchen an seine Wettbewerbsfähigkeit einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung der Schweiz. Im Jahr 2018 generierte er 9,4 Prozent der gesamten Schweizer Bruttowertschöpfung[28]. Das Wertschöpfungswachstum des Finanzsektors lag 2018 mit 5,3 Prozent über dem Schweizer Durchschnitt. Über den Bezug von Vorleistungen und den Konsum ihrer Mitarbeitenden lösen Banken und Versicherungen zudem zusätzliche Wertschöpfung in anderen Sektoren aus. Für jeden Wertschöpfungsfranken des Finanzsektors entstanden auf diese Weise zusätzlich rund 31 Rappen Wertschöpfung in anderen Branchen. Der Finanzsektor generierte im Jahr 2018 zudem 12 Prozent der Fiskalerträge von Bund, Kantonen und Gemeinden.[29] Da die Banken aufgrund regulatorischer Anforderungen gezwungen waren, ihre Organisationsstruktur anzupassen, wurde Personal in konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften ohne Banklizenz verlagert. Dadurch erscheint die direkte Wertschöpfung der Banken kleiner als sie tatsächlich ist.[30, 31] Abgrenzungsprobleme ergeben sich zudem bei digitalen Plattformen (Crowd-Funding, Zahlungsverkehr), die nicht direkt von klassischen Finanzinstituten betrieben werden und somit auch nicht zur Wertschöpfung des Finanzsektors hinzugerechnet werden, aber sehr eng mit diesem verknüpft sind.

28 BAK Economics (2019). Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors.
29 BAK Economics (2019). Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors.
30 Siehe auch: https://www.swissbanking.org/de/services/blog/von-einer-branche-im-strukturwandel-und-den-tuecken-der-statistik
31 Nicht in der Wertschöpfung enthalten ist zudem die Konsumentenrente. Die Digitalisierung und der damit verbundene intensivierte Wettbewerb können zu niedrigeren Preisen und damit niedrigerer Wertschöpfung führen, obwohl sich die Konsumentenrente dadurch erhöht. Ebenso spiegeln sich qualitative Verbesserungen der Produkte und der damit verbundene höhere Kundennutzen bei gleichbleibenden Preisen nicht in der Wertschöpfung wider.

Anzahl Arbeitsplätze in Finanzbranche stabil – gefragte Kompetenzprofile im Wandel

Die erwähnte Verlagerung von Arbeitsplätzen zu konzerninternen Dienstleistungsgesellschaften ohne Banklizenz ging weiter, schwächte sich 2019 jedoch ab. Diese Beschäftigten werden statistisch nicht mehr dem Bankensektor, sondern den zuliefernden Sektoren zugerechnet. Die Vorleistungsquote des Bankensektors, sprich der Anteil des Produktionswertes, den Drittunternehmen für Banken erbringen, ist zwischen 2011 und 2018 entsprechend von 41 auf 51 Prozent gestiegen.[32] Die Anzahl der beschäftigten Personen im Bankensektor nahm hingegen ab. Im Jahr 2019 ist diese um 1,2 Prozent (1'130 Vollzeitstellen) gesunken. Solche Verlagerungen von Arbeitsplätzen dürften zukünftig weiter geschehen, womit die Statistik über die Beschäftigtenzahlen im Bankensektor an Aussagekraft einbüsst.

Die neuen digitalen Technologien führen zu Veränderungen der Anforderungsprofile im Bankensektor. Die gefragten Kompetenzen haben sich in Richtung von Informatik, Kredit- und Risikomanagement, Research und Produktentwicklung bewegt. Mit der Digitalisierung verändert sich insbesondere der Fachkräftebedarf und die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bankensektor. Transversale Grundkompetenzen werden immer wichtiger als rasch vergängliche Fachkompetenzen.[33] Ausserdem gewinnen Kompetenzen zu Nachhaltigkeitsthemen an Bedeutung, was die SBVg als Trägerorganisation zahlreicher Berufsbilder mit verschiedenen Massnahmen unterstützt.

32 BAK Economics (2019). Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors.

33 Brassel & Partner Consulting (2020). Impact of digitalisation on the employment market in Banking. Siehe auch Sigg, A., Umbricht, R, Grimm, S. & Kley C. (2017). Zukunftsstudie Bankfachspezialisten 2030. Eine interdisziplinäre Studie der Abteilung Banking, Finance, Insurance und General Management.

Die Verbände und Sozialpartner Arbeitgeber Banken, Schweizerischer Bankenpersonalverband (SBPV) sowie Kaufmännischer Verband (KFMV) haben im Herbst 2019 mit «skillaware» eine Sensibilisierungskampagne gestartet, bei der sich Bankmitarbeitende mit ihren Grundkompetenzen auseinandersetzen und ihre Arbeitsmarktfähigkeit testen können. Über 9'300 Personen haben bis Ende Juli 2020 teilgenommen.[34] Mit dem Projekt wollen die Sozialpartner das Bewusstsein für ein «life long learning» schärfen und zur bestmöglichen Ausschöpfung des Potentials der Bankmitarbeitenden beitragen.

Die veränderten Anforderungen an die Bankmitarbeitenden verlangen auch nach einer Anpassung derer beruflichen Grundausbildung. Die Schweizerische Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen (SKKAB) hat daher bereits 2018 das Projekt «Kaufleute 2022» lanciert. Es untersucht, wie sich die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie die Digitalisierung auf die Ausbildung zur Kauffrau oder zum Kaufmann auswirkt und erstellt auf dieser Basis die neue Bildungsverordnung und den neuen Bildungsplan. Der neue Bildungsplan soll ab Sommer 2022 umgesetzt werden. Die SBVg arbeitet in enger Abstimmung mit der SKKAB an den betrieblichen Umsetzungsinstrumenten dieser Reform und der Ausgestaltung innerhalb der Bankenbranche.

COVID-19 beschleunigt die Digitalisierung in der Schweizer Finanzindustrie

Die Schweizer Banken haben ihre Strukturen und Abläufe im Zuge der COVID-19-Pandemie rasch und flexibel angepasst und konnten die Wirtschaft durch das KMU-Kreditprogramm schnell und pragmatisch mit Liquidität versorgen. Ermöglicht haben dies die von den Banken kontinuierlich getätigten Investitionen in die eigenen digitalen Fähigkeiten und in ihre Infrastruktur. Die Krise hat damit die grosse Bedeutung der Digitalisierung für die Schweizer Finanzindustrie verdeutlicht und dürfte verschiedene Entwicklungen beschleunigen. Es lassen sich sechs wesentliche Trends identifizieren.[35]

34 Arbeitgeber Banken (2020). https://www.arbeitgeber-banken.ch/aktuell/erste-schweizweite-kampagne-zu-grundkompetenzen-sozialpartner-der-bankenbranche-ziehen-positives-fazit.

35 SBVg (2020). Wie beschleunigt die Corona-Krise die Digitalisierung? Diskussionspapier der SBVg.

Erstens dürfte die Geschwindigkeit und Breite weiter zunehmen, mit der die Banken ihre Prozesse ohne Medienbrüche digital ausgestalten. Notwendig dafür ist die vermehrte Anwendung der qualifizierten elektronischen Signatur und eine staatlich anerkannte elektronische Identität (vgl. Kapitel I.4). Zweitens wird die Nachfrage der Kunden nach Finanzprodukten und -dienstleistungen über digitale Kanäle weiter zunehmen. Es gilt, ein optimales Zusammenspiel persönlicher und digitaler Kundenbetreuung zu erreichen. Drittens wird der Zahlungsverkehr zukünftig diverser und vielschichtiger: Etablierte Zahlungsmittel werden zunehmend durch innovative Zahlungsarten ergänzt. Viertens wird sich die Tendenz zu «Smart Working»-Lösungen weiter verstärken. Die Ermöglichung von Homeoffice während des Lockdowns hat sich bewährt. Fünftens bedingt die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft zunehmende Investitionen in eine erstklassige und sichere digitale Infrastruktur. Schliesslich dürften staatliche Stellen ihre Bemühungen zur durchgängigen E-Fähigkeit verstärken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu gewährleisten.

Banken und ein lebhaftes Fintech-Ökosystem ergänzen und befruchten sich

Die Schweiz ist ein global führendes Zentrum für Fintech-Unternehmen. Dank ihrer exzellenten Bildungs- und Forschungslandschaft und ihrer Innovationsfreude, einem relativ liberalen Arbeitsmarkt, hoher Lebensqualität und dem generell wirtschaftsfreundlichen Umfeld bietet die Schweiz optimale Standortbedingungen. Der Bundesrat setzt sich dafür ein, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Weiterentwicklung von Unternehmen in den Bereichen Fintech und Distributed Ledger Technologie (DLT) zu schaffen. Die erfolgreiche Positionierung der Schweiz im Bereich Fintech widerspiegelt sich auch im Fintech-Hub-Ranking des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Zürich und Genf liegen wie bereits in den Vorjahren auf dem zweiten und dritten Platz. Im Jahr 2019 kamen in der Schweiz 26 neue Fintech-Unternehmen hinzu, womit es Ende 2019 insgesamt 382 Unternehmen waren. Davon waren 132 Unternehmen dem Bereich DLT zugeordnet.[36] Im August 2019 erhielten erstmals zwei Blockchain-Dienstleister durch die FINMA je eine Bank- und Effektenhändlerbewilligung.[37]

36 IFZ (2020). FinTech Study 2020 – An Overview of Swiss FinTech.
37 FINMA (2019). FINMA-Aufsichtsmitteilung: Konsequente Geldwäschereibekämpfung im Blockchain-Bereich. Medienmitteilung vom 26. August 2019.

Als gewinnbringende Strategie bietet sich die Kooperation zwischen Fintech-Unternehmen und Banken an: Startups bieten einen idealen Rahmen zur Entwicklung und schnellen Umsetzung von neuen Geschäftsideen. Banken hingegen verfügen über das nötige Wissen bezüglich Regulierung und der sicheren Verwahrung von Vermögenswerten und Daten. Durch das daraus resultierende hohe Vertrauen geniessen sie einen entsprechenden Vorteil in der Kundenakquise. Eine Zusammenarbeit zwischen Fintech-Unternehmen und Banken erlaubt es, die komplementären Stärken beider Seiten optimal zu nutzen.

Digitale Vermögenswerte («Token Economy»): Nur dort regulieren, wo es nötig ist

Bei der Vergabe von Firmenkonti an DLT-Unternehmen ergeben sich für die Schweizer Banken verschiedene Herausforderungen, da bestimmte DLT-Anwendungen mit Risiken bezüglich Geldwäscherei und Betrug verbunden sind. Die Banken müssen die in der Schweiz geltenden Sorgfaltspflichten jederzeit einhalten. Die SBVg hat ihren diesbezüglichen Leitfaden aus dem Jahr 2018 sowohl terminologisch wie auch inhaltlich überarbeitet. Er soll die Mitgliedbanken im Gespräch mit DLT-Unternehmen unterstützen und gleichzeitig dem Risikomanagement im Geschäftsverkehr dienen. Das EFD und die FINMA begrüssen die Publikation des Leitfadens, dessen Weiterentwicklung auch von der Crypto Valley Association (CVA) unterstützt wurde.[38]

Der Bundesrat hat im November 2019 die Botschaft zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für DLT-Unternehmen verabschiedet. Im Einklang mit den Empfehlungen des Berichts der Arbeitsgruppe Blockchain/ICO beschränkt er sich darauf, nur dort zu regulieren, wo es nötig ist, und verzichtet darauf, ein eigenes DLT-Gesetz zu entwickeln. Im Zentrum steht die Erhöhung der Rechtssicherheit bei der Übertragung von DLT-basierten Vermögenswerten sowie die Schaffung einer neuen Bewilligungskategorie für «DLT-Handelssysteme» im Finanzmarktinfrastrukturrecht. Die SBVg begrüsst, dass der Bundesrat die in der Vernehmlassung geäusserte Notwendigkeit für eine Präzisierung gewisser Begrifflichkeiten und einer konsistenteren Ausrichtung an der bestehenden Gesetzgebung zur Kenntnis genommen hat.

38 FINMA. https://finma.ch/de/bewilligung/fintech/.

Die guten Rahmenbedingungen für digitale Vermögenswerte in der Schweiz zeigen sich auch im Aufbau einer global ausgerichteten Infrastruktur für den Handel, die Abwicklung und die Verwahrung von digitalen Vermögenswerten durch die Börsenbetreiberin SIX.

BigTech: Ambitionen bei Finanzdienstleistungen bieten Chancen und bergen Risiken

Technologiefirmen wie Alibaba, Amazon, Apple, Facebook und Google sind in den vergangenen Jahren stark gewachsen und stossen zunehmend auch in den Markt für Finanzdienstleistungen vor. Im Zentrum stehen dabei Zahlungs-Apps, die Finanz- und Vermögensverwaltung, Versicherungen und die Kreditvergabe. Das Facebook-Spinoff Libra hat sich in Genf niedergelassen, was die Attraktivität der Schweizer Rahmenbedingungen unterstreicht. Libra hat eine FINMA-Lizenz beantragt und will für Endkunden sogenannte «retail token» lancieren, die jeweils an eine Währung gekoppelt sind (Euro-Libra, Dollar-Libra, etc.).

Der Eintritt von Technologiefirmen in den Finanzmarkt ist aus Sicht des Finanzplatzes und für Kunden sowohl mit Chancen wie auch Risiken verbunden. Aufgrund ihrer breiten Kundenbasis und einem in der Regel einfach skalierbaren Angebot können die Technologiefirmen potentiell auch Kunden ohne Bankzugang erreichen. Die ihnen zur Verfügung stehenden Daten erleichtern ihnen die Risikoprüfung potenzieller Kreditnehmer. In gewissen Bereichen, insbesondere im Zahlungsverkehr, besteht aber auch das Risiko, dass die Technologiefirmen systemrelevant werden.[39] Aus regulatorischer Perspektive ist es daher zentral, dass Finanzstabilität nicht länger einzig mit der Stabilität des Bankensektors gleichgesetzt wird.[40] Produkte von BigTechs, die Finanzdienstleistungen ähneln, aber nicht als solche klassifiziert sind, sollten äquivalent reguliert werden.

39 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ (2019). BIS Annual Economic Report, III. Big tech in finance: opportunities and risks.

40 SBVg (2019). Finanzmarktstabilität: Sind nur die Banken systemrelevant? Diskussionspapier der SBVg.

Open Banking: Marktwirtschaftliche Lösungen bieten grössten Mehrwert
Kunden beziehen ihre Finanzprodukte immer seltener von einem einzelnen Anbieter, sondern kombinieren die für sie optimalen Angebote. Neben dem Bedürfnis nach einfachen und personalisierten Finanzprodukten, stehen dabei auch Sicherheit, Vertrauen und der Schutz der persönlichen Daten im Fokus. Die Banken in der Schweiz bieten hierfür eine ideale Ausgangslage mit hervorragenden Rahmenbedingungen. Eine Öffnung der Schnittstellen und eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Banken und Fintechs bietet grosses Potential. Entscheidend ist dabei, dass gemeinsam und basierend auf marktwirtschaftlichen Lösungen ein Mehrwert für die Kunden generiert wird. Regulierung und eine erzwungene Öffnung führen nicht zu einer nachhaltigen Zusammenarbeit und sind der falsche Ansatz, um eine Kooperation voranzubringen.

Die SBVg hat in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe aus Bankenvertretern eine Auslegeordnung zum Open Banking in der Schweiz veröffentlicht.[41] Sie identifiziert drei Punkte, welche für eine weitere positive Entwicklung zentral sind. Erstens muss jede einzelne Institution im Rahmen ihres Angebotes und ihrer Angebotsentwicklung eine klare strategische Positionierung erarbeiten. Dadurch wird eine stabile Grundlage für die spätere Auswahl konkreter Partner und Leistungen geschaffen. Zweitens zeigt sich, dass die rechtlichen und regulatorischen Anforderungen von der Art der Zusammenarbeit abhängen. Differenziert werden muss insbesondere zwischen Outsourcing und Open Banking. Bei letzterem ist auf folgendes zu achten: Der Kunde wird bei enger Kooperation mit einem Drittanbieter davon ausgehen, dass die Bank den Drittanbieter geprüft hat und für dessen Dienstleistungen eine gewisse Verantwortung trägt. Schliesslich bedingt der Austausch von Daten zwischen Banken und vertrauenswürdigen Drittanbietern eine Standardisierung von Schnittstellen sowie technologische Sicherungsmassnahmen, um die Datenvertraulichkeit zu gewährleisten. In der Schweiz treiben verschiedene vielversprechende Initiativen die Standardisierung voran und zeigen, dass eine Marktlösung möglich ist. Die Common API Initiative der Swiss Fintech Innovations (SFTI) hat beispielsweise zum Ziel, die Programmierschnittstellen, kurz API, des Banken- und Versicherungssektors zu standardisieren. Einen Schritt weiter geht die Infrastrukturbetreiberin SIX, die mit b.Link eine

41 SBVg (2020). Open Banking. Eine Auslegeordnung für den Schweiz Finanzplatz.

operative Plattform entwickelt, die Banken und FinTechs direkt miteinander verbindet. Die Initiative openbankingproject.ch stellt eine Wissensplattform sowie eine Testumgebung für API-Anwendungen zur Verfügung.

SBVg-Leitfaden dient als Wegweiser für sicheres Cloud Banking

Cloud-Dienstleistungen sind für die Banken eine entscheidende Grundlage, um neue Technologien nutzen und ihren Kunden rasch innovative Produkte anbieten zu können. Chancen ergeben sich auch durch eine Vereinfachung der Einhaltung regulatorischer Vorschriften; mit künstlicher Intelligenz können beispielsweise Geldwäschereifälle effizienter und wirksamer aufgedeckt und bekämpft werden. Abwehrmassnahmen gegen Cyber-Kriminalität lassen sich in Cloud-Umgebungen mit geringerem Aufwand und höherer Sicherheit umsetzen. Ausserdem haben die Cloud-Lösungen den Härtetest massiv ansteigender Nutzerzahlen während der Corona-Krise bestanden. Gleichwohl bestanden in der Vergangenheit für Schweizer Banken offene Fragen zur Migration von Daten in die Cloud. Die SBVg hat deshalb bereits im März 2019 zusammen mit Mitgliedinstituten, Prüfgesellschaften und Providern einen entsprechenden Leitfaden als Orientierungsrahmen und mit konkreten Empfehlungen für sicheres Cloud Banking publiziert.[42]

Ein Knackpunkt bei der Nutzung von Cloud-Dienstleistungen ist die Abhängigkeit von ausländischen Anbietern. Der Bundesrat hat die Notwendigkeit einer leistungsfähigen und sicheren digitalen Infrastruktur für die Sicherstellung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erkannt. Im April 2020 hat er daher beschlossen, vertiefte Abklärungen zu Bedarf, Ausgestaltung, Notwendigkeit und Machbarkeit einer «Swiss Cloud» durchführen zu lassen. Insbesondere soll geprüft werden, ob die Schweiz mit einer eigenen Dateninfrastruktur die technologische Abhängigkeit von ausländischen Public-Cloud-Anbietern minimieren und die eigene Datensouveränität gewährleisten kann.

42 SBVg (2019). Cloud-Leitfaden – Wegweiser für sicheres Cloud Banking.

Digitaler Schweizer Franken der SNB soll Finanzmarktakteuren vorbehalten bleiben

Der Bundesrat hat in einem Bericht die Chancen, Risiken und Möglichkeiten der Einführung und Herausgabe eines digitalen Schweizer Frankens untersucht.[43] Er zeigt auf, dass ein allgemein zugängliches digitales Zentralbankgeld die damit verbundenen hohen Erwartungen nur sehr bedingt erfüllen könnte und gegenwärtig keinen Zusatznutzen bringt. Auch für die SNB überwiegen die damit verbundenen Risiken für die effektive Umsetzung der Geldpolitik und der Finanzstabilität. Insbesondere erhöht sich aus ihrer Sicht damit das Risiko eines «bank run» in Krisenzeiten, da dieser quasi auf Knopfdruck erfolgen könnte.[44] Die Banken wären zudem vermehrt gezwungen, auf alternative Finanzierungsquellen zurückzugreifen, welche volatiler sind als Bankeinlagen. Die Refinanzierung der Banken würde tendenziell teurer, risikoreicher und instabiler mit entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzstabilität. Ein digitaler Schweizer Franken könnte zudem als zusätzlicher «safe haven» dienen und den Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken in Krisenzeiten noch verstärken. Chancen sieht der Bericht des Bundesrates hingegen für digitales Zentralbankgeld, welches den Finanzmarktakteuren vorbehalten ist. Die damit verbundenen Änderungen wären weniger weitreichend und bieten demnach Potential für eine Verbesserung der Effizienz im Handel sowie in der Abwicklung und Bewirtschaftung von Wertschriften.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat im Juli 2019 in enger Zusammenarbeit mit der SNB einen Innovation Hub gegründet, der die Zusammenarbeit der Zentralbanken im Bereich innovativer Finanztechnologien fördern soll. In einer ersten Phase wurden Hub-Zentren in der Schweiz, Hongkong und Singapur eröffnet. Im Schweizer Zentrum wird unter anderem die Integration von digitalem Zentralbankgeld in eine DLT-Infrastruktur geprüft. Zu diesem Zweck testet die SNB zusammen mit der Schweizer Börse SIX in einem Pilotversuch die Anbindung des Clearingsystems an eine neue Blockchain-Plattform.

43 Bundesrat (2019). Digitales Zentralbankgeld. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 18.3159, Wermuth, vom 14. März 2018.

44 SNB (2019). Referat Thomas Jordan: Währungen, Geld und digitale Token. Rede Universität Basel, 5. September 2019.

I. 4 Regulierung

Die Banken- und Finanzmarktregulierung spielt für die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes eine zentrale Rolle. Ausserdem hat Selbstregulierung im Finanzsektor der Schweizer Wirtschaft eine lange Tradition. Die Vorteile der Selbstregulierung sind Praxisnähe und Flexibilität.

Finanzgesetzgebung samt Verordnungen in Kraft getreten

Das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG), das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) und die dazugehörigen Ausführungsverordnungen (FIDLEV und FINIV) sind am 1. Januar 2020 zusammen mit der Aufsichtsorganisationsverordnung (AOV) in Kraft getreten. Damit erhält die Schweiz ein ausgewogenes und zeitgemässes Gesamtkonzept im Bereich Anlegerschutz. Das FINIG schliesst die verbliebenen Lücken in der Aufsicht über die Vermögensverwalter. Im FIDLEG wird die gesamte Beziehung zwischen Finanzdienstleister und Kunde in einem einzigen Gesetz geregelt. Die AOV regelt die Bewilligungsvoraussetzungen und die Tätigkeit der neu eingeführten Aufsichtsorganisation (AO). Für die Umsetzung der neuen Regeln und Pflichten gilt für die Finanzdienstleister mehrheitlich eine Übergangsfrist von zwei Jahren. Die SBVg wird die davon betroffenen Selbstregulierungen an die neue Gesetzeslage anpassen.

Teilrevision Bankengesetz: Neue Eigenmittel- und Liquiditätserfordernis nur kostenneutral

Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Bankengesetzes endete im Juni 2019. Sie fokussiert auf die Einlagensicherung, die Bankensanierung und die Segregierung von Eigen- und Kundenbeständen bei den Verwahrungsstellen von Bucheffekten. Im Hinblick auf die Einlagensicherung stehen eine Verkürzung der Auszahlungsfrist, ein neues Finanzierungsmodell (Hinterlegung von Wertschriften oder Geld bei einer Verwahrungsstelle bzw. Bardarlehen an Esisuisse im Umfang von 50 Prozent der Beitragsverpflichtungen) und eine Erhöhung der Systemobergrenze auf neu 1,6 Prozent der gesicherten Einlagen (mit einer zusätzlichen Untergrenze bei CHF 6 Mrd.) im Zentrum. Bei den Insolvenzbestimmungen für Banken werden einerseits gewisse Bestimmungen, die sich heute in der FINMA-Verordnung finden, neu auf Gesetzesstufe verankert. Dabei handelt es sich vor allem um Vorgaben betreffend die Behandlung der Ansprüche von Bankeignern und -gläubigern. Andererseits sind Regelungen zur Stärkung der Stabilität des Pfandbriefsystems vorgesehen.

Im Interesse einer weiteren Erhöhung der Sicherheit und Stabilität des Finanzplatzes ist der Bankensektor bereit, Zusatzkosten für die Implementierung und den Betrieb der neuen Hinterlegungslösung zu tragen. Aus Sicht der SBVg wird im Gegenzug auf Verordnungsstufe sicherzustellen sein, dass die Revision hinsichtlich Eigenmittel- und Liquiditätserfordernis kostenneutral ausfällt. Ebenso ist eine Verankerung der Insolvenzbestimmungen für Banken auf Gesetzesebene grundsätzlich wünschenswert. Es muss aber sichergestellt werden, dass die Regeln nicht nur auf Aktiengesellschaften zugeschnitten sind und der FINMA genügend Ermessensspielraum für praxisnahe Lösungen gelassen wird.

Der Bundesrat hat die Botschaft Ende Juni verabschiedet.[45] Das eidgenössische Parlament wird sich voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2020 das erste Mal mit der Botschaft des Bundesrats befassen.

Kompetenzen der Finanzmarktaufsicht in neuer Verordnung konkretisiert

Die neue Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG) ist am 1. Februar 2020 in Kraft getreten. Die neue Verordnung konkretisiert die Kompetenzen der FINMA in internationalen Aufgaben und der Regulierung und legt dar, wie die Verhältnismässigkeit, die Differenzierung sowie internationale Standards bei der Regulierungstätigkeit zu berücksichtigten sind. Definiert wird auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen der FINMA und dem EFD. Die Regulierungsinstrumente in Form von Verordnungen und Rundschreiben bleiben erhalten und die Unabhängigkeit der FINMA in ihrer Aufsichtstätigkeit wird gewahrt.

Änderung der Eigenmittelverordnung trägt Selbstregulierung der Banken Rechnung

Der Bundesrat hat im November 2019 eine Änderung der Eigenmittelverordnung (ERV) verabschiedet, welche per 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist. Mit der Änderung gelten für kleine, besonders liquide und gut kapitalisierte Banken und Wertpapierhäuser vereinfachte Anforderungen für die Berechnung der erforderlichen

45 Bundesrat (2019). Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes (BankG). https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/61773.pdf.

Eigenmittel sowie weitere regulatorische Entlastungen. Damit wird der starken Belastung Rechnung getragen, welche die immer komplexere Regulierung gerade für kleine Institute darstellt, und die Verhältnismässigkeit der Bankenregulierung wird verbessert («Kleinbankenregime», Proportionalität).

Für die Stammhäuser der systemrelevanten Banken gelten neu schärfere Kapitalvorschriften. Betroffen sind Banken der Kategorien 1 und 2 – UBS, die Credit Suisse, die PostFinance, Raiffeisen und die Zürcher Kantonalbank.

Verzichtet hat der Bundesrat hingegen auf eine Erhöhung der Eigenmittelanforderungen der Banken für die Finanzierung von Wohnrenditeliegenschaften. Grund hierfür ist die von der SBVg vorgeschlagene Selbstregulierung, die der Bundesrat als wirksam und zielführend erachtet.[46] Die revidierte Selbstregulierung ist am 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Die Richtlinien sehen vor, dass bei Renditeobjekten der Mindestanteil an einzubringenden Eigenmitteln des Kunden neu 25 Prozent (bislang zehn Prozent) betragen muss. Zudem ist die Hypothekarschuld neu innert maximal zehn Jahren auf zwei Drittel des Belehnungswertes der Liegenschaft zu amortisieren (bislang 15 Jahre). Beide Massnahmen leisten einen wirksamen Beitrag an die weitere Stabilisierung des Immobilien- und Hypothekarmarktes.

Fahrplan für die Einführung des Net Stable Funding Ratio festgelegt

Der Bundesrat hat im November 2019 den Fahrplan für die Einführung der Finanzierungsquote «Net Stable Funding Ratio» (NSFR) festgelegt. Als Ergänzung zur «Liquidity Coverage Ratio» (LCR), welche der Stärkung der Resilienz der Banken bei kurzfristigen Liquiditätskrisen dient, bezweckt die NSFR eine langfristig stabile Finanzierung. Die entsprechende Verordnungsanpassung soll im Laufe des Jahres 2020 verabschiedet werden und Mitte 2021 in Kraft treten.

46 SBVg (2019). Richtlinien betreffend Mindestanforderungen bei Hypothekarfinanzierungen.

Elektronische Identität kommt vor das Volk

Das Schweizer Parlament hat im September 2019 das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID) verabschiedet. Das Gesetz bezweckt die Schaffung einer E-ID für natürliche Personen, welche die zweifelsfreie elektronische Verifizierung der Identität einer Person erlaubt. Die E-ID erlaubt es, Zahlungsaufträge schneller und unkomplizierter online durchzuführen, unterstützt die Entwicklung von Onlinegeschäften und schafft die Möglichkeit für verschiedene E-Government-Anwendungen. Während des Corona-bedingten Lockdowns hat sich die Notwendigkeit von digitalen Identifizierungsverfahren zusätzlich gezeigt (vgl. Kapitel I.3). Die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und ihrer Identitätsmerkmale bleibt dabei dem Staat vorbehalten. Die Entwicklung und Ausstellung der E-ID soll hingegen von privaten Anbietern übernommen werden. Die Beteiligung der Privatwirtschaft ermöglicht die Nutzbarkeit der E-ID für zahlreiche Anwendungsfälle und vereinfacht damit eine rasche Verbreitung. Dies wird für den Erfolg einer staatlich anerkannten digitalen ID in der Schweiz entscheidend sein. Der Staat stellt derweil sicher, dass kein Datenmissbrauch möglich ist. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen. Der Abstimmungstermin stand beim Redaktionsschluss noch nicht fest.

Revision Standesregeln und Geldwäschereiverordnung in Kraft getreten

Die neue Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 20) ist zusammen mit der ebenfalls revidierten Geldwäschereiverordnung-FINMA (GwV-FINMA) am 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Neu muss eine Identifizierung des Vertragspartners bereits ab CHF 15’000 (bisher ab CHF 25’000) erfolgen. Das FINMA-Rundschreiben betreffend Video- und Online-Identifizierung wird formell in die VSB überführt und die Bestimmungen zum abgekürzten Verfahren vor der Aufsichtskommission werden aktualisiert. Zudem werden die Regelungen bei Kontoeröffnungen ohne vollständige Dokumentation verschärft. Neu muss das Konto für alle Zu- und Abgänge gesperrt und die Geschäftsbeziehung aufgelöst werden, wenn die fehlenden Angaben und Dokumente nicht innert 30 Tagen nachgereicht werden.

Der Bundesrat hat im Juni 2019 die Botschaft zur Revision des Geldwäschereigesetzes verabschiedet. Die Änderungen tragen den wichtigsten Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) Rechnung. Finanzintermediäre müssen mit der gebotenen Sorgfalt die wirtschaftlich berech-

tigte Person feststellen, deren Identität überprüfen und melden. Davon betroffen sind lediglich Dienstleistungen von Sitzgesellschaften und Trusts. Neu sind Sitzgesellschaften und Trusts zudem angehalten, die erforderlichen Belege periodisch auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und sie bei Bedarf zu aktualisieren. Der Nationalrat hat in einer ersten Lesung beschlossen, nicht auf den Vorschlag des Bundesrates einzutreten. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates hat daraufhin die Verwaltung beauftragt, ihr Optionen zu unterbreiten, die den Hauptkritikpunkten des Nationalrates Rechnung tragen.

Änderung Stiftungsrecht zur Stärkung des Stiftungsstandortes Schweiz auf gutem Weg

Der Bundesrat hat im November 2019 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Stärkung des Stiftungsstandortes Schweiz eröffnet. Zentrale Punkte sind eine klarere Regelung der Stiftungsaufsichtsbeschwerde, eine Vereinfachung der Änderung der Stiftungsurkunde, eine Haftungsbeschränkung für ehrenamtliche Organmitglieder sowie die steuerliche Privilegierung von Zuwendungen aus dem Nachlass sowie die Möglichkeit eines Spendenvortrags auf spätere Veranlagungsperioden.

Das geltende Stiftungsrecht bietet bereits gute Rahmenbedingungen für das Stiftungswesen in der Schweiz. Mit dem Gesetzesentwurf soll der Schweizer Stiftungsstandort Schweiz nun weiter gestärkt werden. Diese Vorhaben unterstützt die SBVg. Der ausgearbeitete Gesetzesentwurf adressiert Bedürfnisse aus der Praxis und greift entscheidende Aspekte auf, die für den Schweizer Stiftungssektor im internationalen Vergleich relevant sind. Die SBVg stellt aber einen Koordinationsbedarf mit der möglichen Einführung eines Schweizer Trusts sowie der damit in Zusammenhang stehenden Stärkung der Schweizer Familienstiftungen fest.

Anpassung des Datenschutzgesetzes im Parlament umstritten

Die aktuelle Datenschutzgesetzgebung geht auf das Jahr 1992 zurück und ist aufgrund der technologischen Entwicklung heute nicht mehr zeitgemäss. Der Bundesrat hat sich daher für eine Totalrevision des Datenschutzgesetzes entschieden, welche in zwei Schritten erfolgt. Der erste Schritt ist am 1. März 2019 in Kraft getreten und stellt sicher, dass die Schweiz im Bereich Strafverfolgung, Strafvollstreckung und öffentliche Sicherheit im Schengen-Raum handlungsfähig bleibt und weiterhin effizient Daten von europäischen Strafverfolgungsbehörden erhält.

Der zweite Schritt betrifft die Annäherung des Schweizer Datenschutzgesetzes (DSG) an die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Die Revision des DSG hat insbesondere zum Ziel, den Datenschutz an das digitale Zeitalter anzupassen und die Stellung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Mit der Anpassung der Gesetzgebung ans europäische Recht soll zudem sichergestellt werden, dass die grenzüberschreitende Datenübermittlung zwischen der Schweiz und den EU-Staaten ohne zusätzliche Hürden möglich bleibt. Der Gesetzesentwurf wird derzeit im Parlament beraten, Differenzen bestehen insbesondere hinsichtlich der automatisierten Bearbeitung von Personendaten.

Für die SBVg ist es insbesondere wichtig, dass die Schweiz bei der Gesetzgebung auf einen «Swiss Finish» verzichtet und die Regeln nicht über die für die Aufrechterhaltung des bestehenden Angemessenheitsbeschlusses der EU-Kommission notwendigen Anpassungen hinausgehen.

Aufhebung des Kreditverbots der PostFinance wird zur Diskussion gestellt
Der Bundesrat hat im Juni 2020 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG) eröffnet. Die Vernehmlassungsvorlage sieht vor, dass die PostFinance künftig Kredite und Hypotheken vergeben kann. Das Vergabevolumen soll aber durch die Kundeneinlagen, die PostFinance aufgrund des Grundversorgungsauftrags im Zahlungsverkehr zufliessen, beschränkt werden. Der Bundesrat erhofft sich dadurch eine Verbesserung der Ertragskraft der PostFinance, die aufgrund des andauernden Tiefzinsumfeldes stark zurückgegangen ist. Die Vorlage beinhaltet auch eine Teilprivatisierung der PostFinance, wobei die Schweizerische Post AG – und damit indirekt der Bund – Mehrheitsaktionärin bleiben soll. Schliesslich soll die PostFinance die Erfüllung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen prioritär aus eigenen Mitteln bewerkstelligen. Eine Kapitalisierungszusicherung durch den Bund ist einzig subsidiär vorgesehen.

Aus Sicht der SBVg ist ein Eintritt eines neuen staatlichen Akteurs auf Bundesebene in den Kreditmarkt nicht nötig. Ein Eintritt der PostFinance in den Kreditmarkt müsste mit der Aufgabe der Mehrheitsbeteiligung des Bundes und dem Ziel der vollständigen Privatisierung einhergehen.

I. 5 Steuern und Compliance

Attraktive steuerliche Rahmenbedingungen und wirksame Compliance-Regeln sind wesentliche Standortfaktoren für den Finanzsektor. Neben der Besteuerung der eigenen Geschäftstätigkeit von Banken stehen dabei die Regulierungen zur Erfüllung der Steuerpflicht von Kunden im Vordergrund.

Schweiz baut Netz von Partnerstaaten für AIA weiter aus

Die Schweiz hat im September 2019 mit 75 Partnerstaaten erfolgreich Steuerdaten ausgetauscht und baut das Netz von Partnerstaaten für den Automatischen Informationsaustausch (AIA) weiter aus. Es bestehen mittlerweile AIA-Abkommen mit den wichtigsten Schweizer Wirtschaftspartnern und den global bedeutendsten Finanzplätzen.

Die innerstaatliche Umsetzung des AIA-Standards wird durch das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) überprüft, damit weltweit die gleichen Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Umfassende Länderprüfungen werden ab 2020 durchgeführt. Das Global Forum hat jedoch bereits vorab die zentralen Elemente einer stufenweisen Vorprüfung unterzogen, damit die Integrität des AIA-Standards von Beginn an sichergestellt ist. Im Rahmen dieser Vorprüfung hat das Global Forum verschiedene Empfehlungen an die Schweiz gerichtet. Die Revision des AIA-Gesetzes und der AIA-Verordnung wurden in der Sommersession des Parlaments verabschiedet und werden per 1. Januar 2021 in Kraft treten.

AHV-Steuervorlage in der Volksabstimmung angenommen

Die AHV-Steuervorlage wurde von Volk und Ständen im Mai 2019 angenommen und ist per 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Damit unterliegen zukünftig alle Unternehmen denselben international akzeptierten Besteuerungsregeln. Während die Steuerbelastung für frühere sogenannte Statusgesellschaften ansteigt, werden bislang ordentlich besteuerte Unternehmen entlastet. Als Ausgleich sind in zahlreichen Kantonen Gewinnsteuersenkungen geplant oder bereits umgesetzt. Die Vorlage hat für die betroffenen Unternehmen Rechtssicherheit geschaffen und sichert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Davon profitieren auch die Banken in der Schweiz.

Abschaffung der Stempelabgaben nur in einer einzigen Gesetzesvorlage sinnvoll

Im Januar 2020 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates eine Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative 09.503 «Stempelsteuern schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen» eröffnet. Die Initiative hat zum Ziel, die Emissionsabgabe, die Umsatzabgabe und den Stempel auf Versicherungsprämien abzuschaffen und dadurch die Konkurrenzfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gegenüber anderen Finanzplätzen zu stärken, welche diese Steuern nicht kennen. Die SBVg fordert in der Vernehmlassungsantwort, dass die Abschaffung der Stempelabgaben in einer einzigen Gesetzesvorlage an die Hand genommen werden soll und nicht, wie von der WAK vorgeschlagen, in separaten Vorlagen.[47] Falls aus finanzpolitischen Gründen eine Etappierung der Abschaffung notwendig sein sollte, so muss zuerst die Umsatzabgabe auf den ausländischen Wertpapieren abgeschafft werden, da diese für die internationale Kundschaft des Schweizer Finanzplatzes besonders schädlich ist. Zudem braucht es eine politische Verknüpfung zur geplanten Reform der Verrechnungssteuer.

Vorschlag zur Reform der Verrechnungssteuer: praktikables Lösungskonzept liegt auf dem Tisch

Zur Belebung des stark unterentwickelten Schweizer Obligationenmarkts ist eine Reform der Verrechnungssteuer auf Zinsen dringend nötig. Der Bundesrat hat denn auch im April 2020 die Vernehmlassung zur Reform der Verrechnungssteuer eröffnet. Vor allem aus finanzpolitischen Überlegungen möchte der Bundesrat jedoch nicht die gesamte Verrechnungssteuer reformieren. Er schlägt vielmehr eine Reform zur Belebung des Fremdkapitalmarktes vor. Kernelement der Vorlage ist die Befreiung inländischer juristischer Personen sowie ausländischer Anleger von der Verrechnungssteuer auf inländische Zinserträge. Es soll bei den Zinserträgen ein Systemwechsel hin zu einem Zahlstellenprinzip erfolgen. Die Verrechnungssteuer würde damit nicht mehr durch den Schuldner, sondern durch die Zahlstelle der Anleger entrichtet. Die Verrechnungssteuer fällt dabei nur dann an, wenn die Zahlstelle ihren Sitz in der Schweiz hat und wird einzig gegenüber inländischen natürlichen Personen erhoben.

47 SBVg (2020). Stellungnahme der SBVg zur Parlamentarischen Initiative: Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen.

Der vom Bundesrat ausgearbeitete Vorschlag ist mit einem unverhältnismässig hohen Aufwand verbunden und insbesondere bei ausländischen Zinspapieren aufgrund fehlender Informationen teilweise nicht umsetzbar. Eine Unterscheidung zwischen in- und ausländischen Zinspapieren muss daher zwingend vorgenommen werden. Die SBVg hat – aufbauend auf den Vorschlägen des Bundesrates – ein Lösungskonzept für eine Zahlstellensteuer auf Zinsen aus in der Schweiz emittierten Anlagen erarbeitet.[48] Um den administrativen Aufwand vor allem für kleinere und mittelgrosse Banken zu verringern, sieht das Lösungspaket vor, dass die Abrechnung der Steuer an eine Drittperson in der Schweiz delegiert werden kann. Von einer Zahlstellensteuer auf Zinsen aus ausländischen Quellen ist hingegen abzusehen. Der mit einer Einführung verbundene Aufwand steht in keinem Verhältnis zu den durch den Bundesrat geschätzten Steuereinnahmen. Ausserdem müsste die Verrechnungssteuerreform zusammen mit der schrittweisen Abschaffung standortrelevanter Stempelabgaben erfolgen.

OECD strebt weiter eine Neuregelung der Unternehmensbesteuerung an

Für die Geschäftstätigkeit in einem Staat ist heute nicht immer physische Präsenz in Form einer Betriebsstätte erforderlich, die eine Steuerpflicht begründet. Für gewisse Geschäftsmodelle genügt eine digitale Präsenz, die unter den geltenden Regeln schwierig oder gar nicht zu erfassen ist und darum nicht vollständig besteuert werden kann. Die heutigen Regeln zur Besteuerung international tätiger Unternehmen werden seitens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Frage gestellt, weil die Gegebenheiten der modernen, zunehmend digitalisierten Wirtschaft in der Lesart der OECD nicht mehr passend berücksichtigen würden.

Die OECD hat im Herbst 2019 ein Konzept zur Neuregelung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen präsentiert, welches sich auf zwei Säulen abstützt. Säule 1 sieht vor, dass ein grösserer Teil der Konzerngewinne dort versteuert werden muss, wo die Nutzer ansässig sind, unabhängig von der physischen Präsenz des Unternehmens. Säule 2 beinhaltet noch zu definierende Massnahmen, die sicherstellen sollen, dass die Unternehmensgewinne einer gewissen Mindestbesteuerung unterliegen. Entgegen dem ursprünglichen Vorhaben sollen die neuen Regeln nicht nur

48 SBVg (2020). Reform der Verrechnungssteuer: Für eine smarte und einfache Lösung.

für grosse internationale Digitalfirmen gelten. Betroffen wären vielmehr alle Unternehmen, die eine gewisse Umsatzschwelle überschreiten sowie einen ausserordentlich hohen Gewinn erzielen. Die OECD strebt nach wie vor an, bis Ende 2020 einen Schlussbericht vorzulegen. Diese Zielsetzung scheint sehr ambitioniert zu sein und ist durch die COVID-19-Pandemie und das drohende Veto der USA zu Säule 1 zusätzlich in Frage gestellt.

Nachdem die Einführung einer Digitalsteuer auf EU-Ebene im März 2019 gescheitert ist, haben einzelne EU-Länder auf eigene Initiative eine solche Steuer lanciert. Sollte auf Ebene der OECD kein Konsens erreicht werden, ist damit zu rechnen, dass weitere Länder eine solche Steuer einführen werden und die Diskussion auf EU-Ebene wieder aufgenommen wird.

Die Schweiz wäre von einer Neuregelung der Besteuerungsrechte für Unternehmensgewinne auf OECD-Ebene stark betroffen. Einerseits haben hierzulande viele Konzernzentralen und international ausgerichtete KMU ihren Sitz, andererseits ist die Schweiz ein vergleichsweise kleiner Absatzmarkt. Daher müsste der Schweizer Fiskus bei Zustandekommen des OECD-Projekts wohl mit empfindlichen Einbussen rechnen.

Die Schweiz setzt sich im Rahmen der OECD-Debatte dafür ein, dass für die Zuteilung der Gewinne grundsätzlich der Ort der Wertschöpfung massgeblich und der den Marktstaaten zugewiesene Gewinnanteil moderat bleibt. Eine verbindliche Mindestbesteuerung schränkt die Steuersouveränität ein und verhindert einen fairen Steuerwettbewerb.

Volksinitiative zur Einführung einer Mikrosteuer lanciert

Eine Volksinitiative bezweckt die Einführung einer Steuer auf elektronischen Zahlungsverkehr und die gleichzeitige Abschaffung der Mehrwertsteuer, der direkten Bundessteuer und der Stempelsteuer. Auf jeder elektronischen Transaktion soll eine Mikrosteuer von maximal 0,5 Prozent erhoben werden. Die Unterschriftensammlung läuft seit März 2020.

Abb. 3

Ausgewählte Ereignisse, die den Finanzplatz bewegten

Wann	Thema	Meldung
Jan 19	Regulierung	Die systemrelevanten Inlandbanken müssen nun ebenfalls Gone-concern Kapital für ihre allfällige Sanierung und Abwicklung bereithalten.
Jan 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Fintech-Unternehmen können unter erleichterten Bedingungen Gelder bis zu CHF 100 Mio. entgegennehmen, sofern sie diese weder anlegen noch verzinsen.
Feb 19	Steuern und Compliance	Die OECD präsentiert ein Konsultationsdokument mit verschiedenen Vorschlägen zur Einführung einer Digitalsteuer.
Mär 19	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bankengesetzes.
Mär 19	Steuern und Compliance	Die EU verzichtet auf die Einführung einer Digitalsteuer.
Mär 19	Branchenentwicklung	Der zuletzt als Staatssektretär für internationale Finanzfragen tätige Jörg Gasser wird als neuer CEO der SBVg angekündigt. Er startet im Mai 2019. Daniela Stoffel wird neue Staatssekretärin für internationale Finanzfragen.
Mär 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die SBVg veröffentlicht einen rechtlichen und regulatorischen Leitfaden für den Einsatz von Cloud-Dienstleistungen durch Banken und Effektenhändler.
Mär 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die SNB kündigt an, dass Firmen mit einer Fintech-Lizenz künftig eigene Girokonti bei der SNB halten können.
Apr 19	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Änderung der Eigenmittelverordnung.
Apr 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die EU verlängert die Brexit-Frist bis zum 31. Oktober 2019. Grossbritannien ist verpflichtet, an den Wahlen des Europäischen Parlaments teilzunehmen.
Apr 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die SNB und die FINMA treten dem «Network for Greening the Financial System» bei.
Mai 19	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur neuen Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz.
Mai 19	Steuern und Compliance	Das Schweizer Stimmvolk stimmt der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) zu. Die Vorlage soll per 01.01.2020 in Kraft treten.
Mai 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Eine Umfrage von gfs.bern zeigt, dass die Banken in der Schweiz mehrheitlich positiv wahrgenommen werden. Sie gelten als verlässlich und sicher.
Mai 19	Steuern und Compliance	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zum AIA mit 19 weiteren Partnerstaaten und genehmigt den ersten Prüfbericht.
Jun 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Der Bundesrat kündigt an, dass institutionelle Rahmenabkommen mit der EU erst nach der Klärung gewisser offener Punkte unterzeichnen zu wollen.
Jun 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Ernennung von Florian Schütz als Cyber-Delegierter des Bundes. Er wird das Kompetenzzentrum Cyber-Sicherheit leiten.
Jun 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Ein Konsortium um Facebook kündigt die Einführung der Kryptowährung Libra an.
Jun 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die SBVg führt zum ersten Mal das Politforum durch. Ziel ist es, den Austausch zwischen Bankbranche und Politik zu stärken.

Jun 19	Steuern und Compliance	Der Bundesrat beschliesst, die Reform der Verrechnungssteuer wieder aufzunehmen und hat dazu die Zielsetzung und die Eckwerte verabschiedet.
Jun 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die SNB gibt bekannt, dass der neugeschaffene SNB-Leitzins das Libor-Zielband als geldpolitisches Instrument der SNB ersetzen wird.
Jun 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die BIZ gründet in enger Zusammenarbeit mit der SNB einen Innovation Hub um die Zusammenarbeit der Zentralbanken im Bereich innovativer Finanztechnologien zu fördern.
Jul 19	Steuern und Compliance	Der US-Senat genehmigt das Änderungsprotokoll von 2009 zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der USA. Es wird künftig nicht mehr zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug unterschieden und FATCA-Amtshilfegesuche werden möglich.
Jul 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die EU-Kommission verlängert die Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börse nicht weiter. Der Bundesrat aktiviert im Gegenzug die Eventualmassnahmen zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur per 1. Juli 2019.
Jul 19	Steuern und Compliance	Das Bundesgericht bewilligt die Lieferung von Kundendaten der UBS an Frankreich.
Jul 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die Fed senkt den Leitzins von 2,5 auf 2,25 Prozent.
Aug 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die SBVg veröffentlicht einen revidierten Leitfaden zur Eröffnung von Firmenkonti für DLT-Unternehmen.
Aug 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Erstmals erhalten zwei Blockchain-Dienstleister durch die FINMA eine Banklizenz.
Aug 19	Regulierung	Die FINMA akzeptiert den Vorschlag der Banken zur angepassten Selbstregulierung bei der Vergabe von Hypotheken für Renditeliegenschaften.
Sep 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die Sozialpartner Arbeitgeber Banken, Schweizerischer Bankpersonalverband sowie Kaufmännischer Verband starten die Kampagne «skillaware».
Sep 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die Fed senkt den Leitzins von 2,25 auf 2,0 Prozent.
Sep 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die SNB kündet an, den Freibetragsfaktor per Anfang November 2019 auf 25 zu erhöhen und die Methode zur Berechnung der negativzinsfreien Einlagen der Geschäftsbanken anzupassen.
Sep 19	Regulierung	Das Parlament verabschiedet das E-ID-Gesetz.
Okt 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Bundesrat Ueli Maurer nimmt für die Schweiz Einsitz in der «Coalition of Finance Ministers for Climate Action».
Okt 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die Bank Vontobel bietet als erster Emittent ein strukturiertes Produkt als Asset-Token an.
Okt 19	Steuern und Compliance	Die EU streicht die Schweiz von ihrer «grauen Liste» für Steueroasen.
Okt 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die Fed senkt den Leitzins von 2,0 auf 1,75 Prozent.
Okt 19	Wirtschaftspol. Umfeld	Die SBVg veröffentlicht eine Studie zur Negativzinspolitik und ihren volkswirtschaftlichen Auswirkungen.
Nov 19	Steuern und Compliance	Das Bundesgesetz zur Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum tritt in Kraft.
Nov 19	Strukturwandel und Wachstumsfelder	SIX gründet eine eigene Ratingagentur, bei der die Bewertung von Schuldtiteln auf künstlicher Intelligenz basiert.

Dez 19	Steuern und Compliance	Das multilaterale Übereinkommen zur Umsetzung abkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS-Übereinkommen) tritt in Kraft.
Dez 19	Regulierung	Die FINMA publiziert erstmals ihren Risikomonitor.
Jan 20	Regulierung	Das Kleinbankenregime tritt in Kraft.
Jan 20	Steuern und Compliance	Die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) tritt in Kraft.
Jan 20	Regulierung	FIDLEG, FINIG, FIDLEV, FINIV und AOV treten in Kraft.
Jan 20	Regulierung	Die Änderung der Eigenmittelverordnung tritt in Kraft.
Jan 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Der Beirat «Zukunft Finanzplatz» unterbreitet dem Bundesrat in seinem letzten Tätigkeitsjahr eine strategische Roadmap für die Finanzmarktpolitik.
Jan 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Das Vereinigte Königreich tritt aus der Europäischen Union aus.
Jan 20	Steuern und Compliance	Die WAK-N gibt zwei Vorentwürfe zur schrittweisen Abschaffung der Stempelsteuer in die Vernehmlassung.
Feb 20	Regulierung	Die neue Verordnung zum FINMAG tritt in Kraft.
Feb 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Reform der Neuen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds.
Mär 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die Swiss Cyber Security Days finden zum zweiten Mal statt.
Mär 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Die Fed senkt den Leitzins von 1,75 auf 1,25 Prozent.
Mär 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die Schweiz tritt der «Internationalen Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen» bei.
Mär 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Die Fed senkt den Leitzins von 1,25 auf 0,25 Prozent.
Mär 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Bund und Banken stellen ein umfassendes Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie vor. Der Bund bewilligt Überbrückungskredite für Unternehmen in Höhe von CHF 20 Mrd.
Mär 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Die SNB beantragt die Senkung des antizyklischen Kapitalpuffers auf null Prozent.
Apr 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Die SNB erhöht den Freibetragsfaktor von 25 auf 30.
Apr 20	Steuern und Compliance	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Reform der Verrechnungssteuer.
Apr 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Der Bundesrat stockt das Bürgschaftsprogramm für COVID-19-Überbrückungskredite um CHF 20 Mrd. auf insgesamt CHF 40 Mrd. auf.
Apr 20	Steuern und Compliance	Das Global Forum erteilt der Schweiz auch bei der zweiten Runde der Peer Review zum Informationsaustausch auf Ersuchen für Steuerzwecke die Note «weitgehend konform».
Apr 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Economiesuisse und TheCityUK veröffentlichen ein gemeinsames Positionspapier mit konkreten Anforderungen an ein bilaterales Finanzdienstleistungsabkommen zwischen der Schweiz und dem UK.
Mai 20	Steuern und Compliance	Der Bundesrat veröffentlicht den zweiten Prüfungsbericht zur standardkonformen Umsetzung des AIA in den Partnerstaaten.

Jun 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die SBVg veröffentlicht eine Studie zu Sustainable Finance sowie einen Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess für Privatkunden.
Jun 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Der Bundesrat veröffentlicht einen Bericht und Leitlinien zur Nachhaltigkeit im Finanzsektor.
Jun 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Der SVV, SFAMA und SSF veröffentlichen Berichte zur Nachhaltigkeit im Finanzsektor.
Jun 20	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postorganisations-gesetzes. Der PostFinance soll erlaubt werden, Hypotheken und Kredite anzubieten.
Jul 20	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zum COVID-19-Solidarbürgschaftsgesetz.
Jul 20	Strukturwandel und Wachstumsfelder	Die SBVg veröffentlicht eine Auslegeordnung zu Open Banking.
Jul 20	Wirtschaftspol. Umfeld	Luxemburg stuft den Schweizer Regulierungsrahmen als äquivalent ein.

II. Konsolidierte Entwicklung der Banken

Der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz stieg 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent auf CHF 66,1 Mrd. Der Jahresgewinn fiel aufgrund regulatorisch bedingter buchhalterischer Effekte bei einer Grossbank auf CHF 0,8 Mrd. Insgesamt haben 216 der 246 Institute einen Jahresgewinn erzielt. Die Banken entrichteten Steuern in Höhe von CHF 2,2 Mrd. Der Arbeitsmarkt im Bankensektor ist robust – trotz des im Jahresvergleich fortgesetzten Beschäftigungsrückgangs um 1,2 Prozent sowie des Rückgangs der Anzahl Institute um 2 auf 246.

II. 1 Geschäftserfolg

Im Jahr 2019 haben 216 der insgesamt 246 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn erzielt. Die Gewinne stiegen leicht um CHF 0,3 Mrd. auf CHF 13,1 Mrd. (+2,3 %). Die Verluste der unprofitablen Institute erhöhten sich deutlich um CHF 11,1 Mrd. von CHF 1,3 Mrd. auf CHF 12,3 Mrd.[49] Der Anstieg ist hauptsächlich auf hohe Wertberichtigungen zurückzuführen, die eine Grossbank durch die Änderung von Bewertungsgrundsätzen für Beteiligungen aufweist.[50] Ohne diesen Effekt hätte für die Banken in der Schweiz ein Jahresgewinn in der Grössenordnung des Vorjahres resultiert.[51] Die Banken entrichteten Steuern in Höhe von CHF 2,2 Mrd. (+52,8 %).

49 Aufgrund von Rundungsdifferenzen können kleinere Abweichungen entstehen.
50 Für detaillierte Erklärungen siehe Box S. 55.
51 SNB (2020). Banken in der Schweiz 2019.

Der aggregierte Geschäftserfolg belief sich 2019 auf CHF 66,1 Mrd. (+1,1 %). Innerhalb der Erfolgsrechnung trug der Erfolg aus dem Zinsgeschäft trotz des Niedrigzinsumfelds mit CHF 23,8 Mrd. (+1,0 %) frankenmässig den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sowie der übrige ordentliche Erfolg sind um CHF 0,4 Mrd. (+1,7 %) und CHF 0,9 Mrd. (+7,8 %) gestiegen.[52] Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft war mit CHF 0,8 Mrd. (–9,4 %) rückläufig.

Statistische Effekte von Bilanzierungsgrundsätzen

Die vorliegende Publikation basiert auf Daten der SNB zu den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken (Stammhaus). Diese Daten können namentlich bei den Grossbanken von denjenigen auf Konzernstufe abweichen. Dabei handelt es sich in der Regel um rein buchhalterische Effekte, die sich in der SNB-Bankenstatistik von betriebswirtschaftlich relevanten Effekten auf Konzernstufe nicht unterscheiden lassen.

Gemäss der überarbeiteten Bankenverordnung vom 30. April 2014 galt für bestimmte Vorschriften, etwa zur Einzelbewertung von Beteiligungen, Sachanlagen und immateriellen Werten, eine Übergangsregelung bis zur vollständigen Umsetzung der Verordnung am 1. Januar 2020. Aufgrund dieser Veränderungen nahm das Stammhaus einer Grossbank im Jahr 2019 eine Umstellung der Rechnungslegung für Beteiligungen von der Portfoliobewertungsmethode auf die Einzelbewertungsmethode vor. Daraus resultiert eine regulatorisch bedingte Wertberichtigung auf Beteiligungen im Umfang von CHF 15,3 Mrd. Dieser Effekt wirkt sich auf den Periodenerfolg in der SNB-Statistik aus. Die SNB hält fest, dass ohne diesen Effekt für die Banken in der Schweiz ein Jahresgewinn in der Grössenordnung des Vorjahres resultiert hätte.[53]

52 Die Werte in den Abbildungen können aufgrund von Rundungsdifferenzen von den Werten im Text geringfügig abweichen.
53 SNB (2020). Banken in der Schweiz 2019.

II. 1.1 Entwicklungen im Jahr 2019

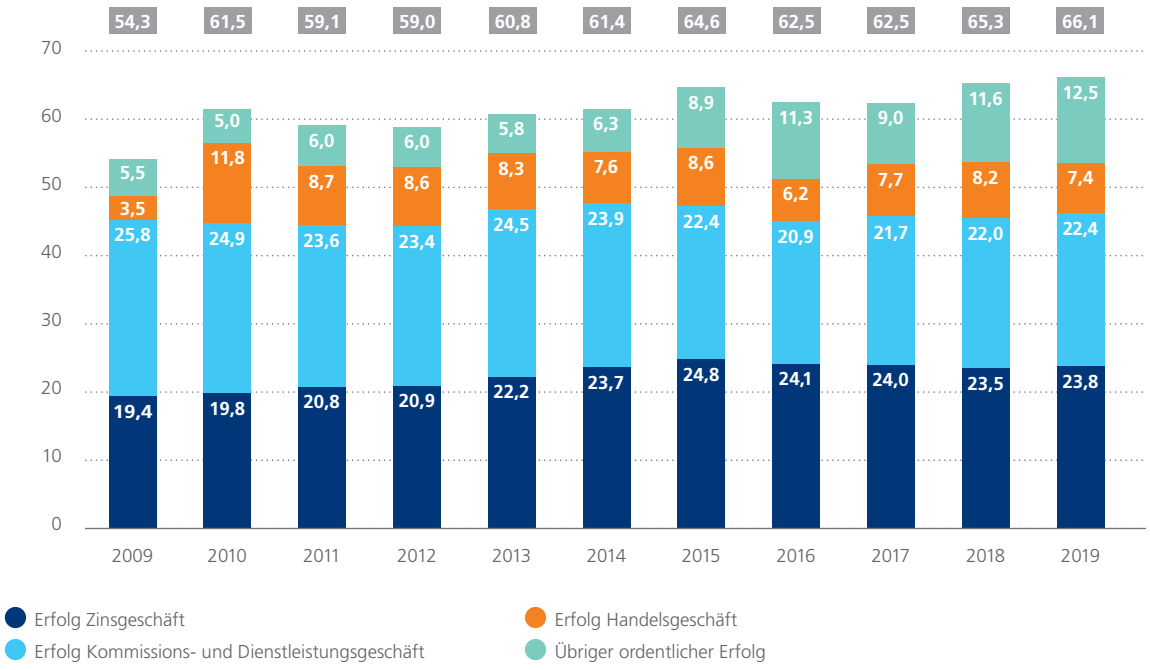
Der Geschäftserfolg hat in den wichtigsten Geschäftsbereichen leicht zugelegt

Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen. Der aggregierte Geschäftserfolg stieg gegenüber dem Vorjahr um CHF 0,7 Mrd. (+1,1 %) auf CHF 66,1 Mrd. Gegenüber dem Jahr 2009 hat der aggregierte Geschäftserfolg um insgesamt CHF 11,8 Mrd. (+21,8 %) zugelegt.

Abb. 4

Erfolg nach Geschäftsbereichen

In CHF Mrd.



Quelle: SNB

Das Zinsgeschäft steuert den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei

Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft trägt mit 36,0 Prozent den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Gleichwohl erschwert das Niedrigzinsumfeld das Zinsdifferenzgeschäft der Banken weiterhin.[54] Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft stieg von CHF 23,5 Mrd. im Jahr 2018 auf CHF 23,8 Mrd. im Jahr 2019 (+1,0 %). Dies ist der erste Anstieg seit vier Jahren. Der positive Saldo ergibt sich daraus, dass die Zinserträge (2019: +CHF 2,7 Mrd.) leicht stärker angestiegen sind als die Zinsaufwände (2019: +CHF 2,5 Mrd.). Für diese Entwicklung war die Bankengruppe Grossbanken treibend. Der Anstieg der Zinserträge bei den Grossbanken belief sich 2019 auf CHF 2,7 Mrd., wohingegen der Anstieg der Zinsaufwände mit CHF 2,2 Mrd. geringer ausfiel. Bei allen anderen Bankengruppen blieben die Zinserträge auf gleichem Niveau, bei leichtem Anstieg der Zinsaufwände (2019: +CHF 0,3 Mrd.). Der Erfolg Zinsgeschäft betrug bei der Bankengruppe Grossbanken CHF 8,9 Mrd. und über alle anderen Bankengruppen hinweg CHF 14,8 Mrd. Ein Grund für die hohen Zinsaufwände sind die Negativzinsen. Im vergangenen Jahr haben die Banken in der Schweiz der SNB Negativzinsen in Höhe von ca. CHF 1,9 Mrd. bezahlt. Dies entspricht rund 8,2 Prozent des Bruttogewinns des Jahres 2019. Die Negativzinsen liegen damit trotz der Erhöhung des Freibetrages im November 2019 auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (2018: CHF 2,0 Mrd.). Seit der Einführung der Negativzinsen im Jahr 2015 haben die Banken ca. CHF 8,7 Mrd. an Zinsaufwendungen an die SNB bezahlt.

Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft steigt erneut an

Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft stellt mit 33,9 Prozent den zweitwichtigsten Posten am Gesamterfolg dar. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft ist 2019 erneut gestiegen (+1,7 %) und entspricht CHF 22,4 Mrd. Der Kommissionsaufwand und die verschiedenen Ertragspositionen entwickelten sich unterschiedlich. Die Kommissionserträge aus dem Wertschriften- und Anlagegeschäft (2019: +CHF 0,6 Mrd.) sowie dem übrigen Dienstleistungsgeschäft stiegen an (2019: +CHF 0,2 Mrd.), während der Kommissionsertrag aus dem Kreditgeschäft rückläufig war (2019: –CHF 0,2 Mrd.). Insgesamt stieg somit der aggregierte Kommissionsertrag um CHF 0,6 Mrd. auf CHF 27,6 Mrd. Neben den Kommissionserträgen erhöhte sich auch der Kommissionsaufwand um CHF 0,2 Mrd. auf CHF 5,2 Mrd.

54 Siehe auch SNB (2020). Financial Stability Report 2020.

Handelsgeschäft rückläufig

Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft ist im Jahr 2019 um CHF 0,8 Mrd. (– 9,4 %) zurückgegangen und macht mit CHF 7,4 Mrd. 11,2 Prozent am Gesamterfolg aus. Die Verringerung um CHF 0,8 Mrd. ist massgeblich bestimmt durch einen Rückgang in der Bankengruppe Grossbanken. Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft lag somit unter dem Niveau von CHF 8,2 Mrd. aus dem Jahr 2018. Ein Grund für den Rückgang ist, dass die Volatilität der Märkte im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat, was in der Regel mit einer geringeren Handelsaktivität der Banken verbunden ist.

Erneuter Anstieg des übrigen ordentlichen Erfolgs

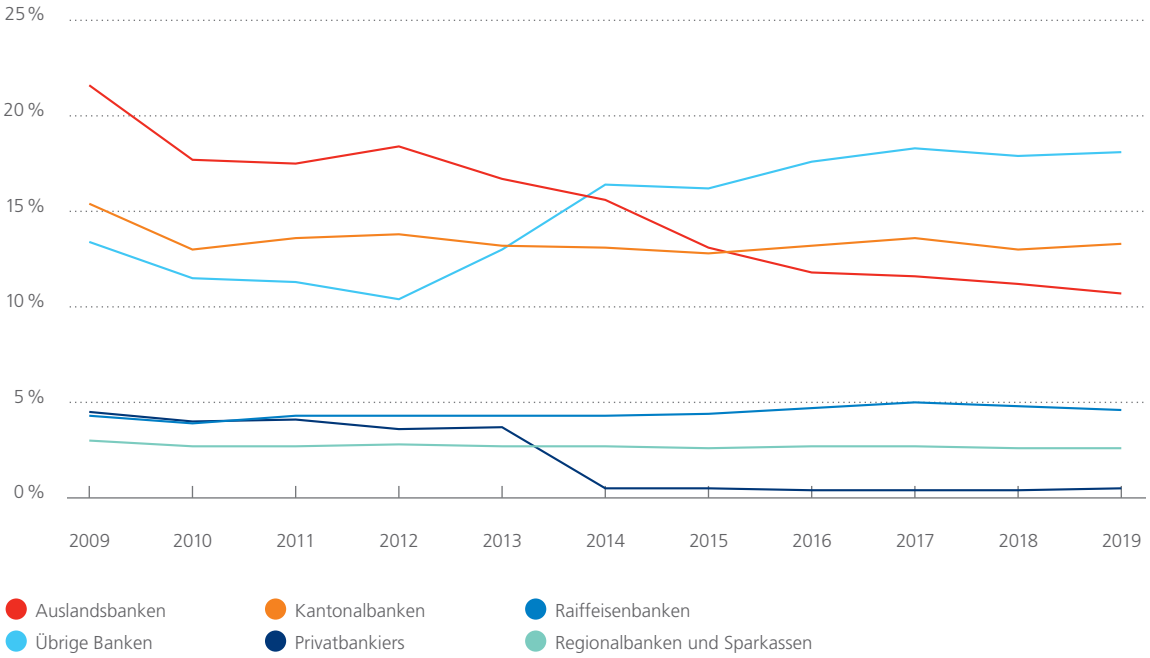
Der übrige ordentliche Erfolg stieg 2019 um CHF 0,9 Mrd. auf CHF 12,5 Mrd. (+7,8 %) und machte damit 18,9 Prozent des Gesamterfolges aus. Die einzelnen Positionen entwickelten sich unterschiedlich. Der Beteiligungsertrag erhöhte sich um CHF 0,4 Mrd. auf CHF 7,5 Mrd. Die Erhöhung ist massgeblich der Bankengruppe Grossbanken zuzuordnen (2019: +CHF 0,3 Mrd.), die unter dieser Position Dividendenzahlungen von Tochtergesellschaften ausweist. Zu den Tochtergesellschaften zählen auch Institute in der Schweiz mit eigener Banklizenz. Der Erfolg aus Veräusserungen von Finanzanlagen erhöhte sich 2019 ebenfalls um CHF 0,1 Mrd. auf CHF 0,2 Mrd. Einen Rückgang verzeichneten hingegen der «Andere ordentliche Ertrag» (2019: – CHF 0,2 Mrd.) sowie der Liegenschaftenerfolg (2019: – CHF 0,1 Mrd.). Positiv auf das Geschäftsergebnis wirkte sich hingegen die Reduktion des «Anderen ordentlichen Aufwands» aus (2019: – CHF 0,6 Mrd.).

Leichte Veränderungen bei den Erfolgsanteilen der Bankengruppen

Die Grossbanken (+1,2 %), Kantonalbanken (+3,9 %), Regionalbanken und Sparkassen (+3,2 %), «Übrige Banken» (+2,3 %) bestehend aus den Gruppen «Andere Banken» und Börsenbanken sowie Privatbankiers (+12,7 %) konnten ihren Geschäftserfolg gegenüber dem Vorjahr steigern. Bei den Bankengruppen Raiffeisenbanken (– 2,4 %) und Auslandsbanken (– 3,4 %) ist der Geschäftserfolg gesunken.

Abb. 5

Erfolgsanteile nach Bankengruppen (ausgenommen Grossbanken)



Hinweis: Der Erfolgsanteil der Grossbanken liegt seit 2010 zwischen 46 und 51 Prozent und ist damit wesentlich höher als die Anteile der verbleibenden Bankengruppen. Um die Entwicklung der verbleibenden Bankengruppen besser aufzeigen zu können, wird die Entwicklung der Anteile der Grossbanken in dieser Abbildung nicht dargestellt.

Quelle: SNB

Durch die unterschiedliche Entwicklung des Geschäftserfolges kam es gegenüber dem Vorjahr zu leichten Veränderungen bei den Erfolgsanteilen der Bankengruppen. Die Anteile der Kantonalbanken sowie der «Übrigen Banken» stiegen von 13,0 Prozent auf 13,3 Prozent respektive von 17,9 Prozent auf 18,1 Prozent. Rückläufig waren die Anteile der Auslandsbanken von 11,2 Prozent auf 10,7 Prozent sowie der Raiffeisenbanken von 4,8 Prozent auf 4,6 Prozent. Die Anteile der Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen sowie der Privatbankiers veränderten sich nur geringfügig.

Seit dem Jahr 2012 stieg der Anteil der «Übrigen Banken» am Gesamterfolg von 10,4 Prozent auf 18,1 Prozent an. Auch die Grossbanken konnten ihren Anteil am Gesamterfolg in diesem Zeitraum von 46,8 Prozent auf 50,2 Prozent ausbauen (nicht abgebildet). Die Anteile der Privatbankiers und Auslandsbanken sanken im selben Zeitraum von 3,6 Prozent auf 0,5 Prozent und von 18,4 Prozent auf 10,7 Prozent. Der Rückgang bei den Privatbankiers ist mit der Änderung der Rechtsstruktur von zahlreichen Instituten im Jahr 2014 verbunden. Diese werden seither unter den Börsenbanken geführt, weshalb es zu Strukturbrüchen in den Statistiken der Bankengruppen «Privatbankiers» und «Börsenbanken» gekommen ist. Der Rückgang bei den Auslandsbanken ist zum einen auf die Finanzkrise zurückzuführen, in deren Nachgang viele Niederlassungen in der Schweiz geschlossen wurden. Zum anderen haben die Banken in den vergangenen Jahren im Rahmen von Umstrukturierungen ihre internationalen Aktivitäten neu gestaltet, was teilweise zu einer Rückverlagerung wertschöpfungsintensiver Tätigkeiten ins Inland führte. Die Anteile der verbleibenden Bankengruppen haben sich nur geringfügig verändert.

Steigender Bruttogewinn aus Geschäftstätigkeit

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz nahm 2019 um CHF 1,0 Mrd. (+4,5 %) zu und summierte sich auf CHF 23,2 Mrd. Die Zunahme ist auf den Anstieg des aggregierten Geschäftserfolges (+CHF 0,8 Mrd.) sowie den gleichzeitigen Rückgang des Geschäftsaufwandes (CHF – 0,3 Mrd.) zurückzuführen.

Im Jahr 2019 haben 216 der insgesamt 246 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn[55] erzielt. Deren Jahresgewinne summierten sich auf CHF 13,1 Mrd. und waren somit CHF 0,3 Mrd. höher als im Vorjahr (+2,3 %). Die Verluste der unprofitablen Institute erhöhten sich um CHF 11,1 Mrd. von CHF 1,3 Mrd. auf CHF 12,3 Mrd. Der Anstieg ist hauptsächlich auf hohe Wertberichtigungen zurückzuführen, die eine Grossbank durch die Änderung von Bewertungsgrundsätzen für Beteiligungen ihres Stammhauses ausweist.

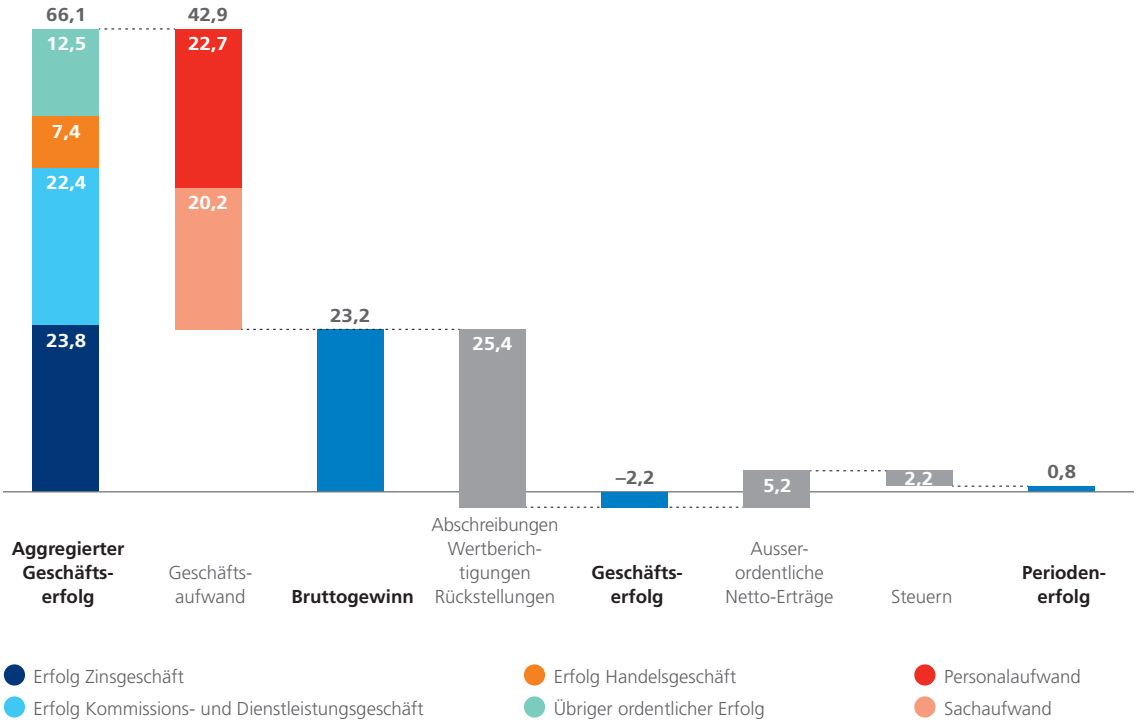
55 Der Periodenerfolg (Jahresgewinn oder Jahresverlust) resultiert aus dem Bruttogewinn abzüglich «Abschreibungen auf dem Anlagevermögen», «Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste», «ausserordentlicher Aufwand», «Steuern» und zuzüglich dem «ausserordentlichen Ertrag».

Insgesamt ist der Periodenerfolg über alle Banken gegenüber dem Vorjahr um CHF 10,8 Mrd. gesunken und liegt nun bei CHF 0,8 Mrd. Ohne die Berücksichtigung der genannten Wertberichtigungen einer Grossbank wäre der Periodenerfolg auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr geblieben. Die Banken entrichteten Steuern in der Höhe von CHF 2,2 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von CHF 0,7 Mrd. (+52,8 %).

Abb. 6

Herleitung Periodenerfolg der Banken in der Schweiz, 2019

In CHF Mrd.



Quelle: SNB

II. 1.2 Entwicklungen im Jahr 2020

Die erste Jahreshälfte 2020 war geprägt von der COVID-19-Pandemie. Der Internationale Währungsfonds rechnet deshalb für 2020 mit einem weltweiten Rückgang der Wertschöpfung um 4,9 Prozent.[56] Dies ist im globalen Kontext der stärkste wirtschaftliche Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg. Gemäss dem SECO hat sich im ersten Quartal 2020 bereits ein Rückgang des Schweizer BIP um 2,6 Prozent ergeben. Für die Schweiz erwartet das SECO einen Rückgang des BIP für das Jahr 2020 von 6,7 Prozent, was dem stärksten Einbruch der Wirtschaftsaktivität seit 1975 entspricht. Für 2021 erwartet das SECO eine moderate Erholung.[57]

Auf Grund des wirtschaftlichen Einbruchs hat die Federal Reserve den Leitzins im März 2020 erneut deutlich auf 0,25 Prozent gesenkt. Neben den Zinssenkungen hat die Fed in grossem Umfang mit Anleihenkäufen im Markt interveniert und Banken vorübergehend Notkredite gewährt. Der Leitzins der Europäischen Zentralbank liegt unverändert bei null Prozent. Die EZB bietet Banken aber vorübergehend zusätzliche subventionierte Kredite und will die Konditionen eines bestehenden Programms für langlaufende Kredite zu sehr günstigen Konditionen an Geschäftsbanken («Targeted longer-term refinancing operations») weiter verbessern. Zudem will sie bis Ende 2020 zusätzliche Anleihenkäufe im Wert von EUR 120 Mrd. tätigen[58]. Mit einer baldigen Änderung der Tiefzinspolitik ist nicht zu rechnen. Aufgrund des anhaltenden Aufwertungsdruckes auf den Schweizer Franken will auch die SNB an Negativzinsen festhalten. Sie hat im Zuge der COVID-19-Krise stark am Devisenmarkt interveniert, aber darauf verzichtet, weitere Zinssenkungen vorzunehmen.

Durch die COVID-19-Pandemie wurde die Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» vom Mai 2020 auf den September 2020 verschoben. Diese sogenannte «Begrenzungsinitiative» will die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen, wodurch aufgrund der «Guillotine-Klausel» sämtliche bilateralen Verträge ebenfalls wegfallen würden. Die EU-Kommission schliesst eine grundsätzliche Neuverhandlung des Rahmenabkommens aus. Das Rahmenabkommen enthält

56 International Monetary Fund (2020). World Economic Outlook. Juni 2020.
57 SECO (2020). https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/wirtschaftslage---wirtschaftspolitik/Wirtschaftslage/konjunkturprognosen.html.
58 EZB (2020). Monetary Policy Decisions. 16. Juli 2020.

viele für die Schweiz vorteilhafte Elemente und stärkt die bilateralen Beziehungen zur EU nachhaltig. Nicht nur wird die Rechtssicherheit dank verlässlicher und klar definierter Prozesse gefestigt, sondern es wird auch die Grundlage für den Erhalt und die dringend benötigte Verbesserung des Marktzugangs für die Banken in der Schweiz geschaffen.

Die Entwicklungen an den Börsen laufen konträr zu der globalen wirtschaftlichen Entwicklung und den bestehenden Unsicherheiten. Nachdem der Swiss Market Index (SMI) im März 2020 zunächst von mehr als 11'000 Punkten auf ca. 8'160 Punkte eingebrochen ist, hat sich der Index gegenläufig zur wirtschaftlichen Entwicklung sukzessive wieder erholt und Ende Juni die 10'000 Punkte-Marke überschritten. Die hohe Handelsaktivität im ersten Halbjahr hat die Kommissionserträge der Banken erhöht. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die Situation an der Börse auf den Erfolg aus dem Handelsgeschäft im laufenden Jahr auswirken wird.

II. 2 Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2019 von CHF 3'225,0 Mrd. auf CHF 3'317,6 Mrd. Die Währungsinterventionen der SNB wirken sich auf die Zusammensetzung der Aktiven der Geschäftsbanken aus. Die Giroguthaben der Banken bei der SNB sind gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen.

II. 2.1 Entwicklungen im Jahr 2019

Der Bankensektor wächst

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2019 um 2,9 Prozent von CHF 3'225,0 Mrd. auf CHF 3'317,6 Mrd. Die Kantonalbanken legten gegenüber dem Vorjahr mit CHF 26,4 Mrd. am stärksten zu, gefolgt von den Raiffeisenbanken (+CHF 23,0 Mrd.), den Grossbanken (+CHF 19,9 Mrd.), «Andere Banken» (+CHF 14,0 Mrd.), den Auslandsbanken (+CHF 8,8 Mrd.) sowie den Regionalbanken und Sparkassen (+CHF 6,0 Mrd.). Die Börsenbanken (– CHF 5,0 Mrd.) und Privatbankiers (– CHF 0,5 Mrd.) verzeichneten hingegen einen Rückgang.

Abb. 7

Bilanzsumme nach Bankengruppen

	Bilanzsumme			
In CHF Mrd.	**2018**	**2019**	**Veränderung**	**Anteile 2019**
Kantonalbanken	600,3	626,7	4,4 %	18,9 %
Grossbanken	1'520,8	1'540,7	1,3 %	46,4 %
Regionalbanken und Sparkassen	120,3	126,3	5,0 %	3,8 %
Raiffeisenbanken	225,3	248,3	10,2 %	7,5 %
Auslandsbanken	313,5	322,3	2,8 %	9,7 %
Privatbankiers	6,3	5,8	–9,0 %	0,2 %
Börsenbanken	228,7	223,7	–2,2 %	6,7 %
Andere Banken	209,7	223,7	6,7 %	6,7 %
Total	**3'225,0**	**3'317,6**	**2,9 %**	**100,0 %**

Quelle: SNB

Hypothekarforderungen nehmen die grösste Aktivposition ein

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2019 gegenüber dem Vorjahr von CHF 1'031,8 Mrd. um CHF 32,9 Mrd. (+3,2 %) auf CHF 1'064,7 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2019 mit einem Anteil von rund 32,1 Prozent der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz. Insbesondere die Bestände der Kantonalbanken (+CHF 15,7 Mrd.), Raiffeisenbanken (+CHF 5,7 Mrd.) sowie Grossbanken (+CHF 4,1 Mrd.) verzeichneten einen Zuwachs der Hypothekarforderungen. Hypothekarforderungen mit fester Verzinsung machten wie im Vorjahr rund 81 Prozent der gesamten inländischen Hypothekarforderungen aus.

Forderungen gegenüber Kunden nehmen zu

Die Forderungen stiegen 2019 um CHF 17,9 Mrd. (+3,0 %) auf CHF 619,2 Mrd. Mit einem Anteil von 18,7 Prozent an den gesamten Aktiven stellten die Forderungen gegenüber Kunden den zweitgrössten Posten dar. Insbesondere die Bankengruppen Grossbanken (+CHF 6,2 Mrd.) und Börsenbanken (+CHF 7,2 Mrd.) verzeichneten Zunahmen.

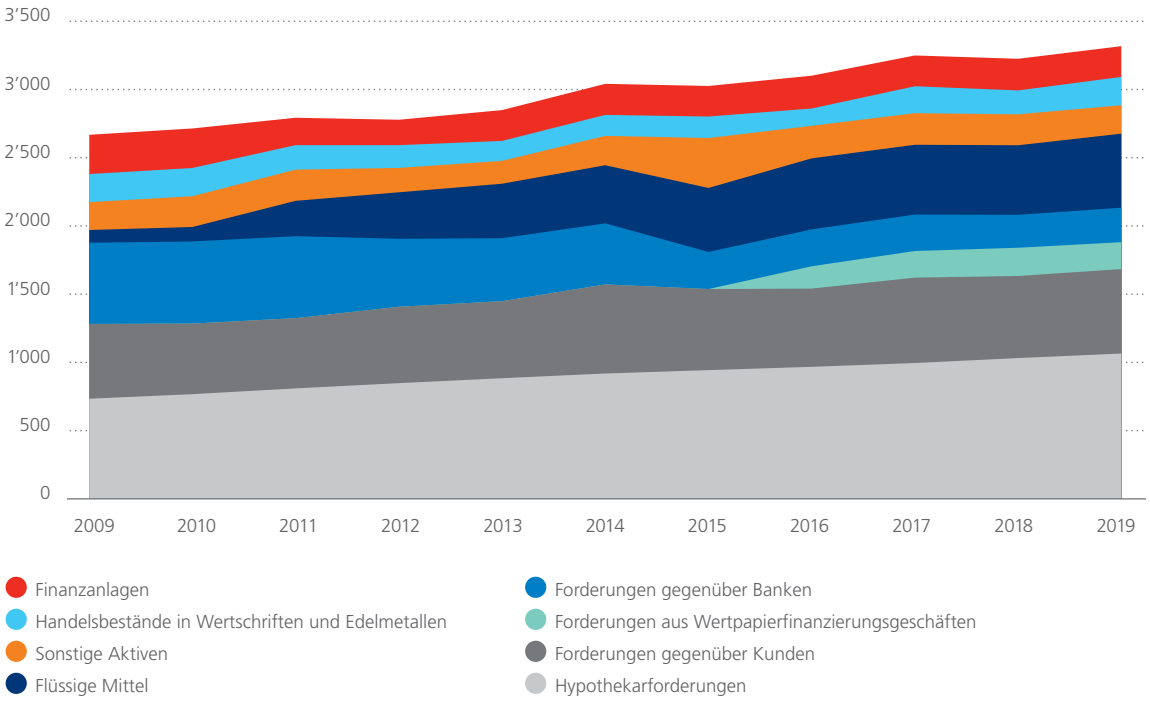
Anstieg der Forderungen gegenüber Banken

Die Forderungen gegenüber anderen Banken stiegen 2019 um CHF 11,0 Mrd. (+4,6 %) auf CHF 252,4 Mrd. Der Anstieg ist fast vollständig auf Forderungen gegenüber Banken im Inland zurückzuführen (+CHF 9,1 Mrd.). Insbesondere die Bankengruppen Grossbanken (+ CHF 9,8 Mrd.) und Raiffeisenbanken (+CHF 1,0 Mrd.) wiesen hier Zuwächse aus. Die Forderungen gegenüber Banken im Ausland stiegen insgesamt leicht an (+CHF 1,9 Mrd.). Dies deutet darauf hin, dass der Interbankenmarkt wieder vermehrt genutzt wird.

Abb. 8

Zusammensetzung der Aktiven

In CHF Mrd.



Quelle: SNB

Zunahme der flüssigen Mittel

Die flüssigen Mittel nahmen gegenüber dem Vorjahr um CHF 33,2 Mrd. auf CHF 542,9 Mrd. (+6,5 %) zu. Die Hauptursache für den Anstieg ist, dass Banken höhere Giroguthaben bei der SNB hielten. Insbesondere die Bankengruppen «Andere Banken» (+CHF 12,0 Mrd.), Raiffeisenbanken (+CHF 11,0 Mrd.), Kantonalbanken (+CHF 10,4 Mrd.) und Auslandsbanken (+CHF 7,6 Mrd.) bauten ihre Positionen aus. Die Bankengruppe Börsenbanken reduzierte hingegen ihre Giroguthaben bei der SNB um CHF 18,3 Mrd. Zur Veränderung der Giroguthaben dürften der anhaltende Mangel an attraktiven Alternativen sowie die Neuberechnung und Erhöhung der Freibeträge per 1. November 2019 beigetragen haben. Wie die meisten Wirtschaftssubjekte halten auch Banken hohe Bestände an flüssigen Mitteln. Dies ist ein Hinweis darauf, dass aus geldpolitischer Sicht die Volkswirtschaft in einer Liquiditätsfalle steckt.

Zunahme bei Handelsbeständen in Wertschriften und Edelmetallen

Die Position Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen nahm gegenüber dem Vorjahr um CHF 32,9 Mrd. (+18,8 %) auf CHF 207,9 Mrd. zu. Der grösste Teil des Anstiegs entfiel auf Wertpapiere ausländischer Emittenten. Der Anstieg der Handelsbestände insgesamt kann auf die positive Entwicklung am Aktienmarkt im Jahr 2019 zurückgeführt werden. Der Schweizer Leitindex SMI verzeichnete im Jahr 2019 einen Anstieg um 26 Prozent und steht damit exemplarisch für viele grosse Leitindizes. Die Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften reduzierten sich um CHF 10,0 Mrd. Dieser Rückgang wurde massgeblich durch einen markanten Rückgang der Forderungen gegenüber dem Ausland bedingt.

Rückgang der Finanzanlagen

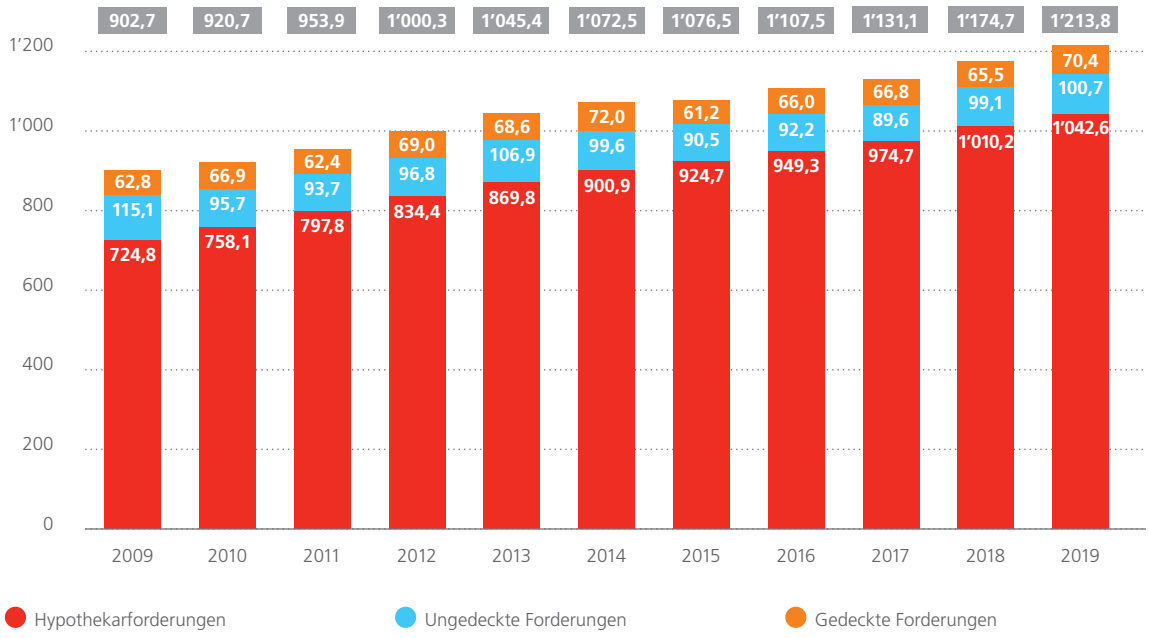
Die Bilanzposition Finanzanlagen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 6,8 Mrd. (–2,9 %) auf CHF 225,1 Mrd. Während die inländischen Anlagen gegenüber dem Vorjahr um CHF 3,1 Mrd. gestiegen sind, sanken sowohl die ausländischen Anlagen (–CHF 9,8 Mrd.) als auch die Beteiligungen (–CHF 12,8 Mrd.). Diese Rückgänge sind hauptsächlich einer Grossbank zuzuordnen, die ihre Beteiligungen an Tochtergesellschaften neu bewertete (siehe Erläuterung auf Seite 55). Diese Neubewertung geht auf die Revision der Rechnungslegungsvorschriften im Jahr 2015 zurück, nach welcher die Banken bis Ende 2019 von Pauschal- auf Einzelbewertungen umstellen mussten.

Ungebrochenes Hypothekarwachstum

Das ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2019 insgesamt CHF 1’213,8 Mrd. Davon stammten CHF 171,1 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 1’042,6 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2019 um 3,3 Prozent zu. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite fiel somit leicht niedriger aus als im Jahr zuvor (2018: +3,9 %). Die Hypothekarforderungen haben seit 2009 um CHF 317,9 Mrd. (+43,9 %) zugelegt und der Anteil am inländischen Kreditvolumen ist von 80,3 Prozent auf 85,9 Prozent angewachsen. Die Hypothekarforderungen stellen somit kontinuierlich den grössten Anteil am Kreditvolumen dar. Die gedeckten und ungedeckten Forderungen haben gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um CHF 4,9 Mrd. und CHF 1,6 Mrd. zugelegt.

Abb. 9

Entwicklung des inländischen Kreditvolumens
In CHF Mrd.



Quelle: SNB

Grundlegende Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktiven seit 2009

Die Zusammensetzung der Aktiven hat sich über die vergangenen zehn Jahre markant verändert. Die flüssigen Mittel verzeichneten zwischen 2009 und 2019 eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2009 bei CHF 93,2 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2019 CHF 542,9 Mrd. Zur starken Zunahme trugen mehrere Faktoren bei: Zum einen waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke ausschlaggebend, da der Kauf ausländischer Devisen durch die SNB im Gegenzug zu einer Erhöhung bei den Franken-Girokonten der Gegenparteien führt. Ausserdem waren durch die niedrigen Zinsen die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung gering, weshalb die Banken viel Liquidität auf den Girokonten bei der SNB deponierten. Trotz den seit Januar 2015 erhobenen Negativzinsen haben die Banken ihre Giroguthaben bei der SNB gegenüber dem Vorjahr erneut um rund CHF 14,4 Mrd. (+3,0 %) auf CHF 481,1 Mrd. im Jahr 2019 ausgedehnt.

Kontinuierlich zugenommen haben zwischen 2009 und 2019 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen[59] (+45,1 %, von CHF 733,8 Mrd. auf CHF 1'064,7 Mrd.). Ihr Anteil an den gesamten Aktiven hat sich von 27,5 Prozent per Ende 2009 auf 32,1 Prozent per Ende 2019 erhöht. Grund dafür sind ebenfalls die anhaltend niedrigen Zinsen sowie die damit verbundene hohe Nachfrage nach Immobilien. Die Forderungen gegenüber Banken machten 2009 gemessen an den Gesamtaktiven 22,3 Prozent aus. 2019 lag der Anteil noch bei 7,6 Prozent (2009: CHF 595,2 Mrd., 2019: CHF 252,4 Mrd.). Diese Reduktion ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Banken diese Bilanzposition bewusst abbauten, um die Gegenparteien-Risiken zu anderen Banken zu reduzieren. Zudem ist diese Entwicklung auch mit der durch die Regulierung geforderte höhere Eigenkapitalquote verbunden. Im Zeitraum von 2009 bis 2019 verzeichneten die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen immer wieder Schwankungen mit einem Tiefpunkt im Jahr 2016 von CHF 127,0 Mrd. (2009: CHF 205,8 Mrd.). Dies entspricht einem Rückgang von CHF 78,8 Mrd. (– 38,3 %) gegenüber dem Jahr 2009. Im Jahr 2019 beträgt das Volumen der Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen CHF 207,9 Mrd. und liegt damit um CHF 2,1 Mrd. über dem Niveau von 2009. Der Anteil an den Gesamtaktiven beträgt 6,3 Prozent im Jahr 2019.

Anstieg bei Verpflichtungen aus Kundeneinlagen

Die Bilanzposition Verpflichtungen aus Kundeneinlagen, welche die Positionen Sichteinlagen, Termineinlagen und übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfasst, verzeichnete 2019 einen Anstieg um CHF 4,8 Mrd. (+0,3 %) auf CHF 1'815,3 Mrd. Die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfassten per Ende des vergangenen Jahres 54,7 Prozent der Bilanzsumme. Die Sichteinlagen sind um CHF 12,7 Mrd. (+1,4 %) gestiegen. Ebenfalls gestiegen sind die Termineinlagen um CHF 9,1 Mrd.

59 Mit einem Anteil von rund 2 Prozent an den gesamten Hypothekarforderungen 2019 sind die ausländischen Hypothekarforderungen vernachlässigbar.

(+3,4 %). Gesunken sind hingegen die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um CHF 17,0 Mrd. (–2,6 %). Wie im Vorjahr sanken auch 2019 die Verpflichtungen gegenüber Kunden im Ausland (– CHF 20,5 Mrd.). Massgeblich dafür verantwortlich waren die Grossbanken mit einem Rückgang von CHF 18,5 Mrd. Währenddessen stiegen die Verpflichtungen gegenüber Kunden im Inland (+ CHF 25,3 Mrd.). Die Bankengruppen Kantonalbanken (+ CHF 9,0 Mrd.) und Raiffeisenbanken (+ CHF 9,6 Mrd.) verzeichneten einen deutlichen Anstieg der Einlagen von Kunden aus dem Inland.

Anstieg bei Verpflichtungen gegenüber Banken

Die Verpflichtungen gegenüber Banken haben im Jahr 2019 um CHF 51,3 Mrd. (+13,3 %) zugenommen. Sowohl die Verpflichtungen gegenüber Banken im Ausland (+ CHF 35,2 Mrd.) als auch die Verpflichtungen gegenüber Banken im Inland (+ CHF 16,1 Mrd.) sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Bankengruppen Raiffeisenbanken (+ CHF 5,8 Mrd.) und Grossbanken (+ CHF 36,3 Mrd.) verzeichneten die grössten Anstiege. Der Anstieg bei den Grossbanken erfolgte dabei hauptsächlich innerhalb des jeweiligen Konzerns.

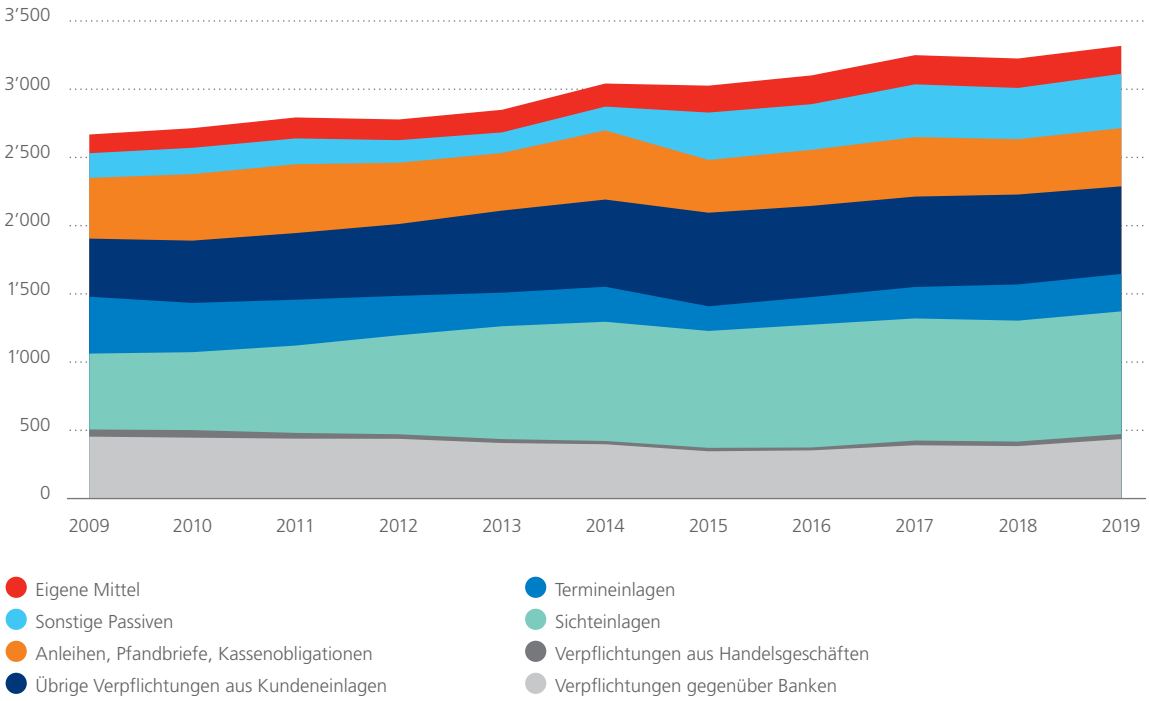
Rückgang der eigenen Mittel

Die eigenen Mittel verzeichneten 2019 einen Rückgang von CHF 10,6 Mrd. (–4,9 %) auf CHF 205,2 Mrd. Die Kapitalisierung der Banken ist ungebrochen stark. Die eigenen Mittel sind seit dem Jahr 2015 als die Summe aus Gesellschaftskapital, Gesetzlicher Kapitalreserve, Gesetzlicher Gewinnreserve, Freiwilliger Gewinnreserve, Eigener Kapitalanteile (Minusposition) und Gewinn-/Verlustvortrag definiert.

Abb. 10

Zusammensetzung der Passiven

In CHF Mrd.



Quelle: SNB

Verpflichtungen aus Handelsgeschäften nehmen zu

Die Verpflichtungen aus dem Handelsgeschäft sind um CHF 3,8 Mrd. (+11,5 %) auf CHF 37,2 Mrd. angestiegen. Die Zunahme geht hauptsächlich auf die Bankengruppe Grossbanken zurück, deren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland angestiegen sind (+CHF 4,6 Mrd.). Die negativen Wiederbeschaffungswerte der derivativen Finanzinstrumente sind leicht gesunken (–CHF 0,7 Mrd.), während sich die Verpflichtungen aus übrigen Finanzinstrumenten mit Fair-Value-Bewertung deutlich erhöhten (+CHF 13,0 Mrd.).

Anstieg bei «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen»

Die Bilanzposition «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» stieg um CHF 20,8 Mrd. (+5,1 %). Die Zunahme ist massgeblich auf einen Zuwachs bei den «Anleihen und Pfandbriefdarlehen» (+CHF 21,3 Mrd.) zurückzuführen. Die grössten Zuwächse verzeichneten die Bankengruppen Kantonalbanken (+ CHF 11,5 Mrd.) und Grossbanken (+CHF 3,8 Mrd.). Die Kassenobligationen (– CHF 0,4 Mrd.) waren hingegen rückläufig.

Zusammensetzung der Passiven über die Zeit

Der Anteil der Verpflichtungen gegenüber Banken ist von 17,0 Prozent im Jahr 2009 auf 13,1 Prozent im Jahr 2019 zurückgegangen. Dies zeigt, dass die Bankenverflechtungen – insbesondere gegenüber Banken im Inland – über die Zeit abgenommen haben. Im gleichen Zeitraum stiegen die Sichteinlagen von CHF 556,2 Mrd. auf CHF 899,0 Mrd. an. Der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamtpassiven stieg damit von 20,8 Prozent im Jahr 2009 auf 27,1 Prozent im Jahr 2019. Damit stellten die Sichteinlagen per Ende 2019 die grösste Passivposition dar. Gleichzeitig sank der Anteil der Termineinlagen von 15,6 Prozent im Jahr 2009 auf 8,3 Prozent im Jahr 2019. Im Niedrigzinsumfeld verlieren Termineinlagen gegenüber Sichteinlagen an Attraktivität. Dies führt zu einer Umschichtung von Termin- zu Sichteinlagen.

Private Haushalte beanspruchen 2019 drei Viertel der gesamten Hypothekarforderungen

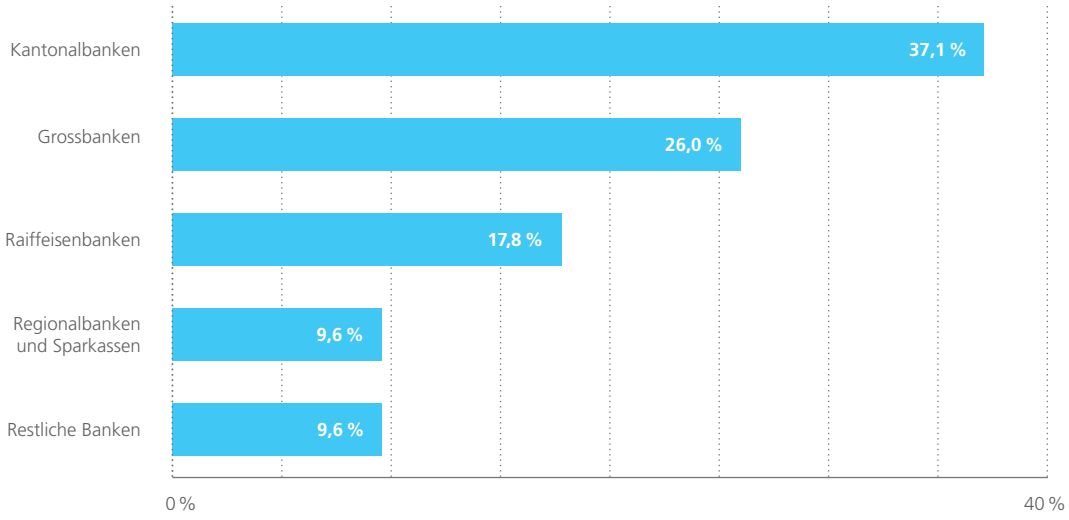
Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2019 um 3,2 Prozent auf CHF 1’064,7 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 1’042,6 Mrd.) stammte von inländischen Kunden. 75 Prozent waren Hypothekarforderungen, die an private Haushalte vergeben wurden. Der Anteil der festverzinslichen Hypothekarkredite an den ausstehenden Hypothekarkrediten betrug rund 81 Prozent. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2019 von 1,45 auf 1,37 Prozent. Im historischen Verlauf haben Hypothekarforderungen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Bedeutung gewonnen. Lag deren Anteil im Jahr 2009 noch bei 14,0 Prozent beläuft sich dieser im Jahr 2019 auf 26,5 Prozent.

Kantonalbanken halten den grössten Anteil am inländischen Hypothekarmarkt

Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen betrug Ende 2019 insgesamt 37,1 Prozent. Dahinter folgten die Grossbanken mit 26,0 Prozent (siehe Abbildung 11). Über die vergangenen Jahre haben im inländischen Hypothekarkreditmarkt vor allem die Kantonalbanken und Raiffeisenbanken Marktanteile gewonnen, während die Grossbanken sowie die Regionalbanken und Sparkassen Anteile verloren haben. Nicht betrachtet sind hier die Hypothekarkredite, die von Nichtbanken wie Versicherungen und Pensionskassen vergeben werden. Diese lagen Ende 2018 gemäss der FINMA bei rund CHF 58,0 Mrd.

Abb. 11

Marktanteile am inländischen Hypothekarkreditmarkt bei Banken 2019



Quelle: SNB

Hypothekarkredite im ersten Rang als deutlich stärkste Belehnungsgruppe
Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2019 insgesamt 92,7 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Der Wert ist somit gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen können dabei keine relevanten Unterschiede festgestellt werden. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens im ersten Rang dürfte auf eine weiterhin vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite hindeuten.

Laut dem Stabilitätsbericht der SNB stehen die meisten inlandorientierten Banken auf einem soliden Fundament. In den vergangenen Jahren wuchs bei den Banken das anrechenbare Kapital deutlich schneller als die risikogewichteten Aktiven. Dies führte zu risikogewichteten Kapitalquoten, die deutlich über den regulatorischen Mindestanforderungen liegen.[60]

Steigende Nachfrage nach Konsumkrediten
Konsumkredite haben in der Schweiz nach wie vor eine geringe Bedeutung. Per Ende 2019 waren insgesamt 655’836 Kredite mit einem Volumen von CHF 9,5 Mrd. ausstehend. Dies entspricht einem Anstieg von 20,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dazu kommt ein Volumen von CHF 67,7 Mio. von Crowdlending-Konsumkrediten, die 2019 über Plattformen abgewickelt wurden.[61] Obschon deren Volumen im Moment vergleichsweise klein ist, zeigt sich am Wachstum von 18,0 Prozent die zunehmende Bedeutung dieser Finanzierungsform.

60 SNB (2020). Financial Stability Report 2020.
61 Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Crowdfunding Monitor Schweiz 2020. https://blog.hslu.ch/retailbanking/crowdfunding/.

II. 2.2 Entwicklungen im Jahr 2020

Anstieg der Bilanzsumme

Die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz ist in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 um CHF 222,6 Mrd. (+6,4 %) gestiegen (Dezember 2019: CHF 3'489,7 Mrd. auf Mai 2020: CHF 3'712,3 Mrd.).[62] Damit hat sich die Entwicklung der Bilanzsumme der Banken aus dem Jahr 2019 fortgesetzt.

Flüssige Mittel, Forderungen gegenüber Banken und Finanzanlagen steigen deutlich, Handelsgeschäft ist rückläufig

Im Zeitraum von Januar bis Mai 2020 haben die Bilanzpositionen Flüssige Mittel um CHF 115,3 Mrd. (+20,6 %), Forderungen gegenüber Banken um CHF 43,7 Mrd. (+15,1 %) sowie Finanzanlagen um CHF 26,4 Mrd. (+11,3 %) deutlich zugelegt. Die Positionen Forderungen gegenüber Kunden, Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften und Hypothekarforderungen legten um CHF 17,1 Mrd. (+2,7 %), CHF 9,7 Mrd. (+4,8 %) und CHF 8,6 Mrd. (+0,8 %) zu und stiegen damit weniger stark. Das Handelsgeschäft verzeichnete einen deutlichen Rückgang um CHF 31,2 Mrd. (– 15,0 %). Sowohl bei den flüssigen Mitteln als auch im Handelsgeschäft erfolgten die stärksten Korrekturen in den Monaten März bis Mai. Hier machten sich zum einen die Massnahmen der SNB in Form der SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität und der Erhöhung des Freibetragsfaktors und zum anderen die wirtschaftliche Entwicklung auf Grund der COVID-19-Pandemie bemerkbar.[63]

Moderater Anstieg bei Vergabe von Hypothekarkrediten, deutlicher Anstieg bei gedeckten und ungedeckten Forderungen

Die Hypothekarkredite nahmen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres zu. Sie sind um CHF 13,8 Mrd. (+1,3 %) auf CHF 1'052,0 Mrd. angestiegen. Die gedeckten und ungedeckten Forderungen sind ebenfalls um CHF 14,6 Mrd. (+20,2 %) beziehungsweise CHF 5,1 Mrd. (+5,0 %) gestiegen. Der deutliche Anstieg der gedeckten Forderungen ist hauptsächlich auf die COVID-19-Überbrückungskredite von Bund und Banken zurückzuführen.

62 Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

63 Details zum KMU-Kreditprogramm im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie siehe Kapitel III.4.4.

Sichteinlagen steigen und Termineinlagen sinken, Erhöhung der eigenen Mittel

Auf der Passivseite haben die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um CHF 108,2 Mrd. (+5,8 %) zugenommen. Die Sichteinlagen stiegen deutlich um CHF 147,0 Mrd. (+15,9 %), während die Termineinlagen in den ersten fünf Monaten um CHF 21,4 Mrd. (–7,6 %) rückläufig waren. Ebenfalls gesunken sind die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um CHF 17,4 Mrd. (–2,7 %). Der Hauptgrund für die gegenläufige Entwicklung von Sicht- und Termineinlagen dürften die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Massnahmen der SNB zur Liquiditätsversorgung der Banken sein. Auf Grund der Zinssituation und der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung halten Anleger zudem vermutlich mehr Geld in liquiden Anlagen.

Die Verpflichtungen gegenüber Banken stiegen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um CHF 43,8 Mrd. (+9,1 %), die eigenen Mittel um CHF 7,7 Mrd. (+3,6 %). Dies deutet darauf hin, dass Banken mehr Rückstellungen bilden, um sich noch besser auf mögliche Folgen der COVID-19-Pandemie vorzubereiten.

Die Verpflichtungen aus Handelsgeschäften sind ebenfalls um CHF 2,7 Mrd. (+7,1 %) gestiegen. Die Position Verpflichtungen aus Handelsgeschäften umfasst Shortpositionen, die in Zusammenhang mit dem Handelsgeschäft stehen. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Anleger mit fallenden Kursen an den Börsen gerechnet haben. Angestiegen sind ebenfalls die Positionen «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» um CHF 14,9 Mrd. (+3,4 %).

Die sonstigen Passiven stiegen um CHF 45,4 Mrd. (+9,6 %). Dies ist hauptsächlich auf einen Anstieg bei den Verpflichtungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften um CHF 35,0 Mrd. (+25,9 %) zurückzuführen. Der Anstieg deutete ebenfalls auf einen Ausbau der Shortpositionen von Anlegern hin.

II. 3 Vermögensverwaltung

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2019 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 7'893,4 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr ist das verwaltete Vermögen um CHF 959,8 Mrd. (+13,8 %) gestiegen. Der relative Anteil von ausländischem Kundenvermögen blieb nahezu unverändert bei 47,6 Prozent. Die Schweiz ist Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Wealth Management: Knapp ein Viertel des weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögens wird in der Schweiz verwaltet.[64]

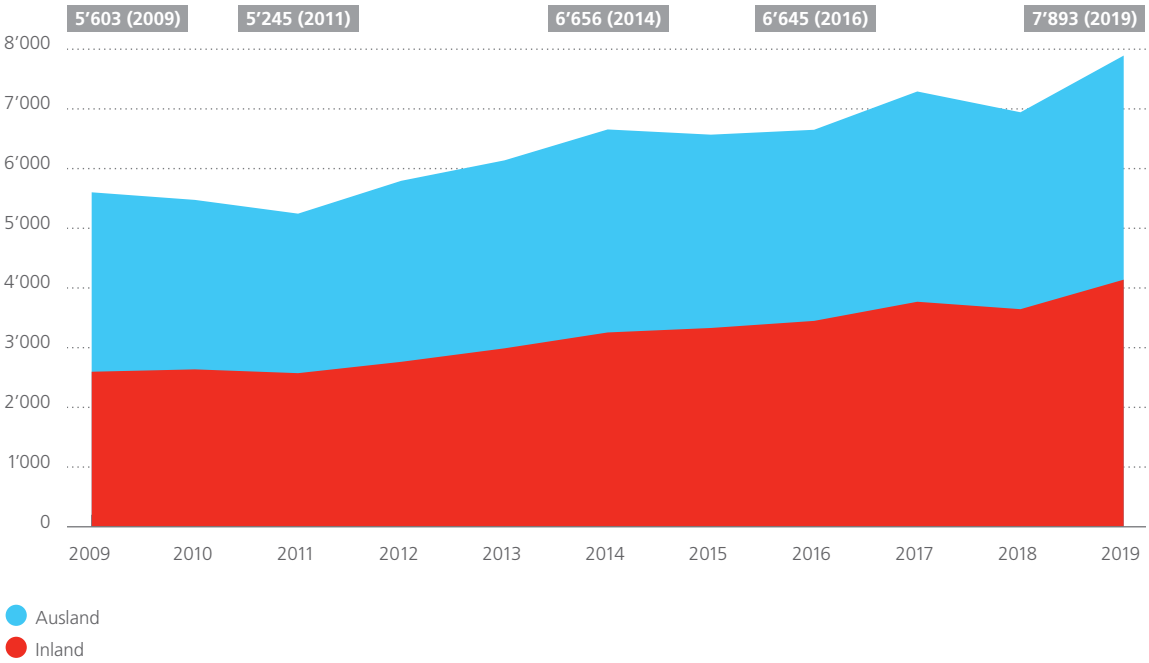
II. 3.1 Entwicklungen im Jahr 2019

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2019 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 7'893,4 Mrd. Das verwaltete Vermögen ist gegenüber dem Vorjahr um CHF 959,8 Mrd. (+13,8 %) gestiegen. Diese Zunahme spiegelte sich sowohl in den ausländischen (+13,9 %) als auch den inländischen Kundenvermögen (+13,8 %) wider. Das verwaltete Vermögen setzt sich zusammen aus den Wertschriftenbeständen in Kundendepots (CHF 6'780,1 Mrd.), Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht (CHF 916,3 Mrd.) sowie Treuhandverpflichtungen (CHF 197,0 Mrd.).

64 Eine detaillierte Analyse der verwalteten Vermögen in der Schweiz nach Kundensegment und Art der Verwaltung erfolgt in Teil III Entwicklung in ausgewählten Geschäftsfeldern.

Abb. 12

In der Schweiz verwaltete Vermögen nach Herkunft der Kunden
In CHF Mrd.



Hinweis: Per Berichtsmonat November 2015 führte die SNB erstmals Erhebungen durch, die auf den revidierten Rechnungslegungsvorschriften für Banken (RVB) der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (RVB, FINMA-RS 15/01, vormals FINMA-RS 08/02) beruhen. Mit den RVB änderten sich Gliederung und Inhalt der Bilanzen und der Erfolgsrechnungen der Banken. Durch die Anpassungen werden die «verwalteten Vermögen» neu gebildet. Durch die Neubildung der Positionen für die Jahre 2006 bis 2014 kann es zu Abweichungen zu den bisher ausgewiesenen Werten kommen.

Quelle: SNB

Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verzeichnete das verwaltete Vermögen einen starken Rückgang. Insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken erlitten aufgrund der stark gesunkenen Börsenindizes grosse Verluste. Seit 2009 ist das verwaltete Vermögen wieder sukzessive um CHF 2'290,8 Mrd. (+40,9 %) auf CHF 7'893,4 Mrd. im Jahr 2019 angestiegen.

Dominiert wird die Zunahme des verwalteten Vermögens um 13,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr durch die positive Entwicklung der Wertschriftenbestände in Kundendepots (+15,9 %). Die Wertschriftenbestände stellen den grössten Anteil der verwalteten Vermögen dar.

Die Wertschriftenbestände konnten einerseits dank den positiven Kursentwicklungen an den Börsen zunehmen. Im Jahr 2019 haben typische CHF-Balanced-Portfolios zwischen 12 und 13 Prozent an Wert zugelegt. Die Aufwertung des Schweizer Frankens ist für die positive Entwicklung des verwalteten Vermögens mitverantwortlich: Der Schweizer Franken hat im Jahresverlauf gegenüber dem Euro um 3,8 Prozent und gegenüber dem Dollar um 1,9 Prozent zugelegt. Andererseits dürften die Banken auch von Nettozuflüssen profitiert haben.

Ebenfalls angestiegen sind die Treuhandverpflichtungen (+23,1 %). Rückläufig waren hingegen die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht (– 0,9 %).

Rückgang des Vermögensanteils von ausländischen Kunden trotz Abschaffung des steuerlichen Bankgeheimnisses moderat

Der Vermögensanteil von ausländischen Kunden nahm zwischen 2009 und 2019 von 53,7 Prozent auf 47,6 Prozent ab. Der Rückgang der Vermögensanteile von ausländischen Kunden ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Zum einen ist der Währungseffekt zu nennen. Ausländische Kunden halten einen wesentlich höheren Anteil ihrer Vermögen in Euro und Dollar als inländische Kunden. Die Vermögensanteile werden auf Basis von Schweizer Franken berechnet. Wertet sich der Franken gegenüber anderen Währungen auf, sinkt automatisch das Vermögen der ausländischen Kunden in Relation zu den inländischen Kunden.
Ein weiterer Grund könnten der Übergang zu höheren Anforderungen an die steuerliche Compliance von Bankkunden sein. Ausländische Kunden transferierten zumindest teilweise ihre Vermögen zur Regularisierung ihrer Steuersituation in ihre Heimatländer. Trotz des Rückgangs der Vermögensanteile gegenüber den inländischen Kunden sind die verwalteten Vermögen ausländischer Kunden im gleichen Zeitraum von CHF 3’005,9 Mrd. auf CHF 3’754,2 Mrd. um CHF 748,3 Mrd. (+24,9 %) angestiegen.

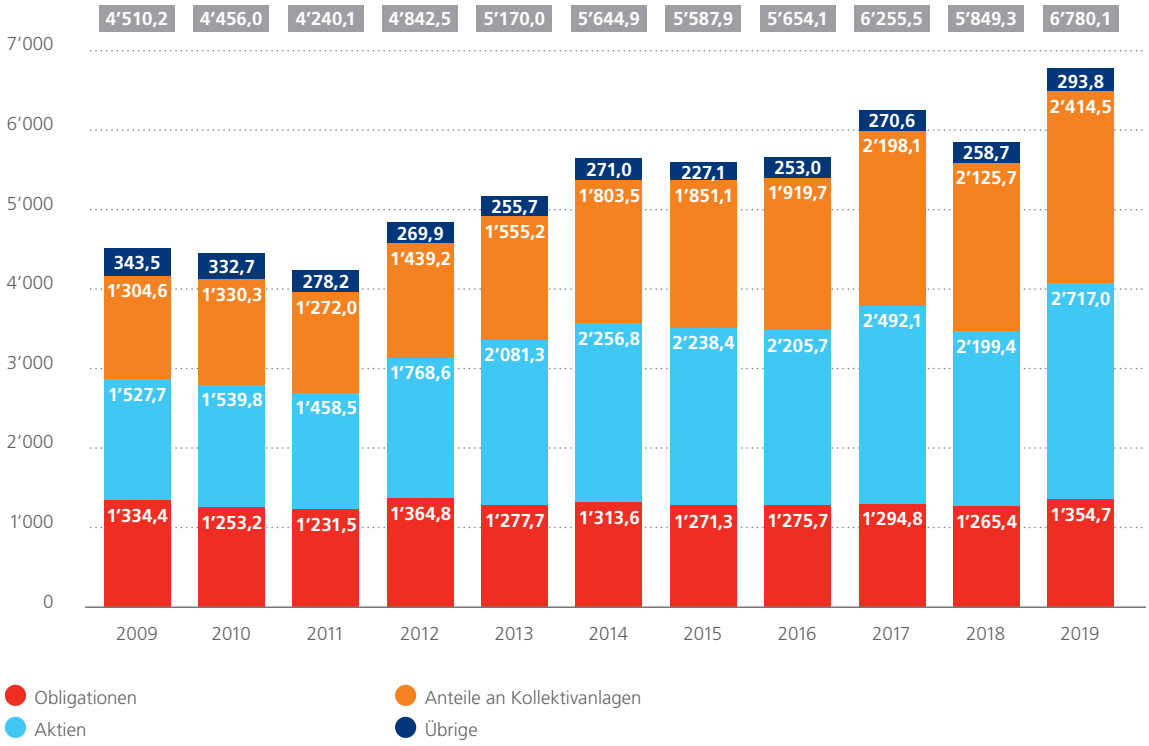
Zunahme der Wertschriftenbestände

Die Wertschriftenbestände in Kundendepots sind im Jahr 2019 um CHF 930,8 Mrd. (+15,9 %) auf CHF 6’780,1 Mrd. gestiegen. Die Wertschriftenbestände gliedern sich in die Kategorien Aktien (2019: Anteil 40,1 %), Kollektivanlagen (2019: Anteil 35,6 %), Obligationen (2019: Anteil 20,0 %) und «Übrige» (2019: Anteil 4,3 %). Alle Positionen haben gegenüber dem Vorjahr zugelegt.

Abb. 13

Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art

In CHF Mrd.



Quelle: SNB

Deutlicher Anstieg der Aktienbestände

Die Aktienbestände in den Kundendepots der Banken legten gegenüber dem Vorjahr um 23,5 Prozent zu. Per Ende 2019 beliefen sich die Aktienbestände auf CHF 2'717,0 Mrd. Aktien stellten mit einem Anteil von rund 40,1 Prozent die bedeutendste Position der Wertschriftenbestände dar.

Anstieg der Nachfrage nach kollektiven Kapitalanlagen

Die kollektiven Kapitalanlagen, hauptsächlich bestehend aus Anlagefonds, sind mit 35,6 Prozent die zweitgrösste Wertschriftenkategorie. Sie verzeichneten 2019 ebenfalls einen Anstieg um 13,6 Prozent auf CHF 2'414,5 Mrd.

Zunahme der Obligationenbestände

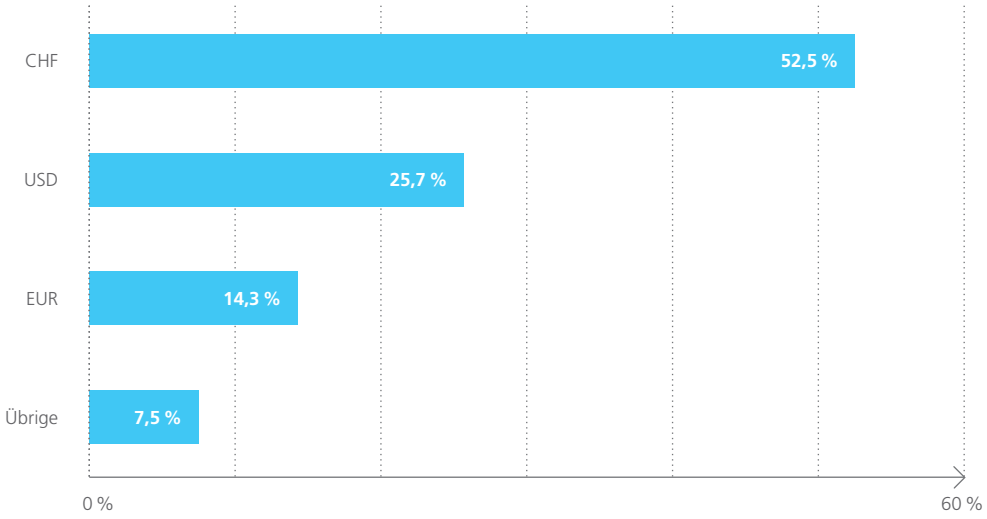
Die Bestände der Obligationen verzeichneten 2019 eine Zunahme von 7,1 Prozent auf CHF 1'354,7 Mrd. Obligationen stellten mit einem Anteil von 20,0 Prozent die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar.

Franken-Anteil steigt, Euro-Anteil sinkt

Der Franken-Anteil in Depotbeständen hat sich im Jahr 2019 von 51,1 Prozent auf 52,5 Prozent erhöht und ist damit weiterhin die bedeutendste Anlagewährung. Die Bedeutung des Euro als Anlagewährung hat 2019 hingegen weiter leicht abgenommen. Der Anteil der Euro-Anlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen ging von 14,8 Prozent auf 14,3 Prozent zurück. Die Depotbestände in Dollar lagen mit einem Anteil von 25,7 Prozent leicht tiefer als im Vorjahr.

Abb. 14

Depotbestände nach Währungen Ende 2019



Quelle: SNB

Treuhandgelder steigen erneut

Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder stiegen im Jahr 2019 um CHF 36,9 Mrd. auf CHF 197,0 Mrd. (+23,1 %). 56,7 Prozent der Zuflüsse stammen aus dem Inland. Damit nahmen die verwalteten Treuhandgelder weiter zu. Im Jahr 2009 betrug die Summe der verwalteten Treuhandgelder noch CHF 249,6 Mrd. und reduzierte sich bis 2015 kontinuierlich bis auf CHF 114,0 Mrd. Der Anteil der Treuhandgelder an den gesamten verwalteten Vermögen hat mit 2,5 Prozent lediglich einen geringen Einfluss auf das Wealth Management in der Schweiz.

Leichte Abnahme der Verpflichtungen in Spar- und Anlageform

Per Ende 2019 beliefen sich die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform auf CHF 642,1 Mrd. Dies entspricht einer Reduktion von 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 89,1 Prozent der Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform stammten 2019 von inländischen Kunden. Zu diesen Geldern gehören unter anderem die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und die gebundene Vorsorge (3. Säule).

II. 3.2 Entwicklungen im Jahr 2020

Per Ende Mai 2020 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 7'423,2 Mrd., was gegenüber Dezember 2019 einer Abnahme von CHF 432,6 Mrd. (– 5,5 %) entspricht (Dezember 2019: CHF 7'855,8 Mrd.).[65] Der Rückgang betraf alle Unterpositionen. Die Wertschriftenbestände sanken um CHF 351,3 Mrd. (– 5,2 %), die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht um CHF 38,8 Mrd. (– 4,2 %) und die Treuhandverpflichtungen um CHF 42,5 Mrd. (– 21,3 %). Die Hauptursache für den Rückgang sind die Entwicklungen an den Börsen und die damit verbundenen Unsicherheiten. Nachdem der SMI im März zunächst von einem Stand von über 11'000 Punkten auf ca. 8'160 Punkte eingebrochen ist, hat sich der Index gegenläufig zur wirtschaftlichen Entwicklung sukzessive wieder erholt und Ende Juni die 10'000 Punkte-Marke überschritten.

65 Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

Schweiz ist die Nummer eins im grenzüberschreitenden Wealth Management

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und des Niedrigzinsumfeldes ist die Schweiz mit einem Marktanteil von 25 Prozent im globalen grenzüberschreitenden Wealth Management Weltmarktführerin.[66] Die Schweiz steht in einem intensiven Wettbewerb mit Finanzzentren auf der gesamten Welt. Insbesondere die asiatischen Finanzzentren Hongkong und Singapur weisen ein stärkeres Wachstum als die Schweiz auf und werden mittelfristig somit einen zunehmend grösseren Anteil an Vermögen verwalten. Will sich die Schweiz auch zukünftig gegen die rasant wachsenden Finanzplätze aus Asien sowie Konkurrenzfinanzplätze mit höheren Wachstumserwartungen behaupten, sollte das Schweizer Wealth Management Innovationen, beispielsweise im Bereich des digitalen Bankings, weiter fördern.

66 The Boston Consulting Group (2020). Siehe auch Kapitel III.2. Wealth Management.

II. 4 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

Die Banken in der Schweiz beschäftigten per Ende 2019 insgesamt 89'531 Personen (in Vollzeitäquivalenten, im Inland) und damit 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Entwicklung des Personalbestandes im ersten Halbjahr 2020 war gemäss einer von der SBVg durchgeführten Umfrage leicht ansteigend. Rund drei Viertel der befragten Banken rechnen für das zweite Halbjahr 2020 mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenlage.

II. 4.1 Entwicklungen im Jahr 2019

Im Jahr 2019 beschäftigten die Banken im Inland 89'531 Personen (in Vollzeitäquivalenten). Die Anzahl der Stellen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1'130 Stellen ab (– 1,2 %). Wie bereits in den Vorjahren ist ein Teil des Rückgangs damit zu erklären, dass Stellen in Konzerneinheiten verlagert wurden, die nicht von der Bankenstatistik erfasst werden.

Im Dezember 2019 betrug die Arbeitslosenrate im Schweizer Bankensektor gemäss dem SECO durchschnittlich 2,5 Prozent. Sie entspricht somit der Zahl für die Gesamtwirtschaft von 2,5 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 2019 verzeichnete der Bankensektor insgesamt 3'115 registrierte Arbeitslose, was einer Abnahme von 303 Arbeitslosen im Vergleich zum Jahr 2018 entspricht.[67] Angesichts der grossen Herausforderungen, denen sich die Banken gegenübersehen, präsentierte sich der Arbeitsmarkt weiterhin äusserst robust.

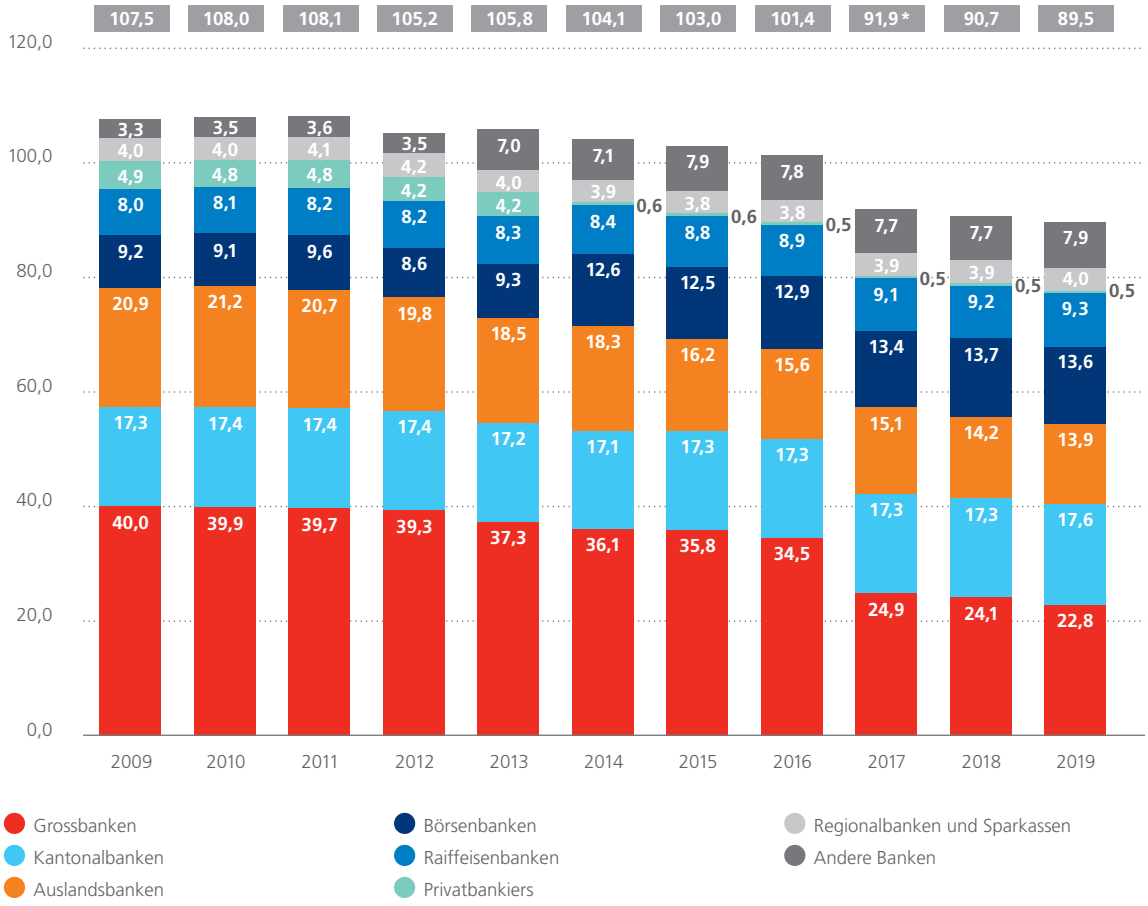
Der Trend zur Konsolidierung im Bankensektor hält schon lange an. Das Niedrigzinsumfeld, die strengeren Regeln für die Kreditvergabe und die neuen Eigenkapitalanforderungen erzeugen Druck auf die Margen. Die Digitalisierung führt zu einer Optimierung und Neustrukturierung von Geschäftsprozessen. Dadurch wird die Effizienz von Arbeitsabläufen erhöht und die Auslagerung von Prozessen ermöglicht.

67 SECO (2020).

Abb. 15

Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

In Tsd. Vollzeitäquivalenten



* Darin enthalten ist ein Sondereffekt, ausgelöst durch die Umteilung von Personal in eine konzerninterne Dienstleistungsgesellschaft von einer Grossbank.

Quelle: SNB

Grossbanken, Auslandsbanken und Börsenbanken haben im Jahr 2019 insgesamt 1'706 Stellen abgebaut. Den grössten Teil zum Stellenrückgang trugen die Grossbanken mit einer Reduktion ihres Personalbestandes um 1'313 Stellen (– 5,4 %) bei. Die Auslandsbanken reduzierten ihren Personalbestand um 307 (– 2,2 %) und die Bankengruppe Börsenbanken um 86 Stellen (– 0,6 %). Kantonalbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, «Andere Banken» und Privatbankiers haben im Jahr 2019 hingegen 576 zusätzliche Stellen geschaffen. Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Kantonalbanken mit 229 (+1,3 %) und die «Anderen Banken» um 194 (+2,5 %) neuen Stellen. Bei den Raiffeisenbanken stieg die Anzahl der Stellen um 80 (+0,9 %) Stellen, bei den Regionalbanken und Sparkassen um 63 (+1,6 %) und bei den Privatbankiers um 10 (+2,0 %) Stellen. Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um CHF 0,2 Mrd. (+0,8 %) leicht an, was trotz dem Rückgang an Beschäftigten auf höheren erfolgsabhängigen Entschädigungen basieren dürfte.

Die Anzahl der Erwerbstätigen ist in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen von 16'330 auf 13'570 (– 16,9 %) gesunken. Ebenfalls einen Rückgang verzeichnete die Gruppe der 25- bis 39-Jährigen von 48'230 auf 46'510 (– 3,6 %). Die Gruppe der 40- bis 54-Jährigen verzeichnete hingegen einen Anstieg von 52'120 auf 52'900 (+1,5 %) Erwerbstätige. In der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen ist die Anzahl Erwerbstätiger ebenfalls von 15'320 auf 17'260 (+12,7 %) gestiegen.[68]

Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen im Inland ist gegenüber dem Vorjahr von 38,0 Prozent auf 38,5 Prozent erneut leicht angestiegen. Weiterhin liegt er unter dem Schweizer Durchschnitt über alle Branchen von 46,7 Prozent. Den höchsten Anteil an weiblichen Erwerbstätigen weisen wie bereits in den Vorjahren die Raiffeisenbanken mit 54,2 Prozent und die Regionalbanken und Sparkassen mit 44,2 Prozent aus. Per Ende 2019 beschäftigten Schweizer Banken im Inland 34'461 Frauen (Vollzeitäquivalente). Bei Banken in der Schweiz waren 2019 insgesamt 3'181 Lernende tätig, davon 46,4 Prozent Frauen.

68 Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE (2019).

II. 4.2 Entwicklungen im Jahr 2020

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Umfrage zur Personalentwicklung bei den Banken zeigt für das erste Halbjahr 2020 eine leichte Zunahme der Beschäftigung in der Schweiz. Die Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz erhöhte sich gemäss der Umfrage zwischen Ende 2019 und Juni 2020 von 87'122 auf 87'269 Stellen. Gegenüber dem Stand per Ende 2019 betrug die Zunahme im Inland somit 147 Stellen oder plus 0,2 Prozent. Der Personalbestand im Ausland konnte in dieser Zeitperiode sogar noch stärker ausgebaut werden. Der Zuwachs lag bei 1,7 Prozent respektive einem Plus von 1'450 Stellen.

Abb. 16

Personalbestand Total im In- und Ausland

In Vollzeitäquivalenten	Stand am 31.12.2019	Stand am 30.06.2020	Entwicklung im ersten Halbjahr 2020			
			Veränderung Total	Veränderung in %	Zugänge	Abgänge
Inland	87'122	87'269	147	0,2 %	4'468	4'321
Ausland	86'850	88'300	1'450	1,7 %	8'386	6'936

Anmerkung: Anzahl Antworten: 143

Hinweis: Der Personalbestand in der Schweiz per Ende 2019 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB angegeben. Der Grund für diese Differenz liegt in der Rücklaufquote der SBVg-Umfrage. Die Umfrage wurde bei 216 Banken in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote der Befragung lag bei zwei Drittel, welche 97,3 Prozent des Personalbestands von Banken in der Schweiz repräsentieren.

Quelle: Umfrage der SBVg (2020)

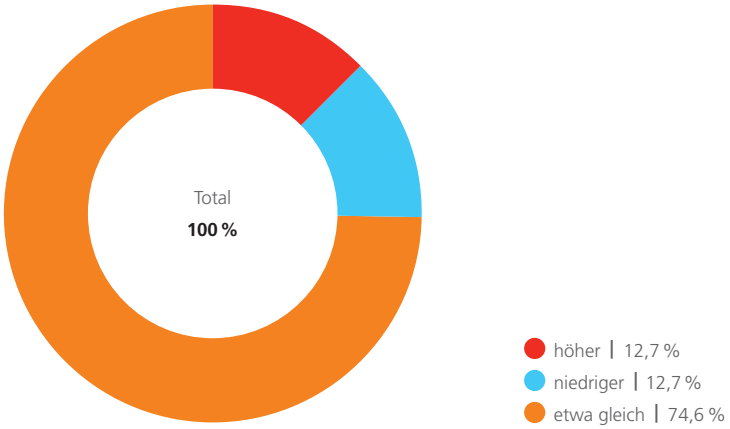
Die detaillierten Ergebnisse der Zu- und Abgänge zeigen bei den Banken in der Schweiz in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres eine Zunahme der Beschäftigten im Inland von 4'468 Stellen. Diesem Aufbau stand ein Arbeitsplatzabbau von 4'321 Stellen gegenüber, womit eine leichte Erhöhung des Personalbestands um 0,2 Prozent resultierte.

Erwartung einer gleichbleibenden Beschäftigung ist breit abgestützt

Für das zweite Halbjahr 2020 erwarten rund drei Viertel der antwortenden Banken eine unveränderte Beschäftigung, was gegenüber der Vorjahresumfrage einer deutlichen Zunahme von rund 15 Prozentpunkten entspricht. Dagegen hat sich die Erwartung einer steigenden Beschäftigung gegenüber der Vorjahresumfrage deutlich reduziert. Lediglich noch 12,7 Prozent (Vorjahr: 25,7 %) der Umfrageteilnehmer erwarten einen höheren Personalbestand. Dies entspricht exakt dem Anteil der Befragten, welche für das zweite Halbjahr eine Reduktion des Personalbestands erwarten. Da die Umfrageteilnehmer, welche eine unveränderte oder höhere Beschäftigung erwarten, gut 87 Prozent der befragten Banken darstellen, wird von einem mindestens gleichbleibenden Beschäftigungssaldo in der zweiten Hälfte 2020 ausgegangen.

Abb. 17

Erwartete Beschäftigungsentwicklung zweites Halbjahr 2020



Anmerkung: Anzahl Antworten: 142. Anteile in Prozent aller Antworten.

Quelle: Umfrage der SBVg (2020)

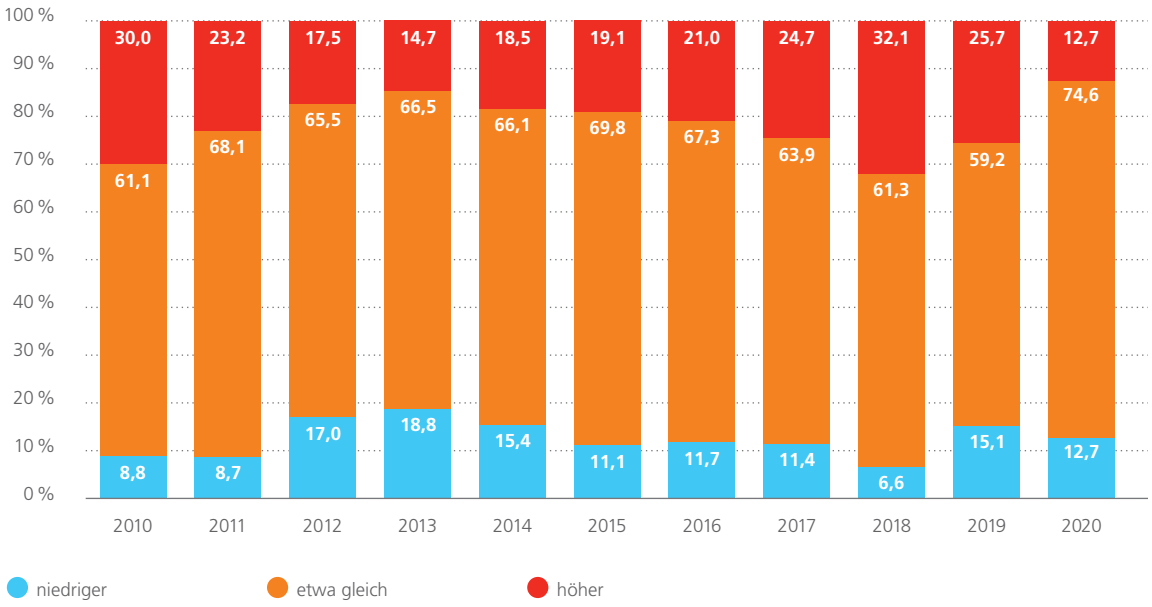
Minderheit der Banken erwartet eine steigende Beschäftigung

In den vergangenen Umfragen der SBVg zur Beschäftigungsentwicklung dominierte bei den Antworten in Bezug auf das eigene Institut jeweils die Kategorie «etwa gleich». Seit 2013 sinkt aber die Erwartung einer tieferen Beschäftigung, während jene einer höheren Beschäftigung zunimmt. Nachdem sich dieser Trend bereits im vergangenen Jahr geändert hat, lag in diesem Jahr die Erwartung einer zunehmenden Beschäftigung auch im historischen Vergleich sehr niedrig. Ebenfalls leicht rückläufig präsentiert sich die Erwartung eines rückläufigen Personalbestands für das zweite Halbjahr (12,7 Prozent anstelle 15,1 Prozent im Jahr 2019).

Abb. 18

Umfrageergebnisse zur Beschäftigungserwartung für das zweite Halbjahr

In Prozent aller Antworten



Anmerkungen: Anzahl Antworten: 142

Quelle: Umfrage der SBVg (2020)

Gleichbleibende Beschäftigung in fast allen Geschäftsbereichen

Der Vergleich der Tendenzaussagen für die einzelnen Geschäftsbereiche gewichtet mit der jeweiligen Beschäftigung der Banken per Ende Juni 2020 zeigt, dass bei allen Geschäftsbereichen die Erwartung einer gleichbleibenden Beschäftigung dominiert.[69] Trotzdem lassen sich einige Unterschiede bei der Bewertung der Zukunft ableiten. So beträgt der beschäftigungsgewichtete Anteil der Befragten, welche insgesamt eine rückläufige inländische Personalentwicklung in ihrem Institut erwarten, 12,7 Prozent, wobei hier vor allem die Aussichten für das Private Banking und die Logistik und Operations pessimistischer ausfallen. Eine Zunahme des Personals erwarten rund 5 Prozent beim Retail Banking. Insgesamt zeigt die Umfrage, dass die Erwartungen an das zweite Halbjahr 2020 im Vergleich zur Erwartung für das zweite Halbjahr 2019 in der Vorjahresumfrage pessimistischer ausfallen.

Abb. 19

Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2020

Total	Retail Banking	Wealth Management	Institutionelles Asset Management	Handels-geschäft	Logistik + Operations («Back-Office»)
→↘	→	→↘	→	→(↘)	→↘

Anmerkung: Je nach Geschäftsfeld beträgt die Anzahl Antworten zwischen 86 und 100. Beim Total sind es 142. Da der Rücklauf für das «Total» weitaus höher liegt als bei den einzelnen Geschäftsfeldern, ist die Aussagekraft für «Total» am stärksten. Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigung im Inland per Juni 2020 gewichteten Antworten.

Quelle: Umfrage der SBVg (2020)

69 Der Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz «Arbeitgeber Banken» publiziert online im Bankenmonitor regelmässig aktuelle Beschäftigungszahlen. Aufgrund der unterschiedlichen Methoden der Ergebnisermittlung und des unterschiedlichen Zeithorizonts der Betrachtungen können die Ergebnisse der Studie von Arbeitgeber Banken und der vorliegenden Befragung nur bedingt miteinander verglichen werden.

Zunahme der Arbeitslosenrate im Bankensektor

Im ersten Halbjahr 2020 hat sich die Arbeitslosenrate im Bankensektor gemäss der monatlichen Statistik des SECO gegenüber Dezember 2019 deutlich erhöht. Nach 2,5 Prozent per Ende Dezember 2019 lag die Arbeitslosenquote des Bankensektors im Juni 2020 mit 3,2 Prozent gleich hoch wie die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote.

Eine Zusatzfrage im Rahmen der durchgeführten Umfrage der SBVg zu den Auswirkungen von COVID-19 auf den Personalbestand hat ergeben, dass ein Personalabbau bei den entsprechenden Instituten nicht direkt mit der COVID-19-Krise in Verbindung gebracht wird. Vereinzelt erwähnten die betreffenden Institute, dass sie während der Krise eine zurückhaltende Einstellungspolitik bis hin zu einem Einstellungsstopp umgesetzt haben. Sehr oft wurden als Folge von COVID-19 organisatorische Massnahmen erwähnt. Genannt wurde die Aufteilung des Personals in verschiedene Teams oder die Umsetzung der verstärkten Home-Office-Empfehlung. Des Weiteren ergab die Umfrage, dass vereinzelt im Back-Office der Personalbestand sogar aufgebaut wurde, um den mit den COVID-19-Krediten verbundenen erhöhten Arbeitssaufwand bewältigen zu können.

III. Entwicklung in ausgewählten Geschäftsfeldern

Verschiedene Geschäftsfelder mit einer individuellen Entwicklung bilden die Pfeiler des Swiss Banking. Nebst dem Retail und Corporate Banking sind dies das Investment Management und das Wealth Management. Von den CHF 3,7 Bio. an verwalteten Privatvermögen per Ende 2019 stammten CHF 2,3 Bio. von Kunden mit Domizil im Ausland. Das Investment Management am Werkplatz Schweiz verwaltete insgesamt CHF 3,9 Bio. an Vermögen. Rund 30 Prozent der Anlagen im Schweizer Investment Management sind gemäss ESG-Kriterien nachhaltig investiert, gegenüber 15 Prozent im globalen Durchschnitt.[70] Das Corporate Banking ist für eine funktionierende Volkswirtschaft von essenzieller Bedeutung und stellt für Unternehmen Finanzierungen, Transaction Services und den Zugang zu Kapitalmärkten sicher.

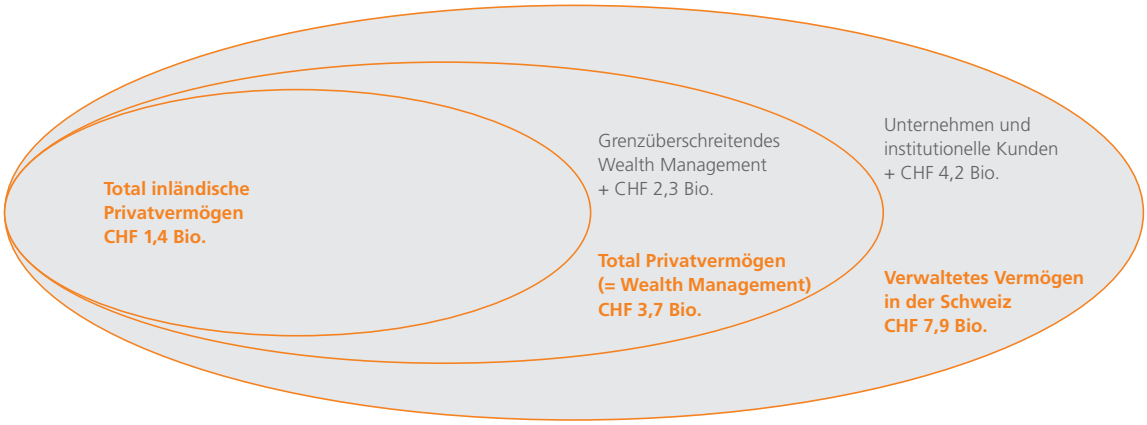
70 Schätzungen SBVg auf Basis der Zahlen von Swiss Sustainable Finance (2020) mit Wachstumsraten von McKinsey (2020), Global Growth Cube.

III. 1 Gesamtsicht der verwalteten Vermögen und Anlagen

Bei Banken in der Schweiz werden per Ende 2019 Vermögen im Umfang von CHF 7,9 Bio. verwaltet. Dies entspricht dem höchsten Jahreswert seit Beginn der Messreihe. Im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft (Wealth Management) werden Vermögen von Privatkunden von insgesamt CHF 2,3 Bio. verwaltet. Privatkunden im In- und Ausland besitzen mit CHF 3,7 Bio. rund 46 Prozent der Gesamtsumme aller Vermögen bei Banken in der Schweiz. Die weiteren 54 Prozent der gesamten verwalteten Vermögen summieren sich auf CHF 4,2 Bio. und sind in der Hand von Unternehmen und institutionellen Kunden. Die CHF 7,9 Bio. teilen sich in Bankguthaben im Umfang von CHF 1,1 Bio. und in Wertschriftenvolumen von CHF 6,8 Bio. auf.

Abb. 20

Segmentierung der verwalteten Vermögen nach wirtschaftlich Berechtigten 2019



Hinweis: Grössenverhältnisse indikativ, Abweichungen aus Rundungsdifferenzen. Insgesamt summieren sich die Vermögenswerte bei Schweizer Banken gemäss SNB auf CHF 7,9 Bio. Die Zuteilung zu Kundensegmenten basiert auf Zahlen der BCG.[71]

Quellen: SNB, BCG, IFZ/Asset Management Association Switzerland, SBVg

71 Seit 2001 publiziert BCG jährlich den Global Wealth Report. Die Studie zielt darauf ab, die Grösse der privaten finanziellen Vermögen in 97 Ländern zu ermitteln und Prognosen für deren zukünftige Entwicklung abzugeben. Ergänzend werden Implikationen und Trends für Vermögensverwalter dargelegt. Die Studie stützt sich auf öffentliche Datenquellen, BCG-Modelle und Experten, wie auch auf eine Befragung von weltweit 150 Vermögensverwaltern. BCG hat der SBVg für das diesjährige Bankenbarometer freundlicherweise detaillierte Daten zur Verfügung gestellt. Der gesamte Global Wealth Report 2020 ist unter www.bcg.com verfügbar.

Ein Teil der hierzulande gebuchten Vermögen wird mittels Anlage-Lösungen (Kollektive Anlagevehikel und Mandatslösungen) mit Produktionsort Schweiz verwaltet. Das breit definierte Investment Management in der Schweiz ist für die Bewirtschaftung von insgesamt CHF 3,9 Bio. verantwortlich. Der Betrag teilt sich zu CHF 2,5 Bio. auf das Asset Management auf, wozu Kollektivanlagen und Verwaltungsmandate von institutionellen Kunden zählen. Dazu kommen CHF 1,4 Bio. in Verwaltungs- und Beratungsmandaten von nicht-institutionellen Kunden – hauptsächlich Privatkunden – sowie Beratungsmandate von institutionellen Kunden.

Abb. 21

Investment Management auf dem Werkplatz Schweiz 2019

Hinweis: Grössenverhältnisse indikativ

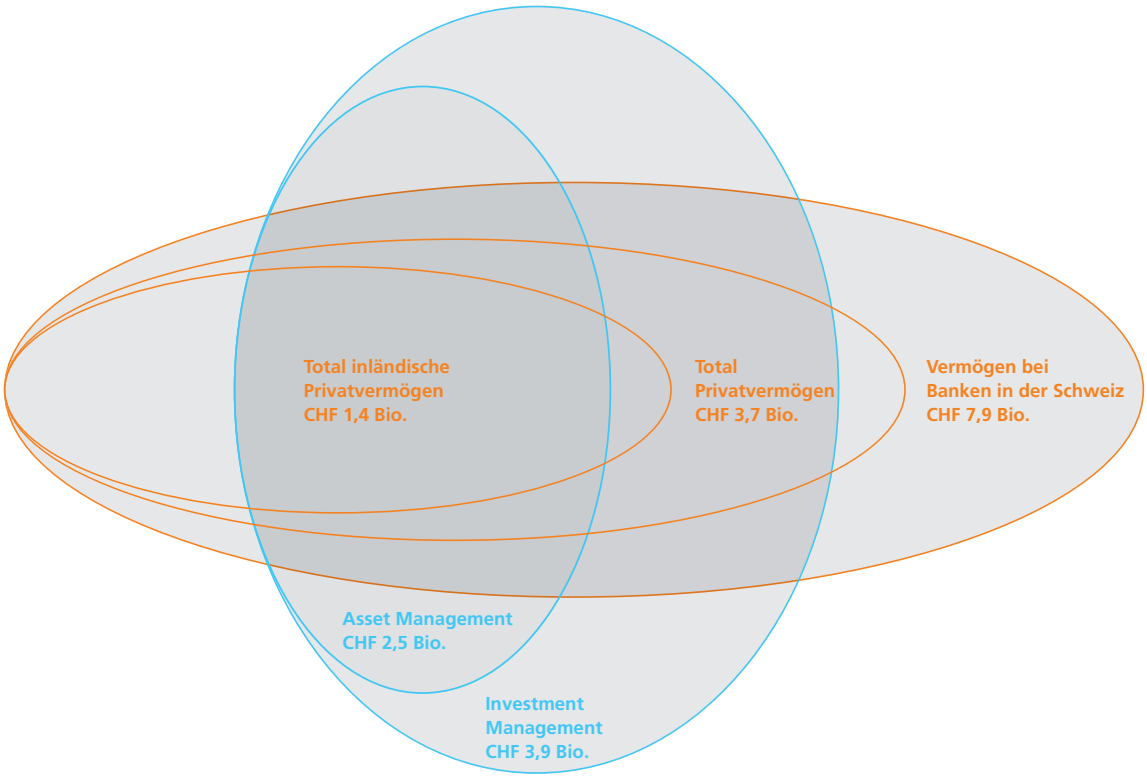
Quellen: SNB, IFZ/Asset Management Association Switzerland, SBVg

Synergien zwischen Geschäftsfeldern

In der Zusammenstellung ergibt sich das Bild eines eng verknüpften Finanzplatzes. Die verschiedenen Kundensegmente profitieren stark von der geballten Expertise des Investment Management. Gleichzeitig ergibt sich aus den Vermögensbeständen von Privatkunden eine grosse Nachfrage nach Anlage-Know-how. In der Summe resultieren Synergien und Vorteile für beide Investorengruppen. Für Unternehmenskunden bietet der Schweizer Finanzplatz eine breite Palette an Finanzierungsmöglichkeiten, spezifische Transaktionsdienstleistungen und den Zugang zum Kapitalmarkt. Eine wichtige Rolle für den Wissensaustausch und das gegenseitige Verständnis der Marktteilnehmer spielt auch der Arbeitsmarkt, auf dem Experten zwischen den verschiedenen Funktionen wechseln können. Aktuell zeigt sich dies etwa beim Thema Sustainable Finance, das ursprünglich vor allem von institutionellen Anlegern nachgefragt wurde, nun aber auch bei Privatkunden weite Verbreitung findet.

Abb. 22

Der Schweizer Finanzplatz ist eng vernetzt (2019)



Hinweis: Grössenverhältnisse indikativ

Quellen: SNB, BCG, IFZ/Asset Management Association Switzerland, SBVg

Zusätzlich zu den auf Geschäftsbanken gebuchten Vermögenswerten hält die SNB Finanzanlagen im Umfang von CHF 860 Mrd., hauptsächlich in Fremdwährungen und ausländischen Anlagen. Diese sind jedoch nicht auf Geschäftsbanken, sondern auf ausländischen Zentralbanken sowie bei der BIZ verbucht. Daher erscheint das Vermögen der SNB nicht in den Statistiken zu den Banken in der Schweiz und wird in dieser Publikation nicht betrachtet. Die Expertise der SNB im Investment Management trägt jedoch zusätzlich zum Anlage-Know-how in der Schweiz bei.

III. 2 Wealth Management in der Schweiz

Das Wealth Management ist die Paradedisziplin des Schweizer Finanzplatzes. Das Wealth Management bezeichnet die umfassende finanzielle Betreuung von Privatpersonen und deren Vermögen. Banken in der Schweiz verwalteten 2019 insgesamt CHF 3,7 Bio. an Privatvermögen, rund 62 Prozent davon stammen von Kunden mit Domizil im Ausland. Die Vermögensverwaltung ist damit eine der bedeutendsten Export-Dienstleistungen der Schweiz.

Die Schweiz ist der weltweit führende Standort für grenzüberschreitendes Wealth Management. Mit CHF 2,3 Bio. an ausländischen Privatvermögen ist das Geschäft der Schweiz deutlich grösser als dasjenige der beiden nächstkleineren Standorten Singapur und Hongkong. Aufgrund des deutlich höheren Wachstums der Vermögen insbesondere an den asiatischen Standorten (vor allem Chinas) ist der Vorsprung in den letzten Jahren jedoch zurückgegangen. Die Schweizer Banken sind sehr aktiv in Asien mit Crossborder-Dienstleistungen und bedienen diese Kunden vermehrt auch direkt vor Ort.

Die Komplexität des grenzüberschreitenden Wealth Management umfasst nicht nur die finanzfachlichen Anforderungen, sondern auch eine Reihe von Regulierungen, die je nach Kundendomizil unterschiedlich ausfallen. Seit der Finanzkrise ab 2008 hat sich das regulatorische Umfeld für Banken stark verändert. Die regulatorischen Änderungen erforderten grössere Anpassungen am Geschäftsmodell insbesondere des grenzüberschreitenden Wealth Management.

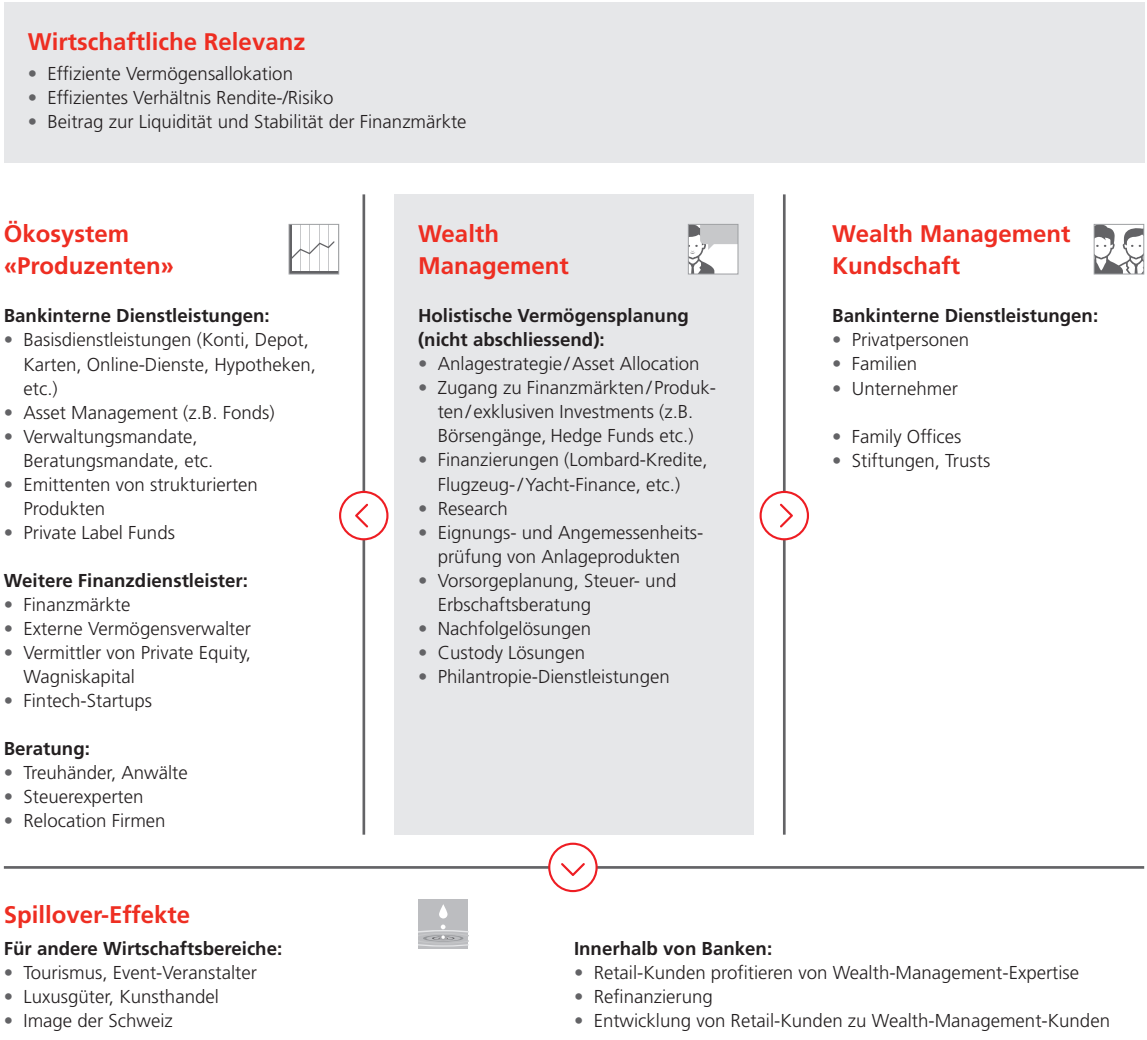
Das Wealth Management hat eine hohe Relevanz für Finanzplatz und Volkswirtschaft

Mit CHF 3,7 Bio. an verwalteten Vermögen weist das Wealth Management eine zentrale Bedeutung für den Finanzplatz und die Schweizer Wirtschaft auf. Banken bieten eine umfassende Dienstleistungspalette für Privatkunden und decken alle Bereiche einer holistischen Vermögensplanung ab (siehe Abb. 23).

Nur wenige Finanzzentren können eine vergleichbare langjährige Kompetenz und eine ähnlich hohe Dichte an spezifischen Dienstleistungen in der Vermögensverwaltung anbieten wie die Schweiz. Diese reichen von Anlageberatung, Steuerberatung, Erbschaftsberatung bis hin zu Philanthropie-Beratung. Die Internationalität der Schweiz, die zahlreichen Sprachen, die Kenntnis über kulturelle Unterschiede in den Zielmärkten, die zentrale Lage in Westeuropa sowie hochwertige Verkehrsverbindungen erlauben es den Banken in der Schweiz, individualisierte Dienstleistungen für Kunden aus allen Weltregionen masszuschneidern.

Abb. 23

Zentrale Rolle des Wealth Management für die Schweizer Volkswirtschaft



Quelle: SBVg

Neben der direkten Wertschöpfung ist das Wealth Management eng mit anderen Banksegmenten verknüpft – als Handelspartner oder Erbringer von Vorleistungen. So sind das Wealth Management und seine Kunden Abnehmer von Anlageprodukten des Investment Management sowie Handelspartner und Finanzierer von Krediten, Börsengängen und Private Equity. Rund 25 Prozent der Kollektivanlagen, die von Asset Managern in der Schweiz verwaltet werden, sprich CHF 368 Mrd., werden von Privatkunden gehalten. Dazu kommen rund CHF 596 Mrd. in Verwaltungsman-

daten. Das Retailsegment und das Firmenkundengeschäft profitieren vom Know-how aus dem Wealth Management und sind wiederum Zulieferer für Kunden, die mit wachsendem Vermögen Anlageberatung benötigen.

Aus makroökonomischer Sicht trägt das Wealth Management massgeblich zu einer effizienten Allokation der Vermögen sowie zum Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlicher Rendite und gesamtwirtschaftlichem Risiko bei. Banken und ihre Kunden bilden somit eine Grundlage für Liquidität und Stabilität der Finanzmärkte, was letztlich zum wirtschaftlichen Erfolg der gesamten Volkswirtschaft beiträgt.

Asiatische Wealth-Management-Standorte mit höchstem Wachstum

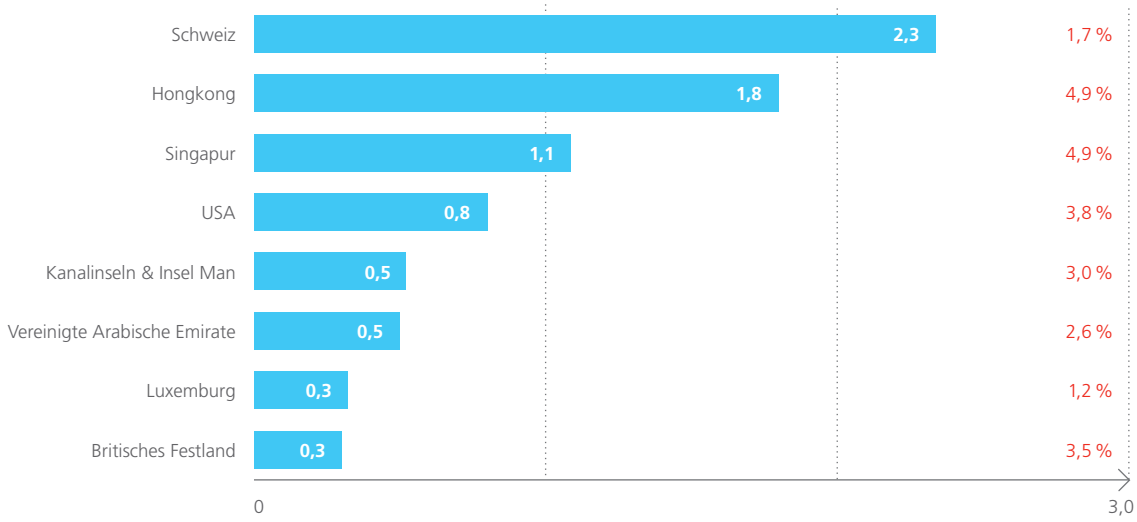
Die Schweiz kann sich mit einem Marktanteil von rund 25 Prozent als bedeutendster Finanzplatz für grenzüberschreitendes Wealth Management behaupten. Neben der einzigartig breiten Palette hochstehender Dienstleistungen, einem hohen Erfahrungsstand und günstigen Regulierungen hat die geographische und kulturelle Nähe der Schweiz zu den ehemals wichtigsten Wachstumsmärkten massgeblich zu diesem Resultat beigetragen. In Folge der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation im für das Wealth Management wichtigsten Markt Westeuropa sowie aufgrund von bedeutenden regulatorischen Änderungen ist das Schweizer Wealth Management in den vergangenen Jahren weniger stark gewachsen als andere Standorte, insbesondere in Asien. Das Privatvermögen hat in den letzten Jahren am stärksten in den aufstrebenden Märkten Fernost, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Osteuropa zugenommen. Das ist auch der Grund, weshalb sich Schweizer Banken bereits seit geraumer Zeit und zunehmend auch an ausländischen Standorten vor Ort engagieren. Kunden schätzen vermehrt auch die Möglichkeit, von verschiedenen Standorten aus und kombiniert bedient zu werden.

Gemäss Prognose der BCG dürfte dieser Trend auch mittelfristig anhalten (siehe Abb. 24): Für das Schweizer Wealth Management wird ein Wachstum der verwalteten grenzüberschreitenden Vermögen von 1,7 Prozent prognostiziert, was langsamer ist als die Entwicklung in Hongkong und Singapur mit jeweils 4,9 Prozent. Die beiden Standorte profitieren am stärksten von der enormen Vermögensbildung in den benachbarten Ländern, insbesondere in China. Andere europäische Wealth-Management-Standorte wie Luxemburg, die Kanalinseln und das britische Festland dürften aus ähnlichen Gründen wie die Schweiz ebenfalls langsamer wachsen.

Abb. 24

Verwaltete Vermögen und Wachstumsprognose der grössten Crossborder-Wealth-Management-Standorte 2019–2024

Verwaltete Vermögen in CHF Bio., Wachstumsprognosen in Prozent



Hinweis: Die blauen Balken stellen die verwalteten Vermögen in CHF Bio. dar. Die roten Prozentzahlen (rechts) zeigen die jährlichen Wachstumsprognosen. Aufgrund der hohen Prognoseunsicherheit im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie hat BCG verschiedene Szenarien erarbeitet. Hier wird das Szenario «Slow Recovery» präsentiert, das die höchste Wahrscheinlichkeit aufweist. Aufgrund einer Überarbeitung der Einflussfaktoren fällt der geschätzte Wert für Hongkong 2019 (CHF 1,8 Bio.) deutlich höher aus als 2018 (CHF 1,3 Bio.). Dabei handelt es sich nicht um einen Anstieg, sondern um die Auswirkungen einer strukturellen Überarbeitung des Schätzmodells.

Quelle: BCG

Erträge werden steigen, Margen stabilisieren sich

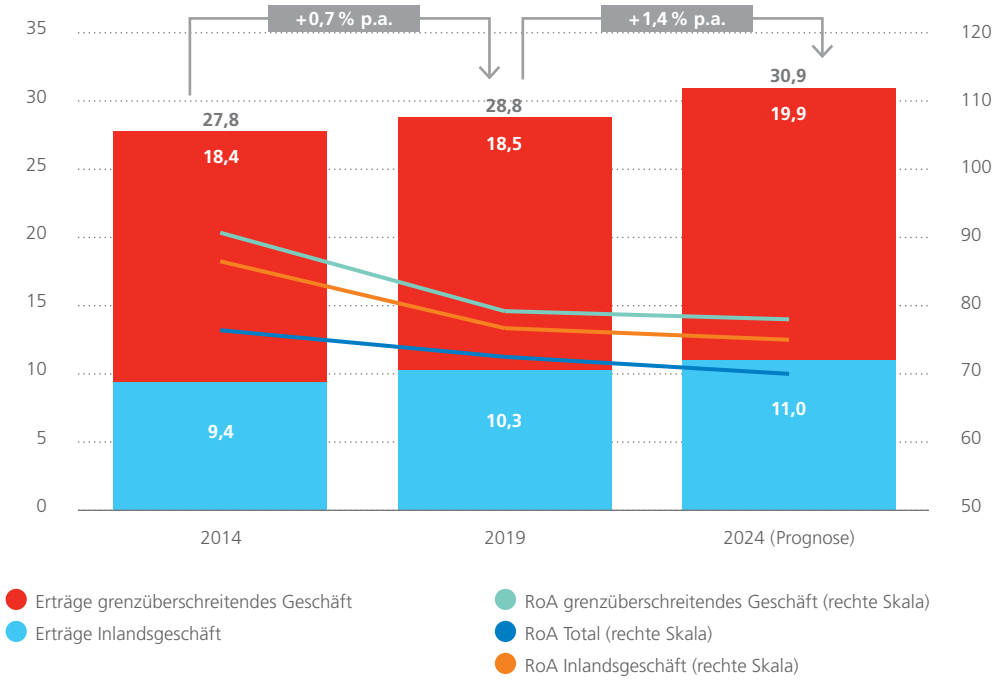
Gemäss Schätzungen der BCG lagen die Erträge von in- und ausländischen Kunden 2019 für die gesamte Branche brutto bei CHF 28,8 Mrd., wovon rund zwei Drittel auf das grenzüberschreitende Geschäft entfielen (siehe Abb. 25). Gegenüber 2014 hat sich das Volumen mit jährlich 0,7 Prozent erhöht, was gegenüber dem Vermögenszuwachs von 3,2 Prozent ein sehr geringes Wachstum darstellt. Die Margen haben sich damit reduziert. Der Indikator «Return on Assets» stellt dar, wie hoch die Bruttoerträge der Institute pro verwaltetem Franken liegen. Von 2014 bis 2019 hat sich dieser Wert für das gesamte Geschäft von 87 Basispunkten um zehn auf 77 Basispunkte reduziert. Der Rückgang fällt für das grenzüberschreitende Geschäft

deutlicher aus, betrifft jedoch auch das Inlandgeschäft, das traditionell tiefere Margen kennt. Gemäss Prognose der BCG reduzieren sich die Margen bis 2024 auf 75 Basispunkte. Der Rückgang dürfte sich also verlangsamen. Insgesamt werden die Erträge bis 2024 gemäss der Prognose jedoch ansteigen.

Abb. 25

Erträge und Margen im Schweizer Wealth Management

Bruttoerträge in CHF Mrd., Return on Assets (RoA) in Basispunkten (rechte Skala), Wachstumsraten als durchschnittliches jährliches Wachstum in Prozent



Hinweis: Margen: Return on Assets (RoA) ohne Kreditgeschäft. Prognosen auf Basis des Szenarios «Slow Recovery».

Quelle: BCG

III. 3 Investment Management in der Schweiz

Das globale Investment Management ist ein wachsender Bereich der Finanzbranche, auch in der Schweiz. In den vergangenen Jahren hat sich das Investment Management, also die Vermögensverwaltung für institutionelle wie für private Kunden, als zentraler Pfeiler und als Leistungsversprechen der Finanzbranche des Landes etabliert. Das Investment Management schafft erheblichen Mehrwert für die Finanz- und Realwirtschaft, indem es Kapital effizient zuteilt und für effiziente Märkte sowie eine professionelle Verwaltung von institutionellem und nicht-institutionellem Vermögen sorgt.

Verwaltete Vermögen steigen auf CHF 3,9 Bio.

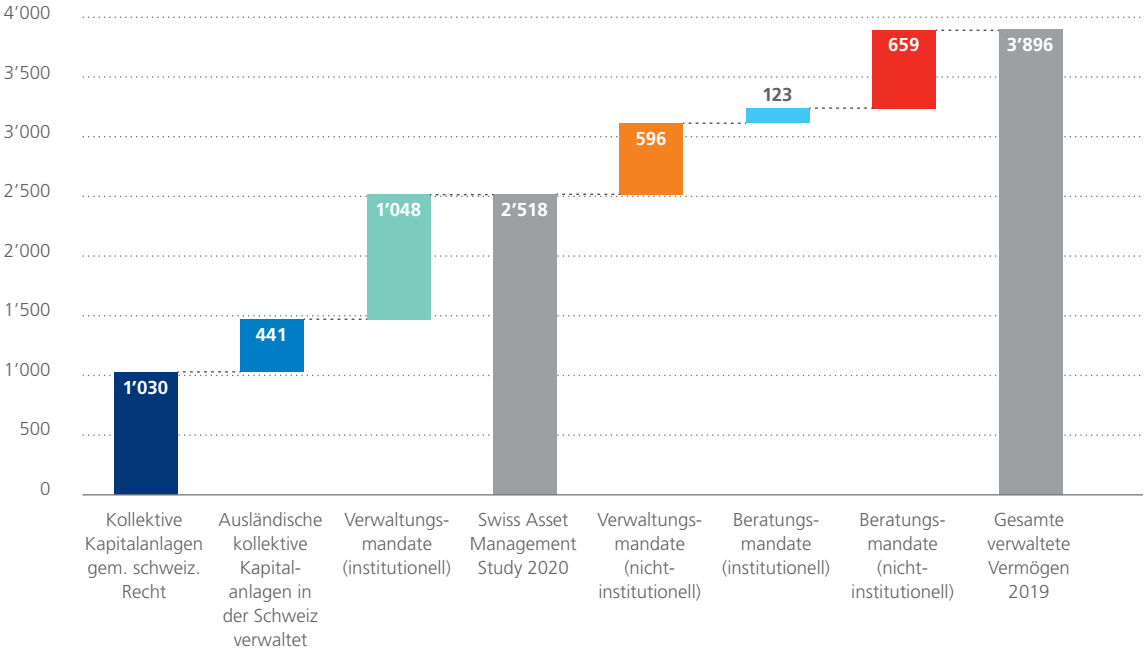
Der Begriff Investment Management fasst die Verwaltung von kollektiven Kapitalanlagen sowie Verwaltungs- und Beratungsmandate für institutionelle und nicht-institutionelle Kunden zusammen. Die Studie der SBVg aus dem Jahr 2018[72] beleuchtet diesen Bereich breit und zeigt die Stärke der kombinierten institutionellen und nicht-institutionellen Vermögensverwaltungsbranche in der Schweiz auf. Die breite Definition erlaubt es zudem, die symbiotische Beziehung der Geschäftsfelder und deren positive Wechselwirkungen in Bezug auf Innovation und Infrastruktur aufzuzeigen. Diese basieren auf einem hohen gemeinsamen Bestand an investierbaren Vermögenswerten.

72 SBVg (2018). Switzerland – A strong hub for investment management.

Abb. 26

Verwaltete Vermögen im Investment Management 2019

In CHF Mrd.



Hinweis: Beratungsmandate umfassen keine Barmittel und selbst verwalteten Portfolios. Sie widerspiegeln ausschliesslich das reine Mandatsgeschäft.

Quellen: SBVg, IFZ/Asset Management Association Switzerland

Investment Management übertrifft Wealth Management bei verwalteten Vermögen

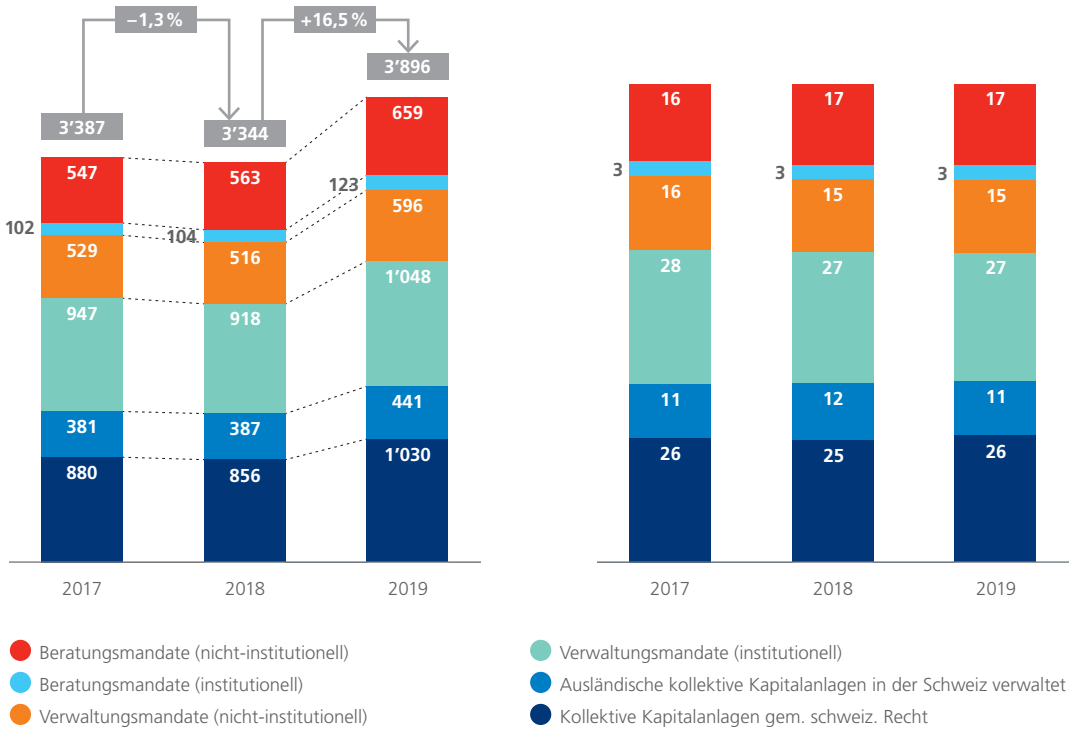
Im Jahr 2019 wurden in der Schweiz Investments von insgesamt CHF 3,9 Bio. verwaltet (siehe Abb. 26). Dies entspricht etwa dem Fünfeinhalbfachen des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts und ungefähr dem Vierfachen des gesamten schweizerischen Vorsorgekapitals. Erstmals übersteigt das Volumen an verwalteten Vermögen im Investment Management dasjenige des Wealth Management. Im Vorjahresvergleich hat das verwaltete Vermögen um 16,5 Prozent zugenommen. Dies ist eine Kombination aus Marktbewegungen von rund 12,5 Prozent und Neugeldzuflüssen von rund 4 Prozent. Die Zusammensetzung der Portfolios hat sich wenig geändert: Kollektive Kapitalanlagen nach Schweizer Recht und Beratungsmandate weisen das

stärkste Wachstum auf. Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Finanzmärkte haben 2019 jedoch sämtliche Komponenten des Investment Management zweistelligen Zuwachs erfahren (siehe Abb. 27).

Abb. 27

Wachstum der verwalteten Vermögen

Verwaltete Vermögen in CHF Mrd. Anteile in Prozent



Quellen: SBVg, IFZ/Asset Management Association Switzerland

Nachhaltige Anlagen als Trumpf des Finanzplatzes

Das Investment Management spielt eine zentrale Rolle bei der Kapitalallokation, der Schaffung von Markteffizienz und der Renditegenerierung für Anleger. Gerade aus diesem Grund sind nachhaltige Vermögensanlagen für den Schweizer Finanzplatz von grosser und noch wachsender Bedeutung. In der Schweiz wird gemäss Swiss Sustainable Finance mittlerweile ein Vermögensvolumen von CHF 1'163,3 Mrd. gemäss nachhaltigen Kriterien angelegt, mit weiterhin stark zunehmender Tendenz. Dies entspricht rund 30 Prozent aller professionell verwalteten Gelder. Im Schweizer Investment Management liegt der Anteil damit rund doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt von rund 15 Prozent. Das Investment Management leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die angestrebte Positionierung der Schweiz als führender Hub für Sustainable Finance.[73]

Abb. 28

Rolle und Relevanz des Investment Management

* Ultra High Net Worth Individuals

Quellen: SBVg, BCG

73 SBVg (2020). Sustainable Finance in der Schweiz: Von einer Pionierin zu einem international führenden Hub.

Die Stärke der Schweiz in der institutionellen und nicht-institutionellen Vermögensverwaltung ist ein Differenzierungsmerkmal und ein Wettbewerbsvorteil, von dem in- und ausländische Kunden gleichermassen profitieren. Die Schweiz ist der weltweit führende Finanzplatz für grenzüberschreitende Vermögen von Privatkunden sowie eines der grössten Investment-Management-Zentren in Europa. Diese beiden sehr grossen Vermögenspools befruchten sich gegenseitig und fördern die Innovationstätigkeit.

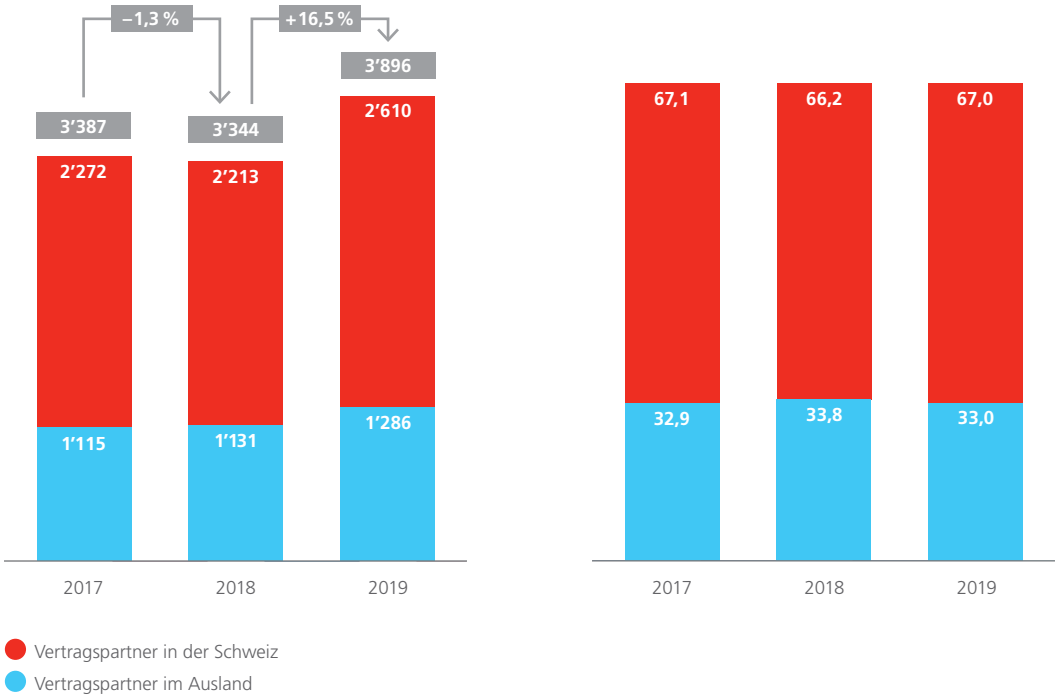
Investment Management ist ein Exportgeschäft

Von den CHF 3,9 Bio. in der Schweiz verwalteten Vermögen werden 33,0 Prozent für Auftraggeber im Ausland verwaltet, was die globale Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Investment Managements unterstreicht (siehe Abb. 29). Der Anteil ist gegenüber den Vorjahren zurückgegangen, da die verwalteten Vermögen von inländischen Vertragspartnern stärker gewachsen sind. Dazu dürften Währungseffekte sowie die Überperformance des Schweizer Finanzmarkts bei gleichzeitiger Bevorzugung inländischer Anlagen in inländischen Portfolios beigetragen haben. Gleichwohl dürften die besten Wachstumsperspektiven für das Schweizer Investment Management bei ausländischen Kunden liegen.

Abb. 29

Verwaltete Vermögen nach Domizil des Vertragspartners

Verwaltete Vermögen in CHF Mrd. Anteile in Prozent



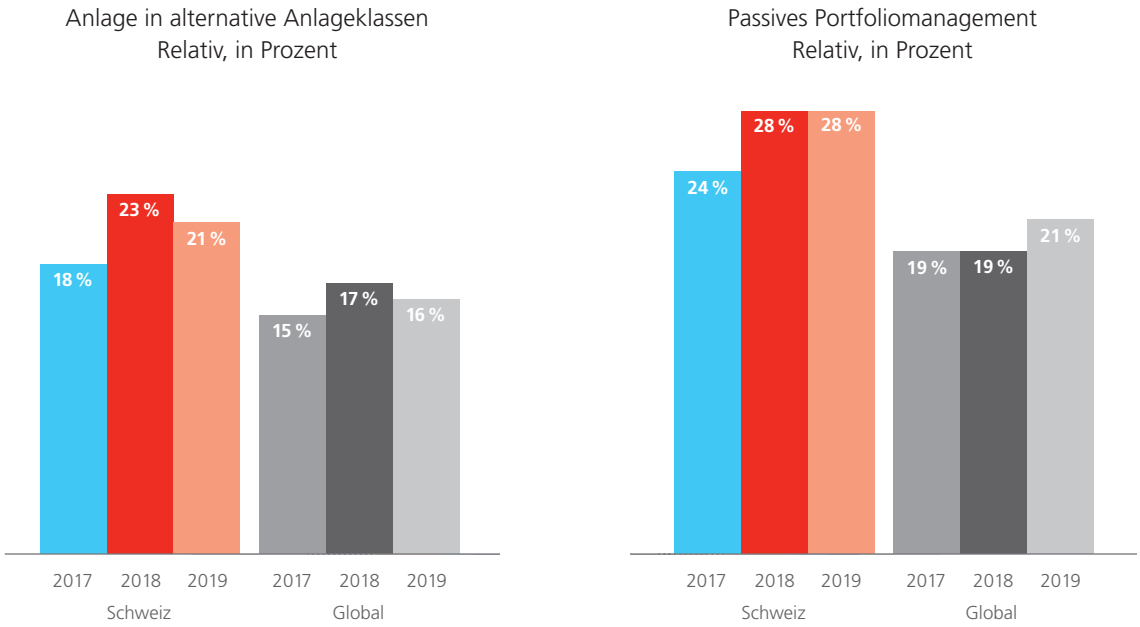
Quellen: SBVg, IFZ/Asset Management Association Switzerland

Die Schweiz ist ein Innovations-Hub im Investment Management

Neben traditionellen Anlageklassen wie Aktien oder Anleihen verschieben sich die Kundenbedürfnisse immer stärker in Richtung von alternativen Anlagen. Diese sind von einer höheren Innovationsleistung geprägt und erfordern spezialisierte Kenntnisse, Infrastruktur sowie politische Stabilität und günstige Rahmenbedingungen. Das Schweizer Investment Management hat diesen Trend bereits früh mitgeprägt und weist gegenüber anderen Standorten einen Vorsprung auf: Der Anteil der alternativen Anlageklassen (21 %) liegt deutlich über dem globalen Durchschnitt von 16 Prozent (siehe Abbildung 30). Auch bei den passiven Anlagen – die ebenfalls im Trend liegen – positioniert sich die Schweiz mit einem Anteil von 28 Prozent über dem globalen Durchschnitt von 21 Prozent.

Abb. 30

Anteile von alternativen Anlagen und passivem Portfoliomanagement im Investment Management



Hinweis: Alternative Anlagen umfassen Private Equity, Private Debt, Hedge Fonds, Immobilien, Insurance Linked Securities (inkl. Katastrophen-Bonds), Anlagen in Rohstoffen und Infrastruktur. Die Abbildungen repräsentieren die Produktionssicht und nicht die Vertriebssicht der Vermögen in der Schweiz.

Quellen: SBVg, IFZ/Asset Management Association Switzerland, BCG

Hochentwickelte Finanzprodukte sind für die Schweizer Investment-Management-Branche erfolgsentscheidend. Die Schweiz verfügt über viel Erfahrung mit fokussierten und spezialisierten Kundenlösungen. Sie hebt sich durch strukturierte Anlageberatungsprozesse, einen soliden Pool an fachlich kompetenten Talenten sowie durch die lange Tradition in der Vermögensverwaltung von anderen Drehscheiben wie Hongkong oder Singapur ab.

Die kontinuierliche Polarisierung im Investment Management in Volumen (z.B. passive Produkte) einerseits und Nischenprodukte (z.B. alternative Produkte) andererseits, dürfte anhalten. Zudem müssen Investment Manager Technologien einbeziehen, um die Administration und Verwaltung zu optimieren sowie um integrierte und digitalisierte Plattformen für den Austausch mit Kunden anzubieten.

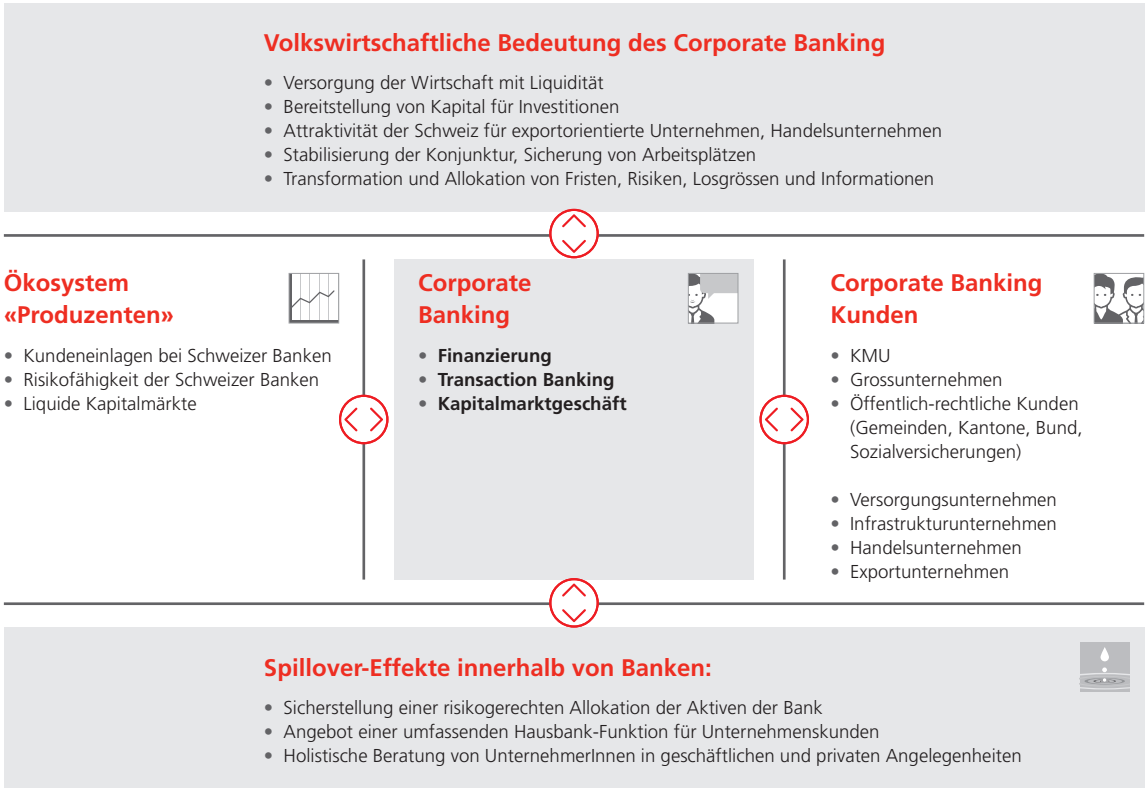
Die Schweiz verfügt über die Voraussetzungen, die eine robuste Investment-Management-Branche begünstigen. Dazu gehören eine starke Wirtschaft, ein grosser Pool an Talenten, Know-how, Zugang zu Kapital, ein stabiles politisches System und eine unabhängige Justiz. Es ist jedoch darauf zu achten, dass andere Voraussetzungen wie der Zugang zu institutionellen Kunden in Europa oder angemessene Vorschriften und Steuergesetze so ausgestaltet werden, dass sie die Innovationstätigkeit fördern, ausländische Investitionen anziehen und das kontinuierliche Wachstum der Branche begünstigen.

III. 4 Corporate Banking in der Schweiz

Das Geschäft mit Firmenkunden ist ein wichtiger Pfeiler bei den Geschäftsmodellen der Schweizer Banken. Die Finanzierung von Unternehmen, die Sicherstellung von Finanztransaktionen und das Kapitalmarktgeschäft haben eine zentrale Bedeutung für die Schweizer Volkswirtschaft. Die Liquiditätsversorgung sowie der Zugang zu Finanzierungen, zu weiteren Dienstleistungen für Wachstumsinvestitionen, Exporte und zu Kapitalmärkten ist eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die hohe Produktivität der Schweiz. Das hervorragend ausgebaute Schweizer Corporate Banking wird damit zum Standortfaktor für Unternehmen, die in der Schweiz ansässig sind oder ihre finanzierungsbezogenen Tätigkeiten hierzulande angesiedelt haben.

Abb. 31

Corporate Banking: Notwendige Grundversorgung für die Schweizer Volkswirtschaft



Quelle: SBVg

«Hausbank-Modell» erlaubt umfassende Bedienung von Firmenkunden

Das Corporate Banking teilt sich in die Bereiche Finanzierung, transaktionsbezogene Dienstleistungen und das Kapitalmarktgeschäft auf (siehe Abb. 32). Während der Grossteil der Banken im Firmenkundengeschäft Kredite und Zahlungsverkehr anbietet, konzentrieren sich spezifische Angebote wie Factoring, strukturierte Finanzierung sowie das Kapitalmarktgeschäft auf wenige Anbieter.[74] Gleichermassen unterscheiden sich die Bedürfnisse der Firmenkunden: Während wohl praktisch alle

74 Beim Factoring werden Forderungen eines Unternehmens an Kunden vor der Fälligkeit an eine Bank oder ein anderes Finanzdienstleistungsunternehmen ausgelagert. Die strukturierte Finanzierung umfasst Finanzinstrumente, die über die klassische Kreditgewährung hinausgehen und durch komplexe wirtschaftliche, rechtliche, steuerrechtliche oder tatsächliche Verträge gekennzeichnet sind.

Schweizer Unternehmen Basisangebote wie den Zahlungsverkehr nutzen, sind andere Angebote spezifisch auf Exportunternehmen, Handelsunternehmen oder Grossunternehmen zugeschnitten. Je nach Phase im Lebenszyklus eines Unternehmens erstellen Banken auch massgeschneiderte Lösungen, etwa bei der Gründung, bei Börsengängen oder bei der Unternehmensnachfolge. Diese können dann als Kombinationen von Standardprodukten und unter Einbezug von Dienstleistungen aus anderen Bankbereichen (z. B. Wealth Management oder Investment Management) ausgestaltet sein.

Abb. 32

Produktgruppen des Corporate Banking

Corporate Banking	**Finanzierung**	Betriebsmittelkredite
		Investitionskredite
		Exportfinanzierung
		Factoring
		Leasing
		Strukturierte Finanzierung
	Transaction Services	Zahlungsverkehr / Cash Management
		Dokumentäres Auslandsgeschäft (Akkreditiv, Inkasso, Trade Finance usw.)
		B2C Payment Solutions
		Einlagen- / Geldmarktgeschäft
	Kapitalmarktgeschäft	Zinsmanagement
		Rohstoffpreismanagement
		Währungsmanagement
		Debt Capital Markets
		Equity Capital Markets
		Mergers & Acquisitions

Quelle: SBVg, angelehnt an Roland Berger (2017)[75]

75 Roland Berger (2017). Corporate Banking 2020.

III. 4.1 Finanzierung

Unternehmen stehen in der Schweiz verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Das traditionelle «Hausbank-Modell» basiert auf einer langjährigen Beziehung zwischen Kunde und Bank und einer breiten Produktpalette zur Erfüllung verschiedener Kundenbedürfnisse. Bankkredite stellen daher die wichtigste Quelle für Fremdkapital für die meisten Schweizer Unternehmen dar. Im Gegensatz dazu stützt sich das Corporate Banking in anderen Ländern stärker auf andere Finanzierungsformen ab, etwa auf das Kapitalmarktgeschäft oder auf private Finanzierungen ohne Einbezug von Banken.

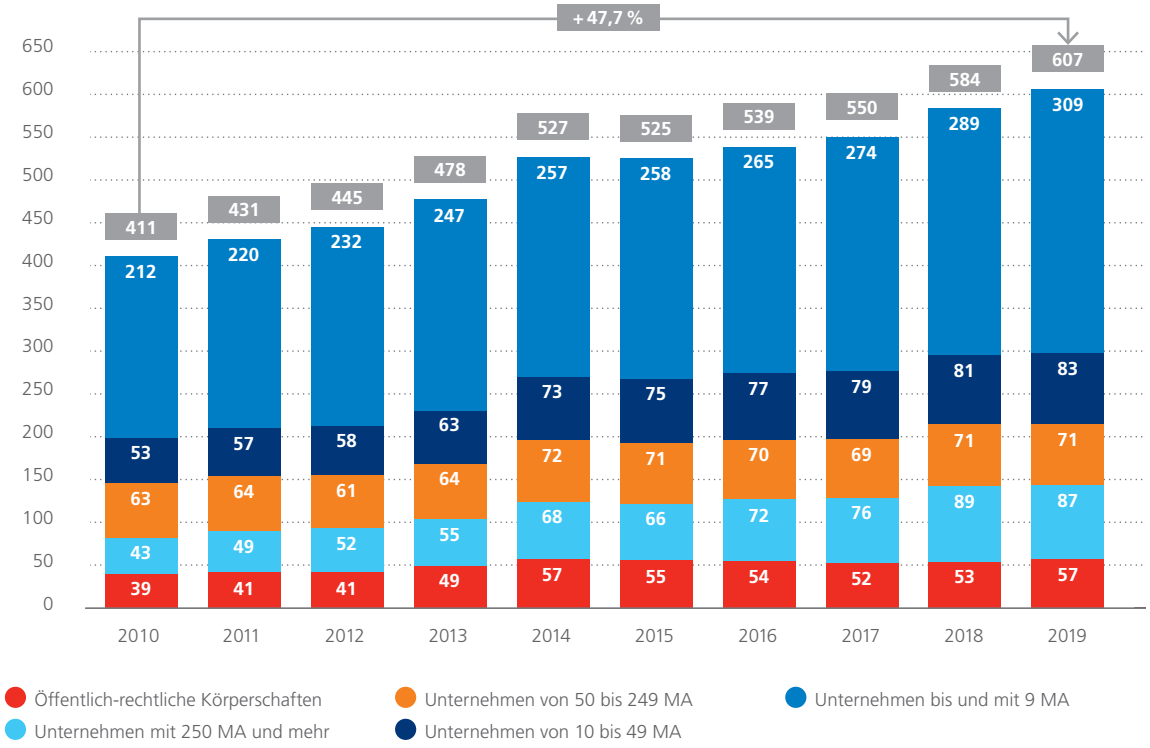
Volumen an Unternehmenskrediten wächst rund 3,5-mal schneller als das BIP

Im Dezember 2019 haben die Banken in der Schweiz Limiten für Unternehmenskredite im Umfang von CHF 607 Mrd. vergeben (siehe Abb. 33). Mehr als die Hälfte aller Kredite gingen an Mikrounternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitenden. Mit rund 26 Prozent aller Schweizer Beschäftigten in der Schweiz sind Mikrounternehmen somit proportional stärker auf Kredite angewiesen als grössere Unternehmen. Jeweils rund ein Achtel entfällt auf Kreditnehmer in den Grössenklassen 10 bis 49 Mitarbeitende, 50 bis 249 Mitarbeitende sowie Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden. Dazu kommen CHF 57 Mrd. an Kreditlimiten für öffentlich-rechtliche Körperschaften. In der Kreditstatistik der SNB werden die verschiedenen Kreditprodukte nicht weiter unterschieden.

Abb. 33

Unternehmenskredite nach Betriebsgrössen

In CHF Mrd., Limiten, Monatsmittel Dezember, ohne Hypothekarkredite



Hinweise: Die Kredite umfassen somit sowohl Betriebsmittelkredite, Investitionskredite, Exportfinanzierung und weitere Kreditarten an Kreditnehmer im In- und Ausland. Hypothekarkredite sind in der Aufstellung nicht enthalten. Aufgrund von Veränderungen in der Erhebungsbasis ist ein geringer Anteil des Wachstums auf statistische Effekte zurückzuführen.

Quelle: SNB

Die hohe wirtschaftliche Bedeutung von Unternehmenskrediten zeigt sich daran, dass das Total der Limiten von 2010 bis 2019 um 47,7 Prozent angestiegen ist, während das Schweizer BIP in dieser Zeit um nominal rund 13 Prozent zugenommen hat. Dies gilt insbesondere für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU), auf die das grösste Wachstum der Kredite zurückgeht. 2019 waren 58,8 Prozent des Volumens an Inlandskrediten (ohne hypothekarisch besicherte Kredite) ungedeckt, d.h. alleine durch die Solvenz des Kreditnehmers besichert. Dazu kommt ein Teil von gedeckten Unternehmenskrediten.

Die Tatsache, dass die Kreditvolumen stetig wachsen, ist ein eindrücklicher Beweis, dass die Kreditversorgung in der Schweiz auch in konjunkturell schwierigen Zeiten hervorragend funktioniert. Auch während der anspruchsvollen Zeit der Finanzkrise war die Schweizer Volkswirtschaft im Gegensatz zu anderen Ländern nicht mit einer Kreditklemme konfrontiert.[76]

Breite Palette von Finanzierungslösungen für Firmen

Neben Bankkrediten stehen Schweizer Unternehmen zahlreiche weitere Finanzierungsinstrumente zur Verfügung. Dazu zählen etwa das bereits genannte Factoring, Leasing sowie Mezzanine Finance, die je nach den Bedürfnissen der Unternehmung verschiedene Vorteile aufweisen. Banken bieten für Exportfirmen spezifische Dienstleistungen an, etwa Käufer- oder Fabrikationskredite. Strukturierte Finanzierungen sind ein Sammelbegriff für Finanzierungsinstrumente, die über das klassische Kreditgeschäft hinausgehen. Dazu zählen unter anderem Verbriefungen, Akquisitionsfinanzierungen und Sell-and-Lease-Back-Verträge.

III. 4.2 Transaction Banking

Das Transaction Banking umfasst Produkte und Dienstleistungen für Unternehmen, die die Finanzflüsse im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens abdecken. Die Angebotspalette reicht von Kundenzahlungen, die täglich millionenfach abgewickelt werden, bis zur massgeschneiderten Handelsfinanzierung, bei der die Bank den internationalen Finanzfluss sicherstellt. Aus Kundensicht erleichtert das Transaction Banking die Liquiditäts- und Kapitalplanung und reduziert die Transaktionskosten. Beim internationalen Handel können Banken mit ihren Netzwerken an ausländischen Korrespondenzbanken ausserdem die Gegenparteien-Risiken reduzieren.

Transaktionen auf Mass oder in Masse

2019 haben Banken 1,5 Mrd. inländische Kartentransaktionen mit einem gesamten Volumen von CHF 87,6 Mrd. abgewickelt, was rund 12 Prozent des Schweizer BIP entspricht. Kartenzahlungen sind ein typisches Massengeschäft, das hochgradig automatisiert abläuft. Aus Sicht von Unternehmen haben Kartenzahlungen den

76 SECO (2009). Bericht an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) Kreditversorgung der Schweizer Wirtschaft: Lagebeurteilung und möglicher Handlungsbedarf.

Vorteil, dass sie Kosten und Risiken von Standardzahlungen reduzieren. Nach wie vor werden rund 45 Prozent der Transaktionen in der Schweiz mit Bargeld abgewickelt. Bezüglich des Zahlungsvolumens haben Debitkarten das Bargeld jedoch überholt und liegen bei einem Umsatzanteil von 28 Prozent.[77]

Akkreditive reduzieren Risiken im globalen Warenhandel

Ein anderes Beispiel für Transaction Banking sind Akkreditive, die vor allem bei internationalen Handelsgeschäften zum Einsatz kommen. Dabei handelt es sich um ein bedingtes Zahlungsversprechen einer Bank, das beispielsweise die Zahlung eines Importeurs an den Exporteur vereinbart. Mit dem Akkreditiv wird die Zahlung für den Exporteur gesichert, der Importeur erhält eine Liefersicherheit: Die Bank führt die Zahlung erst dann aus, wenn der Exporteur den Versand der Ware mit den im Akkreditiv definierten Dokumenten belegen kann. Aus Sicht von Banken stellen Akkreditive eine Eventualverpflichtung dar, da sie sich bis zur Einlösung der Dokumente verpflichtet, dem Exporteur eine Zahlung zu leisten.

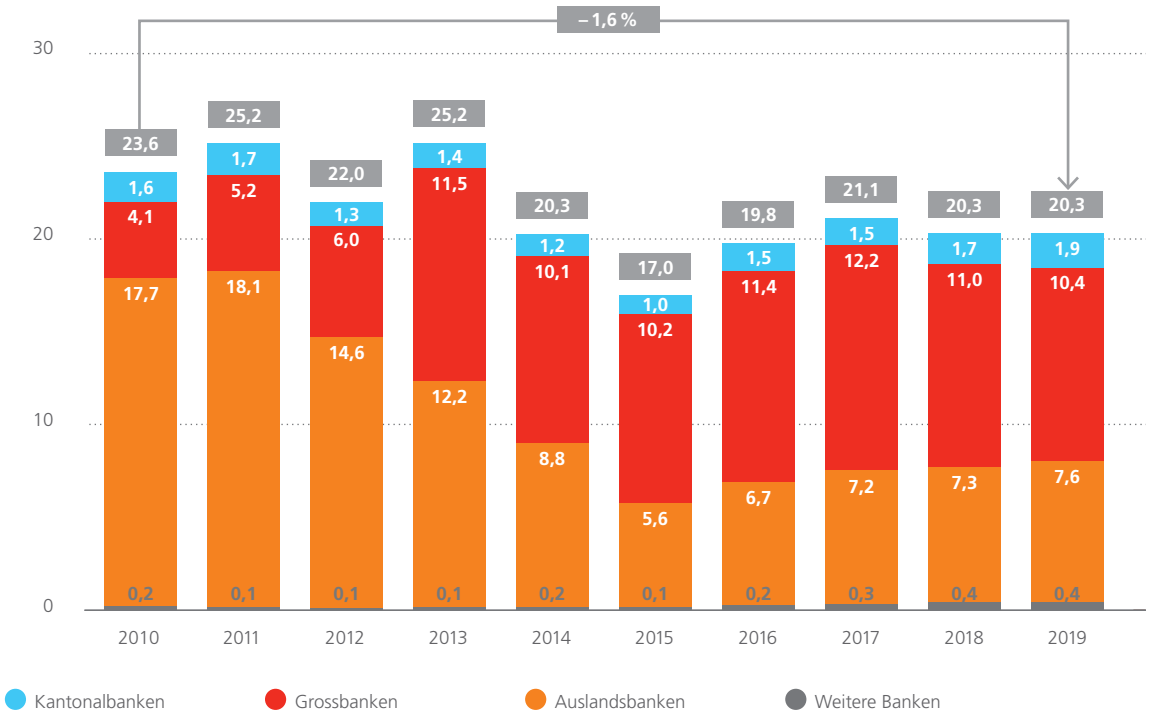
2019 lagen die Verpflichtungen der Banken in der Schweiz aus Dokumentarakkreditiven bei CHF 20,3 Mrd. (siehe Abb. 34). Im letzten Jahrzehnt ist das Volumen um durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr gesunken. Den grössten Marktanteil in diesem Geschäft weisen die Grossbanken auf, ihre ausstehenden Volumina sind jedoch leicht rückläufig. Demgegenüber haben die Auslandsbanken ihre Volumina an Verpflichtungen aus Akkreditiven in den letzten Jahren erhöht.

Für die stark global vernetzte und exportorientierte Schweizer Volkswirtschaft ist der Zugang zu einem funktionierenden dokumentären Auslandsgeschäft von höchster Wichtigkeit. Dieses bezeichnet Finanztransaktionen, die unter der Bedingung ausgeführt werden, dass der Bank bestimmte Dokumente zu Warenflüssen geliefert werden, beispielsweise Lieferscheine. Zum dokumentären Auslandsgeschäft zählen insbesondere die Instrumente Dokumentarakkreditiv und Dokumentarinkasso. Banken bieten den Unternehmen damit Sicherheit im globalen Warenfluss und tragen zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft im Aussenhandel bei.

77 ZHAW, Uni St. Gallen (2020). Swiss Payment Monitor 2020. https://swisspaymentmonitor.ch/.

Abb. 34

Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven
In CHF Mrd.



Hinweis: Die Wachstumsrate wird als durchschnittliches jährliches Wachstum ausgedrückt. Die Kategorie «Weitere Banken» umfasst Regionalbanken und Sparkassen, Börsenbanken und Andere Banken.

Quelle: SNB

Neben Kundenzahlungen und dem dokumentären Auslandsgeschäft bieten Banken weitere transaktionsbezogene Dienstleistungen an, etwa Cash Management sowie das Einlagen- und Geldmarktgeschäft für Unternehmenskunden.

III. 4.3 Kapitalmarktgeschäft

Während sich KMU vor allem über Bankkredite und private Transaktionen finanzieren, steht für grössere Unternehmen der Kapitalmarkt im Vordergrund. Dort lassen sich grössere Volumina meist zu besseren Konditionen erschliessen. Im Gegensatz zu angelsächsischen Märkten spielt das Kapitalmarktgeschäft für Unternehmen bezüglich der emittierten Volumina hierzulande eine gegenüber den Bankkrediten untergeordnete Rolle. Aus diesem Grund sind staatliche Schuldner typischerweise die grössten Emittenten von Anleihen.

Kapitalmärkte ermöglichen Emission und Handel von Aktien und Obligationen

Durch Emission von Aktien an der Börse kann das Eigenkapital eines Unternehmens an zusätzliche Investoren verteilt werden. Banken unterstützen beispielsweise die Erstplatzierung (Initial Public Offering, IPO) mit verschiedenen Dienstleistungen wie etwa Finanzanalysen, Strukturierung der Transaktion, Bookbuilding und Festlegung des Emissionspreises.

Auf dem Anleihen- oder Obligationenmarkt lässt sich dagegen Fremdkapital platzieren. Banken unterstützen die Emission von Anleihen ebenfalls durch spezifische Dienstleistungen. Seit 2010 wurden jährlich zwischen CHF 6,1 Mrd. und CHF 20,4 Mrd. pro Quartal an CHF-Anleihen emittiert (siehe Abb. 35). Die Kategorie der ausländischen Emittenten war in dieser Phase mit durchschnittlich 34,9 Prozent der grösste Schuldner, gefolgt von den Pfandbriefinstituten mit 21,8 Prozent. Bund, Kantone und Gemeinden haben kumuliert auf 13,7 Prozent aller Anleihen emittiert. Weitere 17,2 Prozent aller Anleihen stammen von Versorgungsunternehmen, Industrie, Versicherungen und übrigen Dienstleistungen. Banken haben einen Anteil von 12,2 Prozent aller emittierten Anleihen.

Kapitalmarkt erfüllt seine Rolle – auch angesichts der COVID-19-Pandemie

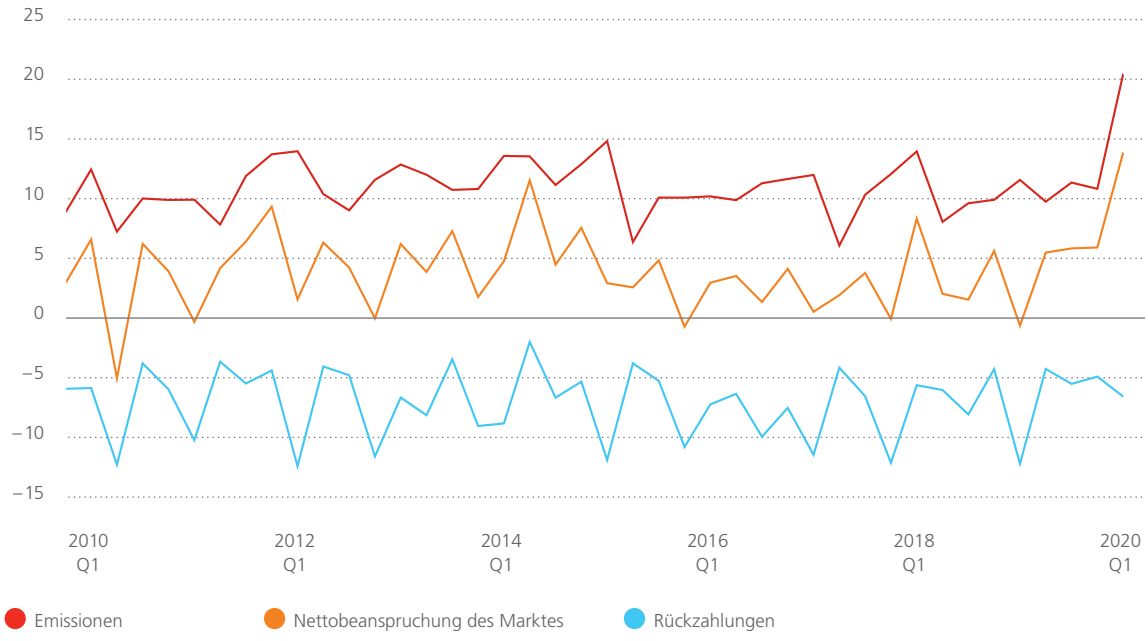
Die Nutzung des Kapitalmarkts schwankt je nach den Finanzierungsbedürfnissen der Unternehmen. Im zurückliegenden Jahrzehnt wurde der Anleihenmarkt durch inländische Schuldner netto mit bis zu CHF 11,5 Mrd. pro Quartal beansprucht (siehe Abb. 35). Dies hat sich jüngst verändert, da die Unsicherheiten aus der COVID-19-Pandemie erhöhten Finanzierungsbedarf bei Staat und Privatwirtschaft

hervorgerufen hat. Im 2. Quartal 2020 wurden CHF-Anleihen von inländischen Schuldnern im Umfang von CHF 20,4 Mrd. emittiert. Netto wurde der Markt im Umfang von CHF 13,9 Mrd. beansprucht. Das Emissionsvolumen entspricht rund dem Doppelten des historischen Quartalswerts. Dies zeigt, dass der Schweizer Kapitalmarkt auch in dieser herausfordernden Situation seine Rolle als Liquiditätsversorger erfüllt und damit zur Stabilität und Prosperität der Schweizer Volkswirtschaft beiträgt. Gleichwohl bleibt seine Rolle bei der Unternehmensfinanzierung im internationalen Vergleich klein. Dies liegt unter anderem an den Stempel- und Verrechnungssteuern, die schweizerische Titel für ausländische Anleger unattraktiv machen und wesentliche Standortnachteile für den Schweizer Kapitalmarkt darstellen.

Abb. 35

Kapitalmarktbeanspruchung durch CHF-Anleihen

In CHF Mrd., Inländische Schuldner, Quartalswerte



Hinweis: Die Nettobeanspruchung berechnet sich aus Emissionen abzüglich Rückzahlungen.

Quelle: SNB

III. 4.4 COVID-19-Kredite

Die vom Bundesrat verhängte «ausserordentliche Lage» im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie hat die Schweizer Volkswirtschaft stark betroffen. Gesunde Unternehmen haben aufgrund der Schutzmassnahmen innerhalb weniger Tage massive Umsatzeinbrüche erlitten. Je nach finanzieller Situation eines Unternehmens kann ein kurzfristiger Liquiditätsengpass auch bei gewinntragenden Geschäftsmodellen existenzbedrohend sein.

Um die Liquidität der Schweizer KMU sicherzustellen, hat der Bundesrat in Zusammenarbeit mit Banken und Behörden in kürzester Zeit eine Notmassnahme eingeführt: Das KMU-Kreditprogramm wurde am 26. März 2020 mit einem Volumen von CHF 20 Mrd. lanciert und am 3. April 2020 auf CHF 40 Mrd. erhöht. Dabei bürgt der Bund für Kredite, die in diesem Programm durch die Banken vergeben werden. KMU konnten bis am 31. Juli 2020 Kredite beziehen.

Rasche, unbürokratische Unterstützung für fast jedes fünfte Schweizer KMU

Die Nachfrage der KMU nach den COVID-19-Krediten (bis CHF 500’000) war zu Beginn des Programms sehr hoch. Täglich wurden durchschnittlich rund 10’000 Kreditvereinbarungen abgeschlossen (siehe Abb. 36). In dieser Zeit bearbeiteten die Banken Gesuche auch über die Wochenenden. Danach schwächte sich die Nachfrage auf rund 2’000 bis 3’000 Vereinbarungen pro Tag ab. Bis zum Abschluss des Programms am 31. Juli 2020 lag das tägliche Volumen bei einigen hundert. Insgesamt wurden 135’012 COVID-19-Kredite mit einem Volumen von CHF 13,8 Mrd. vergeben. Damit nahm mehr als jedes fünfte der 589’000 Schweizer KMU das Programm in Anspruch. Das durchschnittliche Kreditvolumen lag bei rund CHF 103’000.[78]

78 Die hier gezeigten Beträge bezeichnen bei COVID-19-Krediten die Höhe der Bürgschaft, bei COVID-19 Plus Krediten das gesamte Kreditvolumen, das nur teilweise vom Bund verbürgt wird. Die Benützung der Kredite ist aus den publizierten Zahlen nicht bekannt, die Zahlen bezeichnen Kreditlimiten. Stand der Daten: 28. August 2020.

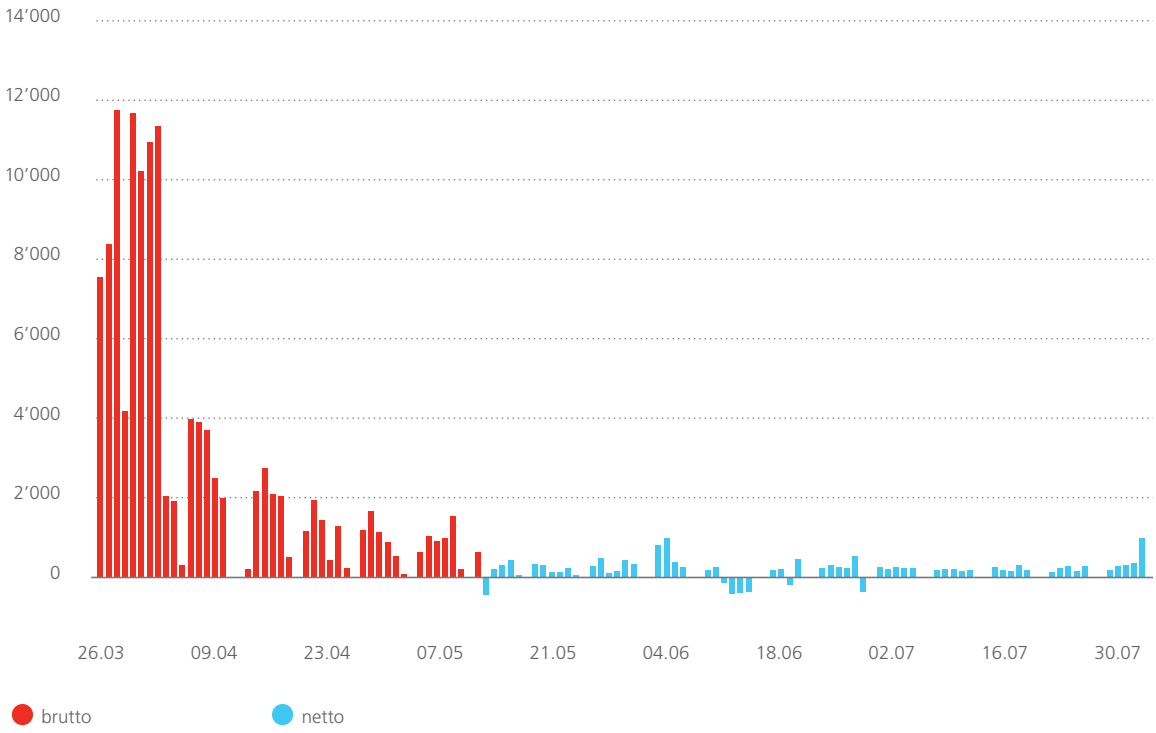
Die Vergabe der COVID-19 Plus Kredite (in der Höhe von CHF 500’000 bis CHF 19,5 Mio.) entwickelte sich aufgrund der erforderten Kreditprüfung erwartungsgemäss langsamer. Bis Ende Juli 2020 sind 1’130 Kreditanfragen mit einem durchschnittlichen Volumen von rund CHF 2,7 Mio. und einem Total von knapp CHF 3,0 Mrd. eingegangen.

Zusätzlich wurden während des Programms 90 Bürgschaften für Startups vergeben. Im Rahmen des gesamten KMU-Kreditprogramms wurden insgesamt knapp CHF 16,8 Mrd. an Krediten vergeben.

Abb. 36

COVID-19-Kredite

Anzahl Kreditvereinbarungen pro Tag vom 26. März 2020 bis zum 31. Juli 2020, COVID-19-Kredite sowie COVID-19 Plus Kredite, ohne Startup Bürgschaften



Hinweis: Korrektur per 12. Mai: Abzug der zurückgewiesenen Vereinbarungen; anschliessend Nettozahlen

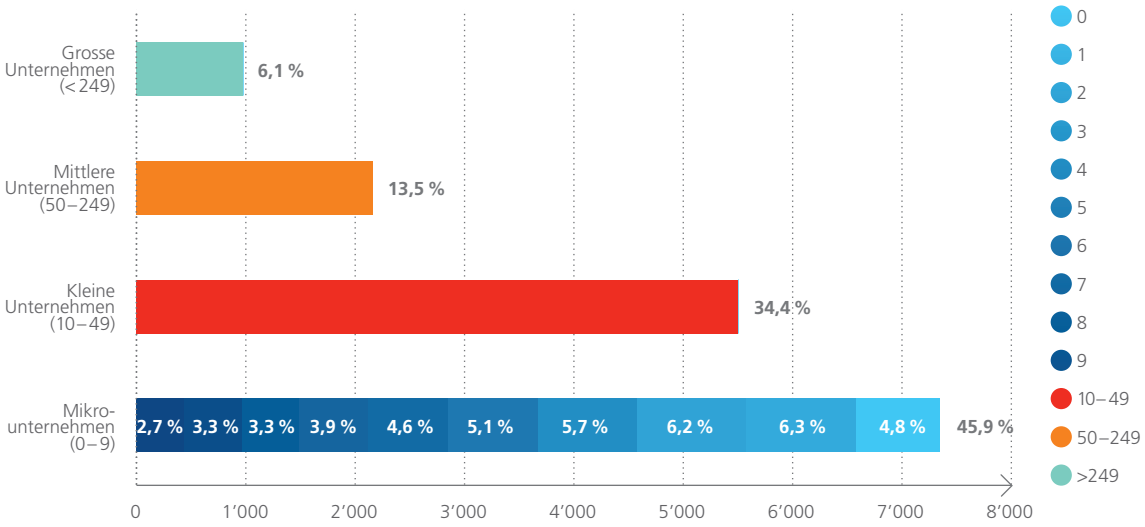
Quelle: https://covid19.easygov.swiss

45,9 Prozent des gesamten Kreditvolumens – und damit rund die Hälfte der COVID-19-Kredite – wurden an Mikrounternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitenden vergeben. Dazu kommen 34,4 Prozent des Volumens an Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitenden. Rund acht von zehn Franken des gesamten Kreditprogramms wurden damit an Mikro- und Kleinunternehmen vergeben.

Abb. 37

Kreditvolumen nach Unternehmensgrösse

In CHF Mio., Unternehmensgrösse in Vollzeitäquivalenten (VZÄ), Stand 25.6.2020, COVID-19-Kredite sowie COVID-19 Plus Kredite, ohne Startup Bürgschaften



Quelle: https://covid19.easygov.swiss

Gross- und Kantonalbanken stemmen 70 Prozent des Kreditvolumens

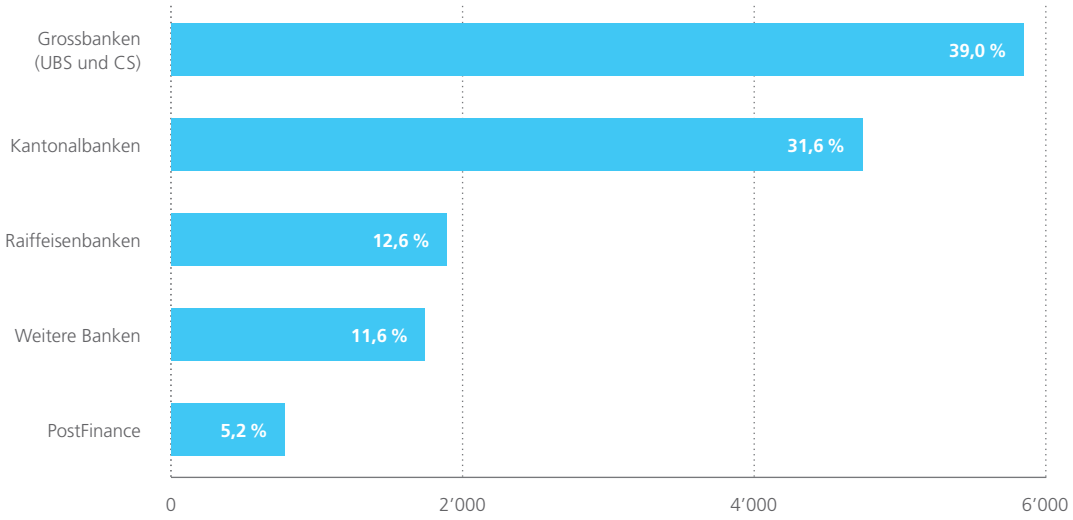
Gemäss Auskunft des SECO haben 123 Banken am KMU-Kreditprogramm teilgenommen. Bezüglich Grösse, regionaler Verteilung und Geschäftsmodell der Banken zeigte sich ein sehr breit abgestütztes Bild der Branche. Auch die PostFinance, die normalerweise keine Kredite vergibt, hat sich am Programm beteiligt. Damit stand die überwältigende Mehrheit der Banken mit einem Kreditgeschäft ihren Firmenkunden mit den Überbrückungskrediten zur Seite.

Aus Sicht der Kreditvolumina haben die Grossbanken 39,0 Prozent aller COVID-19-Kredite vergeben, die Kantonalbanken 31,6 Prozent. Die Raiffeisenbanken haben 12,6 Prozent der Volumina abgewickelt, weitere Banken 11,6 Prozent, die PostFinance 5,2 Prozent.

Abb. 38

Kreditvolumen nach Bankengruppe

In CHF Mio., Stand 25.6.2020, COVID-19-Kredite sowie COVID-19 Plus Kredite, ohne Startup Bürgschaften



Quelle: https://covid19.easygov.swiss

Vernetzung der Akteure war für die Umsetzung des KMU-Kreditprogramms ausschlaggebend

Das KMU-Kreditprogramm von Behörden und Banken hat sich angesichts der drastischen wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie als stabilisierender Faktor für die Schweizer Volkswirtschaft erwiesen. Auch wenn damit längst nicht alle Auswirkungen der Pandemie für KMU aus dem Weg geräumt wurden, konnten zumindest kurzfristige existenzbedrohende Liquiditätsengpässe weitgehend vermieden werden.

Massgebliche Faktoren für die schnelle Umsetzung des Programms sind kennzeichnend für den Schweizer Finanzplatz und die Zusammenarbeit mit Behörden:

- **Pragmatismus:** Das Formular für Kreditanträge war sehr einfach gehalten und entsprach dem Umfang einer A4-Seite.
- **Vernetzung:** Behörden und Banken verfügen über etablierte Kommunikationskanäle, die im Krisenfall schnell aktiviert werden konnten.
- **Dezentralität:** Der Antragsprozess wurde via Banken, hauptsächlich per E-Mail und ohne zentrale Stellen (z.B. Server, Amtsstellen) implementiert. Bei vergleichbaren Programmen in anderen Ländern waren zentrale Stellen mit einer Überlast an Anträgen konfrontiert.
- **Starke Compliance-Kultur:** Die Androhung hoher Strafen und das Vorhandensein einer ressourcenstarken Infrastruktur zur Ex-Post-Betrugsbekämpfung hat die Missbrauchsrate stark reduziert.

Angesichts der weiter anhaltenden COVID-19-Pandemie und wirtschaftlich einschneidender Gesundheitsmassnahmen kann aktuell noch kein abschliessendes Fazit zur volkswirtschaftlichen Wirkung des KMU-Kreditprogramms gezogen werden. Ausserdem dürften dessen finanzielle Folgen je nach Ausfallsrate der gesprochenen Kredite den Bundeshaushalt für längere Zeit belasten. Gleichwohl handelt es sich dabei um eine wohl historisch einmalige Leistung der involvierten Akteure, die auch international grosse Beachtung gefunden hat.

Literaturverzeichnis

Arbeitgeber Banken
«Erste schweizweite Kampagne zu Grundkompetenzen: Sozialpartner der Bankenbranche ziehen positives Fazit», Medienmitteilung, Februar 2020

BAK Economics
«Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors», November 2019

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)
«BIS Annual Economic Report, III. Big tech in finance: opportunities and risks», Juni 2019

Beirat Zukunft Finanzplatz
«Roadmap Finanzplatz Schweiz 2020+», September 2019

Bolton, P., Despres, M., Pereira da Silva, L. A., Samama, F. & Svartzman R.
«The green swan – Central banking and financial stability in the age of climate change», BIZ Studie, Januar 2020

Boston Consulting Group (BCG)
«Global Asset Management 2020: Protect, Adapt, and Innovate», Mai 2020

«Global Wealth 2020: The Future of Wealth Management – A CEO Agenda», Juni 2020

Brassel & Partner Consulting
«Impact of digitalisation on the employment market in banking», Mai 2020

Bundesrat
«Botschaft vom 19. Juni 2020 zur Änderung des Bankengesetzes (BankG) (Insolvenz, Einlagensicherung, Segregierung)», Juni 2020

«Coronavirus: Bundesrat erklärt die «ausserordentliche Lage» und verschärft die Massnahmen.», Medienmitteilung, März 2020

«Digitales Zentralbankgeld. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 18.3159, Wermuth, vom 14.03.2018», Dezember 2019

Economiesuisse & TheCityUK
«Future-proofing the UK-Swiss financial and related professional serves relationship», April 2020

Ernst & Young (EY)
«EY Bankenbarometer 2020 – Im Sog der Geldpolitik», Januar 2020

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
«Joint Statement between the Federal Department of Finance and Her Majesty's Treasury on deepening cooperation in financial services», Juni 2020

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)
«Corona-Krise: FINMA sieht Banken operationell und finanziell gut gerüstet», Medienmitteilung, März 2020

«FINMA-Aufsichtsmitteilung: Konsequente Geldwäschereibekämpfung im Blockchain-Bereich», Medienmitteilung, August 2019

«FINMA-Risiko-Monitor 2019», Dezember 2019

Europäische Zentralbank (EZB)
«Geldpolitische Beschlüsse», Medienmitteilung, Juli 2020

Fink, F., Frei, L., Griesse, C., Maag, T. & Zehnder, T.
«Die Reaktion des Schweizer Frankens auf Zinsänderungen der Nationalbank», Quartalsheft 1 der SNB, März 2020

Gehring, B., Graf, S. und Trütsch, T.:
«Swiss Payment Monitor 2020», Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Universität St. Gallen, August 2020

Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ)
«IFZ FinTech Study 2020 – An Overview of Swiss FinTech», März 2020

«Swiss Asset Management Study 2020», IFZ/Asset Management Association Switzerland, August 2020

Internationaler Währungsfonds (IWF)
«Global Financial Stability Report. Markets in the Time of COVID-19», April 2020

«World Economic Outlook», Juli 2019

Kaufmann, D.
«Wie weiter mit der Tiefzinspolitik? Szenarien und Alternativen» IRENE Policy Report 20 – 01, Universität Neuchâtel. April 2020

McKinsey & Company Schweiz
«Making up lost ground – How Switzerland's second-pillar pension funds can improve their investment performance», März 2020

Mettler A., Ongena S., Basten C., Bürgi, M. P. H. & Mishra M.
«Global Financial Regulation, Transparency, and Compliance Index (GFRTCI)», SFI Public Discussion Note, Februar 2020

Neue Zürcher Zeitung NZZ
«Notrecht in der Schweiz – wer kann den Bundesrat jetzt noch aufhalten, wenn er zu weit geht?», Zeitungsartikel, März 2020

Roland Berger
«Corporate Banking 2020: Das Firmenkundengeschäft in Zeiten von Regulierung, Niedrigzins und Digitalisierung», April 2017

Rühl T.
«Von einer Branche im Strukturwandel und den Tücken der Statistik…», Swiss Banking Unblogged, November 2019

Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg)
«Braucht die Schweiz grosse Banken? Banken im internationalen Vergleich.», Diskussionspapier, März 2020

«Cloud Leitfaden – Wegweiser für sicheres Cloud Banking», 2. Auflage, Juni 2020

«Finanzmarktstabilität: Sind nur die Banken systemrelevant?», Diskussionspapier, September 2019

«Leitfaden der SBVg zur Eröffnung von Firmenkonti für DLT-Unternehmen», 2. Auflage, August 2019

«Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess für Privatkunden», Juni 2020

«Marktzugang für Schweizer Banken – Bedeutung und Perspektiven», Juni 2019

«Negativzinsen: von der Notfallmassnahme zur «neuen Normalität» – und zurück? Eine Studie der SBVg zu der Wirksamkeit und den Folgen der Negativzinspolitik», Oktober 2019

«Open Banking. Eine Auslegeordnung für den Schweiz Finanzplatz», Juli 2020

«Reform der Verrechnungssteuer: Für eine smarte und einfache Lösung», April 2020

«Richtlinien betreffend Mindestanforderungen bei Hypothekarfinanzierungen», August 2019

«Stellungnahme der SBVg zur Parlamentarischen Initiative: Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen», April 2020

«Sustainable Finance in der Schweiz: Von einer Pionierin zu einem international führenden Hub. Grundsatzpositionen und wirksame Ansätze», Juni 2020

«Switzerland – A strong hub for investment management», Dezember 2018

«Wie beschleunigt die Corona-Krise die Digitalisierung?», Diskussionspapier, Juni 2020

Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Bericht zur Finanzstabilität», Juni 2020

«Die Banken in der Schweiz 2019», Juni 2020. Hinweis: Revisionen der SNB-Bankenstatistik sind nicht berücksichtigt.

«Geldpolitische Lagebeurteilung vom 18. Juni 2020. Nationalbank führt expansive Geldpolitik fort», Juni 2020

«Geschäftsbericht 2019», März 2020

«Referat: Währungen, Geld und digitale Token. Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums. Jubiläum 30 Jahre WWZ und VBÖ, Universität Basel», September 2019

Sigg, A., Umbricht, R., Grimm, S. & Kley C.

«Zukunftsstudie Bankfachspezialisten 2030. Eine interdisziplinäre Studie der Abteilung Banking, Finance, Insurance und General Management», November 2017

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

«Bericht an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N). Kreditversorgung der Schweizer Wirtschaft: Lagebeurteilung und möglicher Handlungsbedarf», September 2009

«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», monatlich publiziert, 2019

«Konjunkturprognosen», März & Juni 2019

«Quartalsdaten Bruttoinlandsprodukt», Mai, September & November 2019

Wardle, M., Morris, H. & Mainelli, M.

«The Global Financial Centers Index 27», März 2020

•SwissBanking

Schweizerische Bankiervereinigung
Association suisse des banquiers
Associazione Svizzera dei Banchieri
Swiss Bankers Association

Aeschenplatz 7
Postfach 4182
CH-4002 Basel

office@sba.ch
www.swissbanking.org